

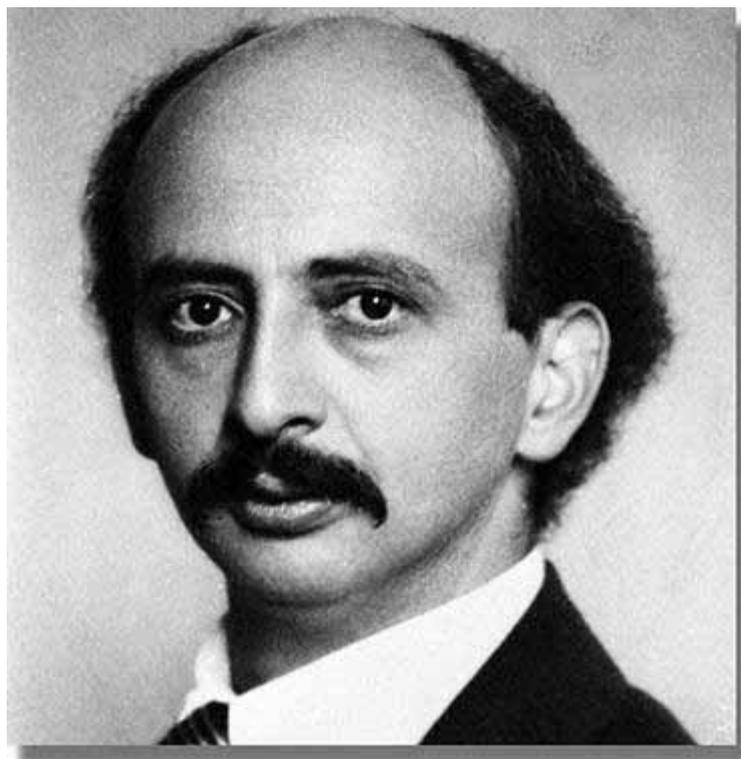


# Fritz-Erler-Forum

LUDWIG MARUM

FORUM

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und  
das Ringen um eine offene,  
pluralistische Gesellschaft



Fachtagung zum Gedenken an den Politiker  
jüdischer Herkunft **Ludwig Marum** (1882-1934)

Samstag, 3. November 2007, Ständehaus Karlsruhe

Dokumentation  
des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg  
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung



**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg

DEMOKRATIE, RECHTSSTAATLICHKEIT UND DAS RINGEN  
UM EINE OFFENE, PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT

TAGUNG ANLÄSSLICH DES 100. GEBURTSTAGES VON LUDWIG MARUM

VERANSTALTET VOM FRITZ-ERLER-FORUM BADEN-WÜRTTEMBERG  
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung

AM 3. NOVEMBER 2007 IN KARLSRUHE

## INHALT

Dr. Felix Schmidt (Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg) Begrüßung .....	2
Ulrich Wiedmann (Forum Ludwig Marum) Begrüßung .....	4
Dr. Monika Pohl (Forum Ludwig Marum) Vorbemerkung .....	5
Dr. Detlev Fischer Rechtsanwalt Ludwig Marum als Rechts- und Verfassungspolitiker .....	9
Dr. Monika Pohl Ludwig Marum - ein jüdischer Sozialdemokrat und Vorkämpfer für die Rechte der Frau .....	18
Andrée Fischer-Marum Politische Wege meines Vaters Hans Marum .....	30
Stephan Marks „Bis ins 3. und 4. Glied ... „ Über Scham, Nationalsozialismus und die Folgen.....	41
Uri R. Kaufmann Juden in der Weimarer Republik Verteidigung der Demokratie und innerjüdische Debatten.....	48
Zu den Autoren.....	63

Dr. Felix Schmidt  
(Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg)

## BEGRÜßUNG

Sehr geehrte Gerlinde Hämmerle,  
hoch verehrte Frau Andrée Fischer-Marum,  
sehr geehrter Herr Dr. Fischer,  
liebe Frau Dr. Pohl,  
lieber Johannes Jung,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ganz herzlich möchte ich Sie alle heute Morgen hier im Ständehaus im Namen der Friedrich Ebert Stiftung zu unserer Fachtagung in Gedenken an Ludwig Marum begrüßen.

Auch die Vorsitzende unserer Stiftung, Anke Fuchs, hat mich gebeten, Ihnen herzliche Grüße zu übermitteln.

Zwar sitzen wir hier in einem relativ neuen Gebäude, aber wir befinden uns doch auf einem geschichtsträchtigen Terrain. Das alte Ständehaus, das 1944 im Krieg zerstört wurde, kann mit Fug und Recht als die Vorschule des Parlaments betrachtet werden, lange bevor es einen Reichs- oder Bundestag in Deutschland gab. Nicht zu unrecht wird die Badische Verfassung von 1818 als der Beginn der Demokratisierungsbewegung in Deutschland gewertet, die auch ins europäische Ausland ausstrahlte.

Die damaligen Debatten der Abgeordneten des badischen Landtags waren in vielen Fällen wegbereitend für Demokratisierungsbestrebungen im 19. Jahrhundert.

Hier gibt es auch Parallelen zur Entstehung der Friedrich Ebert Stiftung. Der Namensgeber unserer Stiftung, der erste demokratisch gewählte Reichspräsident in Deutschland, war ebenfalls ein Kämpfer für demokratische Werte nach dem Kaiserreich, bis zu seinem Tod in 1925. Er stand für einen beharrlichen, unerbittlichen Kampf für die freiheitliche Demokratie verbunden mit sozialer Gerechtigkeit.

Wir von der Friedrich Ebert Stiftung fühlen uns seinem Kampf auch heute noch verpflichtet. Dies ist auch der Grund weshalb ich sehr gerne Ja sagte, als mich Johannes Jung vor einigen Monaten ansprach mit der Frage, ob wir nicht gemeinsam die heutige Tagung organisieren könnten.

Auch Ludwig Marum führte diesen Kampf um Demokratie und eine humane Gesellschaft. Ihm gebührt ein bedeutender Platz in der Geschichte der Demokratie in Baden und später im Reichstag in Berlin. Auch seinem Wirken sind wir von der Friedrich Ebert Stiftung verpflichtet.

Es gibt aber auch einen sehr persönlichen Grund für mich, am heutigen Tag dem ermordeten Juden Ludwig Marum zu gedenken. Bitte haben Sie Nachsicht, wenn ich Ihnen ein wenig von meiner eigenen Familie aus Karlsruhe erzähle. Auch mein eigener Großvater war ein Jude, der hier in der Stadt gelebt hat und, der unter dem Terror der Nazis zu leiden hatte.

Das Schicksal meiner Familie ist jedoch nicht mit der Tragik der Familie Marum zu vergleichen.

Mein Großvater, er hieß Emil Probst, wurde 1877 geboren, also 5 Jahre vor Ludwig Marum. Er wurde 1915 zum Hochschullehrer an die Universität hier in Karlsruhe berufen. 1933 wurde er von den Nazis aus seinen Hochschulämtern entfernt.

Dies war das Jahr, in dem Ludwig Marum ermordet und übrigens auch die Friedrich Ebert Stiftung verboten wurde.

Mein Großvater konnte 1939 von Karlsruhe nach London fliehen. Interessanterweise wollte er, der noch im ersten Weltkrieg für Deutschland kämpfte, es bis zuletzt nicht wahrhaben, was die Nazischergeren Hitlers in Deutschland angerichtet haben. Erst auf dringendes Anraten seiner Freunde entschloss er sich quasi in letzter Sekunde, Nazideutschland verlassen.

Interessant für mich ist, dass meine Mutter, die als einziges Familienmitglied nach dem 2. Weltkrieg nach Deutschland zurückkehrte, uns Kindern nie etwas von den dunklen Jahren in unserer Familiengeschichte erzählen wollte.

Erst die nächste Generation, also meine Cousinen und Cousins, die heute in England, Amerika und Kanada leben, haben das Bedürfnis, mehr von unserm Großvater und den damaligen Verhältnissen zu erfahren. Es brauchte seine Zeit, bis die Erinnerungsarbeit möglich war. Wir werden ja im Laufe der heutigen Tagung noch intensiver über dieses Thema sprechen.

Heute ist deutlich, dass es unverzichtbar ist, gegen das Vergessen zu arbeiten. Der Preis, den unsere Vorväter für ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte bezahlen mussten, ist zu hoch, um es zuzulassen, dass Feinde der Demokratie unsere Gesellschaft zerstören.

Auf die heutigen Vorträge und Gespräche bin ich schon sehr gespannt. Besonders freut mich, dass es die Enkelin von Ludwig Marum geschafft hat, heute hierher nach Karlsruhe zu kommen und zu uns zu sprechen. Aber auch die anderen hochkarätigen Referenten werden uns Denkanstöße zu den wichtigen Fragen der jüngsten deutschen Geschichte geben.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass die heutige Tagung, und vor allem das Gedenken an Ludwig Marum, einem der ersten Opfer des Nationalsozialismus, ihren Beitrag dazu leisten wird. Uns allen wünsche ich interessante Vorträge und Debatten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ulrich Wiedmann  
*(Forum Ludwig Marum)*

## BEGRÜßUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie im Namen der Vorsitzenden des Forum Ludwig Marum, Frau Gerlinde Hämmerle, hier im Karlsruher Ständehaus sehr herzlich begrüßen.

Als Kind, im Religionsunterricht, war ich von einer Stelle im Alten Testament besonders beeindruckt: Moses, das Vieh weidend, kommt an den Rand der Wüste und sieht einen Dornbusch, der brennt, aber nicht verbrennt. Und er hört eine Stimme, die sagt: „Löse deine Schuhe, der Ort an dem du stehst ist ein heiliger Ort.“ (Löse deine Schuhe! Bei meiner Mutter hieß das immer: Zieh deine dreckigen Schuhe aus!)

Meine Damen und Herren, wenn man die Bibelstelle ernst nimmt, müssten wir alle mit gelösten Schuhen hier sitzen, denn auch der Ort, an dem wir uns hier befinden, ist ein heiliger Ort. Hier, wenn nicht im gleichen Raum, so doch an gleicher Stelle, hat sich die Zweite Kammer des badischen Parlaments getroffen, hier war über hundert Jahre lang der Ort der Freiheit und vor allem der Ort der Freiheit der Rede. Hier war lange Zeit der einzige Ort in Deutschland, wo Redefreiheit möglich war.

Und wenn Sie ganz genau hinhören, können Sie Stimmen vernehmen. Sie hören die Stimme von Friedrich Hecker: Mehr Demokratie wagen, oder so ähnlich.

Und da ist auch die Stimme Ludwig Marums: „Kein Jude hat sich seiner Herkunft zu schämen.“

Das Forum Ludwig Marum wünscht Ihnen, meine Damen und Herren, einen ereignisreichen und unterhaltsamen Tag. Das Forum war im alten Rom der Ort, an dem sich Menschen und Meinungen trafen, an dem Austausch stattfand. Wir hoffen, dass das auch am heutigen Tag der Fall sein wird.

Dr. Monika Pohl  
(*Forum Ludwig Marum*)

#### VORBEMERKUNG

Der vorliegende Band fasst die Vorträge zusammen, die auf einer Fachtagung zum Gedenken an den Politiker jüdischer Herkunft Ludwig Marum (1882-1934) am 3. November 2007 in Karlsruhe gehalten wurden. Die Veranstaltung trug den Titel „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und das Ringen um eine offene, pluralistische Gesellschaft“ und erinnerte an die politischen Verdienste dieses Politikers, dessen Geburtstag sich in diesem Jahr 2007 zum 125. Mal jährte.

Die politische Biographie Marums zeigt uns einen prominenten Sozialdemokraten der Weimarer Republik, der die Geschicke Badens entscheidend bestimmte und einen Politiker jüdischer Herkunft, der als Repräsentant des demokratisch engagierten Judentums gilt. Marums Leben und seine politische Arbeit vollzogen sich in einer konfliktreichen Umbruchszeit. Die erste deutsche Demokratie war geprägt von wirtschaftlichen Krisen, inneren Kämpfen, Manifestationen der Gewalt und den gleichzeitigen Versuchen der Befriedung und des Ausbaus demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen.

An dem mühevollen Aufbauwerk einer stabilen Republik war Marum führend beteiligt, sein politisches Wirken hatte er aber bereits in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg aufgenommen.

Marum war ein Sozialdemokrat mit einem ungewöhnlichen Profil: Seine jüdische Herkunft, seine Sozialisation in einer bürgerlichen Kaufmannsfamilie, die gymnasiale Ausbildung und das juristische Studium, seine Berufstätigkeit als Anwalt unterschieden ihn deutlich von der Mehrheit sozialdemokratischer Politiker und den sie prägenden Einflüssen. Marum hatte sich bereits als Student - nicht zuletzt wegen der Erfahrung antisemitischer Diskriminierung an der Universität Heidelberg - der Sozialdemokratie angeschlossen, die sein juristisches Fachwissen, sein rhetorisches Geschick und sein ausgeprägtes Vermittlungs- und Verhandlungsgeschick sehr zu schätzen wusste, seine politische Laufbahn förderte und die Übernahme von Spitzenämtern in Parlament und Regierung unterstützte.

Marum bereicherte den Führungskreis der badischen Sozialdemokratie um eine vielseitig gebildete, weltoffene und tolerante Persönlichkeit, die sowohl im Kontakt mit der proletarischen Parteibasis als auch mit bürgerlichen Politikern Akzeptanz und Anerkennung fand. Auf religiöser Ebene hatte sich Marum vom Judentum gelöst, er bekannte sich jedoch stets zu seinen jüdischen Wurzeln und unterstützte den Abwehrkampf gegen den stets gegenwärtigen Antisemitismus seiner Zeit.

Der Lebensweg Marums umfasste 30 Jahre politisches Engagement, das der Jurist aus bürgerlichem Haus in den Dienst der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stellte. Marum war Anhänger des badischen Reformismus, der bereits in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien suchte und über eine dezidierte Reformpolitik den konstitutionell verfassten badischen Obrigkeitsstaat erneuern wollte.

Als diesen Bemühungen in den Jahren des 1. Weltkrieges kein Erfolg beschieden war, übernahm die badische SPD eine maßgebende Rolle in der Novemberrevolution, in deren Verlauf Marum maßgeblichen Einfluss ausübte und einen gewaltfreien Übergang in die Republik erreichen konnte. Als Justizminister in der Badischen Vorläufigen Volksregierung vermittelte er geschickt zwischen den divergierenden Kräften der Rätebewegung und den bürgerlichen Parteien und setzte sich für eine neue rechtsstaatliche und demokratische Ordnung ein, die im Verfassungsentwurf des Sozialdemokraten Eduard Dietz nach seiner Auffassung den gelungensten Ausdruck fand. In Baden konnte - nicht zuletzt durch Marums Engagement - sowohl die Durchsetzung dieser sehr liberalen Grundordnung erreicht werden als auch das Bündnis der Parteien der so genannten Weimarer Koalition, das in Baden die Geschicke des Landes bis zum Jahre 1932 bestimmen sollte.

In der Weimarer Republik übernahm Marum eine zentrale Position in der badischen Politik. Als Fraktionsvorsitzender seiner Partei trug er entscheidend zur Stabilität des Regierungsbündnisses bei, wobei die auftretenden Konflikte zwischen den Bündnispartnern durch seine konziliante, vermittelnde Art immer wieder akzeptable, tragfähige Lösungen fanden. Seine weitgehende Kompromissbereitschaft verdankte sich der Sorge um die Festigung und die Verteidigung der Republik, die sich die Sozialdemokratie zu ihrer vordringlichsten Aufgabe gemacht hatte. Marum, der sich vehementen Angriffen ob seines reformistischen Kurses sowohl von linken als auch von rechten Kräften ausgesetzt sah, verfolgte unbeirrt und pragmatisch die Politik der kleinen Schritte, die sich dem Ideal der sozialen Demokratie anzunähern versuchte und für eine offene, tolerante Gesellschaft eintrat, die sozial integrierend wirken und die Emanzipation der Arbeiterklasse, aber auch der jüdischen Minderheit fördern wollte.

Im Jahre 1928 verließ Marum die badische Politik und wirkte fortan als Abgeordneter im Deutschen Reichstag, wo er sich besonders auf dem Gebiet der Rechtspolitik einen Namen machte. Vor der aufziehenden nationalsozialistischen Gefahr wich er nicht zurück, er nahm den Kampf mit den faschistischen Kräften auf, unterschätzte jedoch in fataler Weise das politische Potential dieser neuen Massenbewegung. Zu spät erkannte er die Spaltung der Arbeiterbewegung als entscheidenden Fehler, der sich auf den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus nachteilig auswirken musste und die Niederlage der Linken vorprogrammierte. Sein Aufruf zur Bildung einer Einheitsfront kam zu spät, die organisierte Arbeiterbewegung scheiterte in ihrem Bemühen, den Machtantritt der Nazis zu verhindern.

Marum fiel bereits in einer ersten Verhaftungswelle im März 1933 den Nazis in die Hände, denen er als Bürger jüdischer Herkunft und Sozialdemokrat doppelt verhasst war. Nach einjähriger Haft wurde er Opfer eines politischen Mordes, den die Nazis zu vertuschen suchten. Die offiziell verbreitete Version über die Umstände seines Todes sprach von Selbstmord, den Marum im KZ Kislau verübt haben sollte. Dies fand bei weiten Teilen der Bevölkerung, den Arbeiterparteien und im Familien- und Freundeskreis Marums keinen Glauben, sie erkannten in Marum ein frühes Opfer des NS-Terrors, der ihm als politischem Gegner und Vertreter der jüdischen Minderheit das Lebensrecht absprach.

Der Name Marum sollte fortan in Baden eng verknüpft bleiben mit der Erinnerung an einen aufrechten Sozialdemokraten, der für sein politisches Engagement mit dem Leben zahlen musste. Er gilt heute als Symbolfigur, die auf die wertvollsten Traditionen unserer Geschichte verweist. Diese beinhalten sowohl den Kampf um soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte als auch den Aufbau einer pluralistischen Zivilgesellschaft, die sich um die Integration der Minderheiten ebenso bemüht wie um die Überwindung antagonistischer Klassengegensätze. Dieses Gesellschaftsmodell hat seine Strahlkraft bis heute bewahrt, der historische Rückblick auf die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit lässt uns verloren gegangene Bezüge erkennen, aus Fehlern lernen und unsere politischen Grundwerte neu überdenken und wertschätzen.

Marums Leben macht nicht nur ein Stück Demokratiegeschichte lebendig, es verweist auch auf die untergegangene Welt des deutschen Judentums, das einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen, rechtsstaatlichen Umgestaltung des deutschen Staatswesens leistete. Dass wir uns dieser Verdienste erinnern und sie zu würdigen wissen, schulden wir den Opfern ebenso wie die Trauer und die Betroffenheit über ihre unvorstellbaren Leiden. Die Erinnerung an Marum und seine jüdischen Mitbürger lässt spürbar werden, welchen großen Verlust die deutsche Gesellschaft durch den Zivilisationsbruch der NS-Barbarei erlitt, den sie bis heute nicht vollständig überwinden konnte.

Der Karlsruher Tagung, die den Blick von der Biographie Marums bis in die aktuelle Gegenwart richtete, waren somit große Aufgaben gestellt, die eine Auswahl und Beschränkung auf zentrale Punkte im politischen Lebenswerk Marums verlangten. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, pluralistische Gesellschaft bildeten die großen Themenfelder, die im Fokus der Veranstaltung standen.

Aus ihnen wurden einzelne Aspekte ausgewählt, die die politischen Verdienste Marums besonders deutlich machen, wie z. B. seine Bemühungen um die Geschlechterdemokratie, um Recht und Verfassung und um die Integration der jüdischen Minderheit in das gesellschaftliche und staatliche Leben.

In diesen Politikbereichen gelang es ihm, wesentliche Fortschritte zu erzielen, die in der Auseinandersetzung mit gegenläufigen Bestrebungen und rückwärtsgewandten Politikentwürfen schließlich durchgesetzt werden konnten.

Der Richter am Bundesgerichtshof Dr. Detlev Fischer beschäftigte sich im einleitenden Referat mit dem Juristen Marum. Auf dem Gebiet des Staatsrechts setzte sich Marum für eine Verfassung ein, die eine liberal-demokratische Grundordnung festschrieb. Die weitgehende Partizipation der Bürger, die Gleichstellung von Minderheiten, die umfassenden Kompetenzen des Parlaments bildeten zentrale Elemente der neuen republikanischen Verfassung des Jahres 1919, die Marum in Baden entscheidend mit durchsetzen half. Neben einem neuen Staats- und Verfassungsrecht strebte Marum die Reform des überkommenen Strafrechts, die moderne Ausgestaltung des Arbeits- und Familienrechts an. Auch auf diesen Gebieten vertrat er moderne, tolerante Standpunkte.

Dr. Monika Pohl, Lehrerin am Ludwig-Marum-Gymnasium in Pfinztal und Biografin von Ludwig Marum, widmete sich in einem weiteren Vortrag den Leistungen Marums für die Gleichstellung der Frau. Im Ringen um die Emanzipation stellte die Durchsetzung des Frauenwahlrechts 1918 erst einen Anfang dar. Viele Mühen und Hindernisse waren zu überwinden, ehe die Geschlechterdemokratie in den Bereichen der Arbeitswelt, der Familie, der Bildung diskutiert und erste Schritte zu ihrer Verwirklichung unternommen werden konnten. Diese Bemühungen der Frauenbewegung wurden von dem Politiker Marum mit Tatkraft unterstützt, er förderte die Karriere und Initiativen weiblicher Abgeordneter und pflegte mit den Politikerinnen einen akzeptierenden und anerkennenden Umgang.

Die Herkunft Marums aus dem Judentum bildete den Anlass für einen Beitrag des Historikers Dr. Uri Robert Kaufmann, der sich mit dem deutschen Judentum in der Weimarer Republik und seiner politischen Orientierung beschäftigte. Ebenso wie Marum schloss sich eine Vielzahl herausragender jüdischer Akademiker und Intellektueller der Sozialdemokratie an, der sie ihre Kompetenzen und Talente im Kampf für eine bessere Gesellschaft zur Verfügung stellten. Die gemeinsam angestrebten Ideale der sozialen Gerechtigkeit und des dauerhaften Friedens waren ihnen bereits aus der jüdischen Religion und Kultur vertraut.

Marum wirkte im Bereich der Politik, andere Bürgern jüdischer Herkunft hatten ihr Betätigungsfeld in der Wirtschaft, Kunst oder Wissenschaft gefunden. Ihr Selbstverständnis gründete auf der nationalen Identität als Deutsche, sie empfanden sich als weitgehend integriert in den deutsch-jüdischen Lebenswelten. Allerdings trübte der weit verbreitete Antisemitismus ihre optimistische Grundhaltung. Die Interessenvertretung des assimilierten deutschen Judentums, der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, widmete dem Abwehrkampf gegen die judenfeindlichen Bestrebungen große Aufmerksamkeit und Tatkraft.

Viele Söhne sozialdemokratisch eingestellter jüdischer Familien orientierten sich in den Zwanziger Jahren weiter nach links als ihre Eltern und schlossen sich anderen linken Gruppierungen an. Diesem Trend folgte auch Hans Marum, der Sohn Ludwig Marums. Seine Tochter, Frau Andrée Fischer-Marum, beschrieb die bewegte politische Biographie ihres Vaters, der sich schon als Schüler – dem Vater in seiner politischen Leidenschaft folgend, aus der sozialdemokratischen Schülergruppe und der jüdischen Gruppe „Kameraden“ kommend - als sozialdemokratischer Student im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme die gemeinsame Aktion mit kommunistischen Jugend- und Studentengruppen suchte. Der Nationalsozialismus zwang ihn ins Exil, bei Kriegsbeginn wurde er in Südfrankreich interniert, nur unter großen Mühen gelang es Hans mit seiner Familie nach Mexiko, einem Zentrum kommunistischer Emigration, auszuwandern. Dort beteiligte er sich an der Debatte über die Chancen eines neuen sozialistischen Deutschlands nach dem Sieg der Alliierten über die Nationalsozialisten. Ähnlich wie sein Vater wollte er politisch aktiv werden und einen Beitrag zum Aufbau eines anderen Deutschlands leisten, deshalb entschied er sich schließlich zur Rückkehr in die sowjetische Besatzungszone.

Der abschließende Vortrag, gehalten von Dr. Stephan Marks, PH Freiburg, widmete sich einer pädagogischen Thematik. Es ging um die zentrale Rolle eines Gefühls, das die Erinnerungsarbeit wesentlich behindern und blockieren kann - die Emotion der Scham.

Da sie zu den schmerzhaftesten, meist tabuisierten menschlichen Gefühlen gehört, kommt der Schamabwehr zentrale Bedeutung zu. Historische Erinnerungsarbeit an die Zeit des Nationalsozialismus muss mit vielfältigen Abwehrmechanismen und Entlastungsstrategien im Land der Täter auch noch in der dritten und vierten Generation rechnen. Hier gilt es, die Existenz fortdauernder Schamgefühle anzuerkennen, um einen vorsichtigen Prozess der Annäherung an die historische Wahrheit einzuleiten.

Pädagogen/innen sollten lernen, konstruktiv mit der Scham der ihnen anvertrauten Jugendlichen umzugehen und in einer Atmosphäre der Anerkennung die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, den schuldig gewordenen Tätern und der kollektiven Verantwortung der deutschen Gesellschaft aufzunehmen.

Die Einlösung dieser Forderungen bildet die Rahmenbedingung für eine fruchtbare Erinnerungsarbeit, die helfen kann, eine offene, unverkrampfte Rückbesinnung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte auch bei den nachwachsenden Generationen in Gang zu setzen.

Die Dokumentation der Tagungsbeiträge ist ein Beitrag, gegen das Vergessen zu arbeiten und ein anschauliches Bild der Vergangenheit zu bewahren. So kann die identitätsstiftende politische und historische Bildung vertieft werden, die uns hilft, aktuellen gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen angemessen zu begegnen.

## RECHTSANWALT LUDWIG MARUM ALS RECHTS- UND VERFASSUNGSPOLITIKER

*Ludwig Marum (1882-1934) war fast 25 Jahre als Rechtsanwalt in Karlsruhe tätig. Als badischer Justizminister hat er die Ausarbeitung der republikanischen Landesverfassung von 1919 aktiv mitbegleitet. Über zehn Jahre gehörte er als Staatsrat der badischen Landesregierung an. Als langjähriger Rechtsanwalt mit den Bedürfnissen der rechtsuchenden Bevölkerung wohl vertraut, setzte er sich mit Entschiedenheit für den Ausbau des demokratischen Rechtsstaats in Baden und im Reich ein. Anfang März 1933 wurde er unter Bruch seiner Indemnität als Reichstagsabgeordneter inhaftiert und ein Jahr später auf Geheiß des badischen NS-Gauleiters im Konzentrationslager Kislau ermordet.*

### *1. Studien- und Ausbildungszeit*

Nach dem Abitur nahm der 1882 in Frankenthal/Pfalz geborene und in Bruchsal aufgewachsene Ludwig Marum<sup>1</sup> zu Beginn des neuen Jahrhunderts das juristische Studium an der Universität Heidelberg auf. Welche Motive im Einzelnen für die Studienwahl ausschlaggebend waren, ist nicht überliefert. Die Wahl des Studienfaches Rechtswissenschaften war unter den deutschen Studenten jüdischer Herkunft - neben dem medizinischen Studium - zur damaligen Zeit allgemein üblich. Dabei wird wohl weniger die Überlieferungen religiöser Erziehung dem emanzipierten Juden ein Rechtsstudium nahe gelegt haben. Es kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass - wie auch sonst bei der Studienwahl der Juristen - für Marum der Gedanke an die vielseitigen Berufsaussichten bestimmend gewesen ist.<sup>2</sup>

Mit Ausnahme von zwei Semestern in München verbrachte er seine ganze Studienzeit in Heidelberg. Beide Fakultäten waren liberal ausgerichtet und nahmen eine führende Stellung im Reich ein. In München genoss er die Vielfalt des kulturellen Lebens. Marum wurde während seiner Studienzeit stark durch den Heidelberger Strafprozessualisten Karl von Lilienthal (1853-1927) beeinflusst, der - als Schüler und Freund des großen Strafrechtslehrers Franz von Liszt (1851-1919) - einen kriminalsoziologischen und psychologischen Lehrensatz verfolgte und damit neue Wege für die Entscheidungsfindung im Strafprozess eröffnete. Als späterer Strafverteidiger hat Marum in seinen Plaidoyers wiederholt hieran angeknüpft.<sup>3</sup> Den Lehrensatz von Franz von Liszt wird er sicherlich seinem 1909 beim sozialdemokratischen Ortsverein Weingarten/Baden gehaltenen Vortrag „Die Ursachen der Verbrechen“ zugrunde gelegt haben. An der rechtswissenschaftlichen Fakultät zu Heidelberg dürfte Marum auch dem späteren Reichsjustizminister Gustav Radbruch (1878-1949) begegnet sein, der damals bei von Lilienthal mit einer strafrechtlichen Arbeit über den Handlungsbegriff habilitiert wurde<sup>4</sup> und sich gleichfalls dem kriminalsoziologischen Lehrensatz verpflichtet fühlte.

Im Frühjahr 1904 legte Marum das Erste juristische Staatsexamen in Karlsruhe ab. Anschließend trat er als Rechtspraktikant, was dem heutigen Rechtsreferendar entspricht, den juristischen Vorbereitungsdienst an und wurde dem Amtsgericht Bruchsal und dem Landgericht Karlsruhe zugewiesen. Seine letzte Ausbildungsstation am Oberlandesgericht in Karlsruhe absolvierte er mit sehr gut und steigerte seine bisherigen Leistungen ganz erheblich.

---

<sup>1</sup> Grundlegend zur Biographie: Monika Pohl, Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882-1919, Karlsruhe 2003; ferner Konrad Exner-Seemann, Ludwig Marum, Landespolitiker und NS-Opfer, Badische Heimat 1998, S. 195-218; Detlev Fischer, Recht und Politik RuP 2002, S. 182-184.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Landau, Juristen jüdischer Herkunft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 133, 136.

<sup>3</sup> Monika Pohl, Ludwig Marum, aaO, S. 70.

<sup>4</sup> Erik Wolf, Große Rechtsdenker, 4. Aufl., S. 713, 726. Radbruch legte im Herbst 1903 der Fakultät seine Habilitationsschrift vor.

Das Hauptportal des Oberlandesgerichtsgebäudes trug in seiner damaligen Ausgestaltung den Programmsatz *Justitia fundamentum regnorum*. Dies sollte für Marum ein vielzitiertes Ausspruch werden<sup>5</sup>, wobei er aber in späteren Jahren Wert darauf legte, dass das *Fundament der Gerechtigkeit* gerade auch für die Weimarer Republik bestimmend sei.

Im Herbst 1908 schloss Marum seine juristische Ausbildung mit dem Zweiten Staatsexamen ab.

## 2. Erste Jahre als Anwalt und Landtagsabgeordneter

Am 30. November 1908 wurde Marum als Rechtsanwalt beim Landgericht Karlsruhe zugelassen und machte sich zunächst als Einzelanwalt selbständig. Bereits 1904 war er der sozialdemokratischen Partei in Bruchsal beigetreten und betätigte sich nach seinem Umzug nach Karlsruhe in der örtlichen Parteigliederung. Über seine ersten Jahre als Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins, wie sich die Partei damals bezeichnete, ist wenig bekannt. Er gehörte aber alsbald zur Führungsgruppe der Karlsruher Sozialdemokratie. Hier nahm er eine mittlere Position ein und traf auf seine Anwaltskollegen Eduard Dietz (1866-1940)<sup>6</sup> und Leo Kullmann (1877-1941).<sup>7</sup>

Die Karlsruher Partei setzte sich damals, wie auch im übrigen Reichsgebiet, überwiegend, was Mitglieder und Führungsebene anging, aus der Arbeiterschaft zusammen. Deshalb waren die drei Juristen eine wertvolle Bereicherung für die alltägliche Arbeit in den Parteigremien. Auch später fanden sich immer wieder Gelegenheiten, bei denen insbesondere Dietz und Marum gemeinsame Wege gingen.<sup>8</sup> 1911 wurde neben Dietz und Kullmann auch Marum erstmals in den Karlsruher Bürgerausschuss (ein Vorläufer des heutigen Gemeinderats) gewählt. Bis 1921 gehörte er diesem Gremium an.

Bereits 1913 nahm Marum zu verfassungsrechtlichen Fragen Stellung und forderte unter Fortentwicklung der badischen Verfassung von 1818 und der Reichsverfassung von 1871 "unser Staatswesen zu einem wirklichen Verfassungsstaat auf demokratischer Grundlage" auszubauen, was die Einführung einer parlamentarischen Demokratie für Baden und das Reich bedeutet hätte.<sup>9</sup>

Im Oktober 1914 folgte sein Einzug in den Badischen Landtag im Wege der Nachwahl für den in den ersten Kriegswochen in Lothringen gefallenen Abgeordneten Ludwig Frank (1874-1914). Frank, Rechtsanwalt aus Mannheim, war einer der bedeutendsten Köpfe, die jemals im Badischen Landtag saßen. Er war zugleich Mitglied des Reichstages und der führende Vertreter des revisionistischen Kurses in der badischen SPD. In Frank sah Ludwig Marum sein eigentliches politisches Vorbild. Im Landtag wurde Marum alsbald - wiederum als Nachfolger von Frank - das Amt des Vorsitzenden der Kommission für Justiz und Verwaltung übertragen.

Seit Dezember 1917 gehörte er zudem dem neu gebildeten Verfassungsausschuss des Landtags an.

Hier konnte Marum erstmals als Rechts- und Verfassungspolitiker vor einem landesweiten Forum wirken. Deziert wandte er sich gegen die Erste Kammer des Ständehauses, eine Art von Herrenhaus, die er treffend als *Vormundschaftsbehörde* der Zweiten Kammer bezeichnete und deren Abschaffung bzw. grundlegende Umgestaltung er forderte. Daneben ist sein Engagement für die Einführung des Verhältniswahlrechts für die Zweite Kammer, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinderatswahlen sowie - grundlegend - die Einführung des Frauenwahlrechts zu nennen.

---

<sup>5</sup> Monika Pohl, aaO, S. 71.

<sup>6</sup> Hierzu Detlev Fischer, RuP 2004, S. 58-59.

<sup>7</sup> Hierzu Detlev Fischer, Rechtshistorische Rundgänge durch Karlsruhe – Residenz des Rechts, 2005, S. 54.

<sup>8</sup> Hierzu Detlev Fischer, Wiederkehr. Begegnungen zwischen den Karlsruher Anwälten Eduard Dietz und Ludwig Marum, in: FS 125 Jahre Anwaltsverein Karlsruhe, 2004, S. 51, 52.

<sup>9</sup> Vgl. auch Monika Pohl a.a.O., S. 171.

### *3. Der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Tätigkeit als Justizminister*

Am 30. Oktober 1918 veranstaltete die Karlsruher Sozialdemokratie eine Kundgebung anlässlich der kurz zuvor auf Reichsebene durchgeführten Verfassungsreform, mit der die parlamentarische Staatsform eingeführt und bekanntlich Prinz Max von Baden zum ersten parlamentarisch gestützten Reichskanzler des Kaiserreichs berufen wurde. Sowohl Marum als auch Dietz traten als Redner auf und erwiesen sich als Vertreter eines rationalen, evolutionären Politikkonzepts, für die eine Abschaffung der Monarchie noch nicht in Betracht kam.<sup>10</sup>

Kennzeichnend für diese Position ist Marums Aussage: *Für uns als Sozialdemokraten handelt es sich darum, dass wir einen Rechtsstaat bekommen, die Frage mit oder ohne Monarchie ist von untergeordneter Bedeutung.* In den nächsten Tagen drang Marum auf eine beschleunigte Umsetzung der Parlamentarisierung auch in Baden. Durch die Verfassungsreform im Reich war das einstmals fortschrittliche Baden mit seiner immer noch dem monarchischen Prinzip verpflichteten Verfassung von 1818 deutlich ins Hintertreffen geraten. Es war Marum, der nun eine umgehende Einberufung des Landtags und Bildung einer demokratischen Volksregierung forderte. Der Großherzog möge auf seine angestammten Rechte verzichten und damit den Übergang zur parlamentarischen Monarchie ebnen.

Wenige Tage später hatte die Revolution auch Karlsruhe erreicht. Am 10. November 1918 wurde eine provisorische Regierung unter dem Sozialdemokraten Anton Geiß (1858-1944) gebildet, die bisherige großherzogliche Regierung entlassen. Marum wurde das Justizministerium übertragen. Der gerade 36jährige Rechtsanwalt wurde damit Nachfolger des im Dezember 1917 ernannten großherzoglichen Justizministers Adelbert Düringer (1855-1924), zuvor lange Jahre Reichsgerichtsrat und zuletzt Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe. Düringer genoss höchstes Ansehen in der Karlsruher Juristenwelt.

Der wesentlich jüngere Marum stand daher zunächst im Schatten seines Vorgängers. Er konnte aber schnell zeigen, dass er das Amt voll ausfüllte. Dem Justizministerium kommt bekanntlich, was die einzelnen Regierungsämter angeht, nicht die erste Rangstelle zu. In Zeiten des Umbruchs wie damals, ist dies aber anders zu bewerten, weil der Justizminister als Verfassungsminister die Ausarbeitung der Verfassung mit zu begleiten hat.

Mit bewundernswerter Entschiedenheit wehrte Marum Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit ab und bewährte sich als kenntnisreicher Verfassungsminister bei der Ausarbeitung der neuen Landesverfassung, mit der er auch in seiner Eigenschaft als Mitglied der im Januar 1919 gewählten Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung befasst war.

Zwei Beispiele aus der Tätigkeit Marums als Justizminister sollen seine Amtsführung und sein Amtsverständnis verdeutlichen: Das erste betrifft die strafrechtliche Ahndung des sog. Putschversuchs des Matrosen Heinrich Klumpp vom 11. November 1918, der in den Abendstunden dieses Tages mit einigen weiteren Soldaten in Karlsruhe das großherzogliche Schloss angriff, wobei mehr als 70 Geschosse abgefeuert wurden.<sup>11</sup> Einen Tag später folgte die Verhaftung Klumpps im Auftrag des Karlsruher Arbeiter- und Soldatenrates. Nachdem sich die Militärgerichte für unzuständig erklärt hatten, übernahm die Staatsanwaltschaft Karlsruhe das Verfahren Anfang Dezember und führte erste Zeugenvernehmungen durch. Am 17. Dezember berichtete die Staatsanwaltschaft dem Justizministerium, dass auf die Tat des Inhaftierten Klumpp die Berliner Amnestieverordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 anzuwenden sei. Ohne in das Verfahren direkt einzugreifen, teilte Marum mit, die Einschätzung der Staatsanwaltschaft sei nicht von der Hand zu weisen, die Entscheidung stehe dem Landgericht zu, und die Staatsanwaltschaft möge entsprechende Anträge stellen. Am 21. Dezember verfügte das Landgericht die Einstellung und Aufhebung des Haftbefehls.

---

<sup>10</sup> Monika Pohl a.a.O., S. 341-342.

<sup>11</sup> Hierzu G. Kaller, Zur Revolution von 1918, in: Oberrheinische Studien Bd. Ii, 1973, S. 175, 191ff.

Das zweite Beispiel ist besonders delikant. Wiederholt versuchte Rechtsanwalt Dietz eine vorzeitige Entlassung seines 1907 wegen Mord zum Tode verurteilten und anschließend zu lebenslanger Haft begnadigten Mandanten Karl Hau<sup>12</sup> aus der Strafhaft zu erreichen. Am 12. November 1918 - also wenige Tage nach der Revolution - reichte er ein neues Gnadengesuch ein. Er verwies auf die veränderten Umstände und plaidierte für eine sofortige Freilassung seines Mandanten.<sup>13</sup>

Das Badische Justizministerium unter Führung von Ludwig Marum beschied das Gesuch negativ und nahm auf den wenige Monaten zuvor ergangenen ablehnenden Erlass des großherzoglichen Ministeriums ausdrücklich Bezug. Es war eine schwierige Situation für Marum, der sich hier wohl bewusst für die Kontinuität aus übergeordneten Gesichtspunkten entschied. Dietz ließ aber nicht locker. Am 28. Dezember 1918 - mitten im Wahlkampf um die anstehenden Wahlen zur Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung - reichte er einen neuen Schriftsatz ein:

Er könne sich *bei diesem Ablehnungsbescheid nicht beruhigen*, er sei vielmehr genötigt, die Hilfe des Gesamt-Staatsministeriums in Anspruch zu nehmen, damit endlich auch für seinen Mandanten die Möglichkeit eröffnet wird, *nach elfjähriger Strafverbüßung im Zuchthaus Bruchsal der Menschheit wieder gegeben zu werden*.<sup>14</sup>

Im Gegensatz etwa zur Entwicklung in München blieb der badischen Landeshauptstadt die Gegnerschaft zwischen parlamentarisch-demokratisch strukturierter Republik und einem räterepublikanischen System erspart. Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen zwischen den Vertretern der unterschiedlichen Lager fand unter Marums Federführung in dessen Zimmer im Karlsruher Rathaus statt.

Als Ergebnis blieb eine einvernehmliche Zusammenarbeit der beiden Richtungen, was nicht zuletzt auf die besonderen, demokratisch vorgeprägten badischen Bedingungen zurückzuführen ist. Wie sehr auch Marum die revolutionären Zuspitzungen in der Reichshauptstadt Berlin ablehnte, zeigt seine eindeutige Zurückweisung des „Berliner Straßenterrors“, deren Rädelsführer kaum „*unsere Sprache verstünden*“ und „*von der Seele unseres Volkes*“ keine Ahnung hätten.<sup>15</sup>

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung wurde von der provisorischen Landesregierung unverzüglich in Angriff genommen. Im November 1918 beauftragte sie Eduard Dietz sowie den seit Januar 1918 amtierenden Oberlandesgerichtspräsidenten Johann Zehnter (1851-1922, Zentrum), den 1913 ernannten Verwaltungsgerechtshofpräsidenten Karl Glockner (1861-1946, Nationalliberale Partei) und Rechtsanwalt Friedrich Weill (1858-1934, Freisinnige Partei), einen Verfassungsentwurf für die noch zu wählende Nationalversammlung zu erstellen. In diesem Gremium nahm Dietz als ausgezeichnete Jurist gepaart mit politischer Durchsetzungskraft eine besondere Stellung ein. Am 3. Dezember traf der Viererausschuss zu seiner ersten Sitzung im Badischen Landtag zusammen. Schon hier ergab sich eine nicht mehr zu überbrückende Divergenz zwischen Dietz und den übrigen Ausschussmitgliedern. Sowohl Glockner als auch Dietz kündigten die Vorlage eines eigenen Entwurfs an. Auch nach Abschluss der Beratungen des Viererausschusses wurde ein Entwurf Dietz sowie ein von den übrigen Mitgliedern vorgelegter Entwurf erstellt. Obwohl die Mehrheit des Ausschusses, insbesondere Karl Glockner, der selbst längere Zeit Mitglied der Ersten Kammer des Ständehauses war, sich entschieden für ein Zweikammer-System aussprach, konnte sich Dietz mit seinem Vorschlag eines reinen Einkammer-Systems letztlich durchsetzen. So wurde seine Konzeption anlässlich der Beratung im Kabinett am 3. Januar 1919 auf Antrag von Justizminister Ludwig Marum, der sich energisch und Widerstände überwindend hierfür einsetzte, bereits als Grundlage für den Regierungsentwurf übernommen.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Zum Strafprozess Hau eingehend R. Haehling von Lanzenauer, Angeklagt wegen Mordes: Rechtsanwalt Karl Hau, in: Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte Bd. 7 2005/2006, S. 389-414.

<sup>13</sup> D. Rodewald, Carl Hau – Jacob Wassermann, in: Grenzfrevell, Rechtskultur und literarische Kunst, 1998, S.116

<sup>14</sup> Aber auch die Landesregierung sah die Sache nicht wesentlich anders als Minister Marum. Das Kabinett unter Staatspräsidenten Geiß fasste sich denn auch erst am 28. November 1919 mit dem Antrag – das Justizministerium wurde nun von dem Zentrumspolitiker Gustav Trunk (1871-1936) geführt - und beschloss, dass eine Entlassung aus der Strafhaft erst zum 15. April 1925 in Aussicht gestellt wird.

<sup>15</sup> M. Kießner, Zwischen Diktatur und Demokratie. Badische Richter 1919-1952, 2003, S. 54.

<sup>16</sup> G. Kaller, Zur Revolution von 1919 in Baden, in: Oberrheinische Studien, Bd. II, 1973, S.201; H. Fenske a.a.O., S.86.

Gleiches gilt im Wesentlichen für seinen übrigen Entwurf, dem teilweise Programmsätze des 1891 verabschiedeten Erfurters Programm zugrunde gelegt wurden. Am 5. Januar 1919 fanden die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung statt, erstmals - übrigens für ganz Deutschland - unter Anwendung des Frauenwahlrechts. Eine alte Forderung, für die sich Marum von Anfang an eingesetzt hatte, war eingelöst.

Das bisherige Tempo bei der Verfassungsausarbeitung wurde auch von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung beibehalten. In ihrer ersten Sitzung am 15. Januar wurde ein Verfassungsausschuss der Nationalversammlung gebildet und Dietz zum Vorsitzenden berufen, Stellvertreter wurde Glockner und Berichterstatter Zehnter. In mehr als 30 Sitzungen - auch Marum nahm hieran als Minister teil - wurde im Verfassungsausschuss der Entwurf der neuen Verfassung eingehend beraten. In der Generaldebatte zu Grundsatzen befürwortete auch der Berichterstatter das Einkammersystem und gab gleichzeitig bekannt, dass ebenfalls das Zentrum sich hierfür einsetze. Dem schloss sich die Kommission ohne abweichende Äußerung einzelner ihrer Mitglieder an.

Die im wesentlichen auf Dietz zurückgehende Regierungsvorlage, die zudem einen umfangreichen Grundrechtskatalog aufwies, wurde auch im übrigen dank seiner eingehenden und überzeugenden Begründung ohne wesentliche Abstriche von der Verfassungsgebenden Versammlung am 25. März 1919 angenommen. Die Verfassung wies dem Landtag als Volksvertretung eine herausragende Bedeutung zu. Der Landtag wählte sämtliche Minister und bestimmte im alljährlichen Wechsel aus ihrer Mitte den Ministerpräsidenten, der als Amtsbezeichnung den Titel eines Staatspräsidenten führte.<sup>17</sup> Der Grundsatz der Volkssouveränität wurde schließlich auch darin beachtet, dass die neue Landesverfassung zur Wirksamkeit der Zustimmung des Volkes bedurfte.<sup>18</sup> Damit war Baden das einzige deutsche Bundesland, das seine Verfassung einer Volksabstimmung unterwarf. Mit großer Mehrheit sprach sich die badische Bevölkerung am 13. April 1919 für die neue Landesverfassung aus, so dass diese am 25. April 1919 amtlich verkündet und in Kraft gesetzt werden konnte.

#### *4. Staatsrat und Abgeordneter in Landtag und Reichstag während der Weimarer Republik*

In der neuen Landesregierung versah Marum nicht mehr das Amt des Justizministers. Er übernahm stattdessen die Funktion eines Staatsrats, d.h. eines Minister ohne Geschäftsbereich. Diese Aufgabe, die ihm mehr Zeit für seine sonstigen Tätigkeiten lies, übte er bis 1929 aus. Gleichzeitig war er Vorsitzender der SPD-Fraktion im Badischen Landtag und gehörte damit zu den führenden Politikern des Landes Baden. 1928 wurde er erstmals in den Reichstag gewählt und behielt dieses Mandat bis 1933. Gut befreundet war er mit Kurt Schumacher (1895-1952), der seit 1930 als württembergischer Abgeordneter dem Reichstag angehörte und in der jungen Bundesrepublik erster SPD-Oppositionsführer wurde. Im Reichstag befasste er sich insbesondere mit rechtspolitischen Fragestellungen. Rechtsanwalt Marum wurde Mitglied der Justizkommission und des Strafrechtsausschusses.

Als führender Repräsentant der badischen Sozialdemokratie war Marum ein Garant für die Stabilität der politischen Verhältnisse im Land. Die seit 1919 als Weimarer Koalition amtierende Landesregierung wurde über die verschiedenen Legislaturperioden hinweg aus Zentrum, SPD und Liberalen gebildet und konnte so dazu beitragen, dass im Unterschied zu den Bedingungen auf der Reichsebene solide Mehrheitsverhältnisse herrschten, die auch die Arbeiterschaft in die politische Willensbildung einbezog. In seiner ausgeglichenen Wesensart war er dazu prädestiniert, für tragfähige Kompromisse zu sorgen, die auch die unterschiedlichen Positionen in der Weimarer Koalition in Einklang zu bringen verstanden.

---

<sup>17</sup> Ferner war der Landtag befugt einzelne Minister oder das „gesamte Staatsministerium“ abuberufen. Die vorzeitige Auflösung des Landtags war nur im Wege der Volksabstimmung zulässig.

<sup>18</sup> Im Einzelnen vgl. H. Fenske a.a.O., S. 88ff.

Ludwig Marum war ein Mann der „Praxis“, der sich durch Augenmaß und Besonnenheit auszeichnete. Sein politischer Realitätssinn war ausgeprägt, so sah er die junge Republik gleichermaßen von links- wie rechts-extremistischer Seite bedroht. Er setzte sich mit großer Entschiedenheit für den Ausbau des demokratischen Rechtsstaats ein. Seine rechtspolitischen Positionen und Äußerungen im Landtag und Reichstag belegen dies eindrucksvoll. An Hand von einigen Beispielen soll dies näher erläutert werden. Gleichzeitig wird hieraus deutlich, wie weit Ludwig Marum seiner Zeit voraus war:

Ganz entschieden hat sich Marum gegen die damals noch geltende Todesstrafe - sie wurde bekanntlich erst durch das Grundgesetz von 1949 abgeschafft - ausgesprochen. Marum, der als Mitglied des Staatsministeriums selbst mit der Begnadigung von zum Tode verurteilten Straftätern befasst war, sprach in diesem Zusammenhang von der größten Seelenqual, die er bei derartigen Entscheidungen durchzustehen hatte. Auf den Einwand des Zentrums, die Todesstrafe sei aus Abschreckungsgründen notwendig, antwortete er mit deutlichen Worten: *Abschrecken? Nein! Strafen müssen selbstverständlich sein, aber der Zweck der Strafe ist nicht blutige Vergeltung, sondern ist Schutz der Gesellschaft.*

Auch das damalige Ehescheidungsrecht, das nur in Ausnahmefällen eine Scheidung zuließ, hat er scharf kritisiert und es als unsittlich bezeichnet, *Ehen aufrechtzuerhalten, die innerlich zerbrochen, die innerlich zerrütet sind.* Die von ihm angemahnte Scheidungsrechtsreform sollte bekanntlich erst 1977 in Westdeutschland verwirklicht werden.

Zum Strafmündigkeitsalter, das in der Weimarer Republik von 12 auf 14 Jahren heraufgesetzt wurde, bekannte er sich ausdrücklich: *Es sei ein Unrecht Kinder vor den Strafrichter zu stellen.*

Frauen als Berufsrichter in der Justiz ist heute kein Thema mehr. Im Badischen Landtag von 1922 und im übrigen Deutschland war es dagegen - selbst für weibliche Abgeordnete - schwer einsehbar, dass Frauen ein Richteramt objektiv ausüben können. Ludwig Marum dagegen: *Wir sind der Auffassung, Frauen sollen zugelassen werden und wir hoffen, dass im Reichstag der Gedanke sich durchsetzt. Soviel zu diesem Punkt.*

Es ist bezeichnend, dass die Nazis diese Weimarer Reform recht schnell faktisch außer Kraft gesetzt haben. Weitere Themen seines rechtspolitischen Engagements waren die Verbesserung der Lage der ledigen Mütter und die Entschärfung des § 218 StGB.

Infame Beschuldigungen politischer Gegner - nicht nur von rechtsextremer Seite - trug er mit Gelassenheit. Auf Beleidigungsklagen lies sich der besonnene und lebenskluge Marum grundsätzlich nicht ein. Auf dem Höhepunkt der so genannten Batschari-Affaire im Oktober 1929, in deren Zusammenhang Marum vorgeworfen wurde, durch übermäßige Honorarforderungen am Zusammenbruch der Batschari-Zigarettenfabrik in Baden-Baden beteiligt gewesen zu sein, widerlegte er in einem umfassenden Artikel im Karlsruher Volksfreund, der sozialdemokratischen Tageszeitung, die Vorwürfe sachlich. Gleichzeitig wies er - unter Bezugnahme auf ein entsprechendes Zitat des langjährigen Zentrumspolitikers und Karlsruher Oberlandesgerichtspräsidenten Zehnter - darauf hin, er habe es nicht nötig, sich von einem Amtsrichter durch ein Urteil bescheiden zu lassen, er sei ein anständiger Mann.

##### *5. Tätigkeit als Rechtsanwalt und Vorstandmitglied der Badischen Anwaltskammer*

Seine vielseitige Anwaltstätigkeit führte Marum auch als Abgeordneter fort. Neben Zivilsachen befasste er sich vielfach mit strafrechtlichen Mandaten. Seine Kanzlei betrieb Marum, der weiterhin als Rechtsanwalt am Landgericht zugelassen war, zusammen mit seinen Kollegen *Albert Nachmann* und *Dr. Ernst Ludwig Marx*. Marx praktizierte am Oberlandesgericht.

Anlässlich der Jahresversammlung der Badischen Anwaltskammer am 29. Januar 1928 wurde Marum zum Vorstandsmitglied der Badischen Anwaltskammer in Karlsruhe berufen.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> Hierzu im Einzelnen Detlev Fischer, Wiederkehr, S. 54f.

Vorsitzender war seit Ende 1922 sein Kollege Eduard Dietz, so dass sich im Bereich der Vorstandsarbeit erneut eine enge Verbindung zwischen den beiden Karlsruher Anwälten ergab.<sup>20</sup> Schon im Januar 1925 hatte Marum auf Veranlassung des Vorstandsvorsitzenden auf der ordentlichen Versammlung der Badischen Anwaltskammer ein Referat über die Erfahrungen mit der neuen Strafprozessordnung gehalten. Hierbei hob er die Bedeutung der Laienrichter bei der Strafrechtspflege hervor. Dies war zugleich gute badische Rechtstradition, wurden doch bereits seit 1864 bei allen Amtsgerichten die Strafsachen vor Schöffengerichten verhandelt. Erst durch die Emminger'sche Justizreform von 1924 wurde der allein entscheidende Strafrichter eingeführt und dem Schöffengericht neue Zuständigkeiten zugewiesen. Auch heute ist es ganz überwiegender Konsens, dass die Beteiligung von Schöffen sowie sonstigen Laienrichtern - nunmehr als ehrenamtliche Richter bezeichnet - der Entscheidungsfindung zu Gute kommt und der Transparenz der Justiz dient. Ferner kritisierte Marum die starke Einschränkung der notwendigen Verteidigung sowie die nunmehr mögliche Zurückweisung von Beweismitteln in der ersten Instanz. Auch dies sind Themen, die heute noch von Bedeutung sind.

Auf der Jahresversammlung der Badischen Anwaltskammer im Februar 1932 wurde Marum erneut für weitere vier Jahre in den Kammervorstand gewählt. Ende März 1933 setzte der kommissarische NS-Landesjustizminister *Johannes Ludwig Rupp* (1903-1978) in Anwendung der verhängnisvollen Reichstagsbrandverordnung den bisherigen Vorstand der Badischen Anwaltskammer ab. Sowohl Dietz als auch Marum, die angesichts ihrer republikanischen Überzeugungen für die braunen Machthaber unerwünscht waren, hatten die vorherige Aufforderung, ihre Vorstandsämter freiwillig aufzugeben, ausdrücklich zurückgewiesen.

## 5. Inhaftierung und Tod

Bei der von der NS-Regierung veranlassten vorzeitigen Reichstagswahl am 5. März 1933 erhielt Ludwig Marum erneut ein Mandat.

Dieses konnte er aber nicht mehr antreten, weil er in den Abendstunden des 10. März 1933 unter Bruch der Abgeordneten-Immunität in seiner Karlsruher Wohnung festgenommen wurde.<sup>21</sup>

Neben anderen führenden badischen Sozialdemokraten wurde er im Wege der sog. NS-Schutzhaft<sup>22</sup> zunächst in das Amtsgefängnis Karlsruhe verbracht. Durch die rechtswidrige Inhaftierung konnte Marum nicht an der am 23. März 1933 im Reichstag durchgeführten Abstimmung über das von der NS-Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz teilnehmen. Bekanntlich wurde dieses Gesetz, das die Reichsregierung selbst zum Erlass - auch verfassungsändernder - Gesetze ermächtigte und damit die Gewaltenteilung aufhob, mit 444 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen der SPD-Reichstagsfraktion angenommen.

Neben Marum waren auch weitere 25 SPD-Abgeordnete entweder durch Haft oder Flucht gehindert gewesen, an dieser maßgeblichen Aussprache und Abstimmung mitzuwirken.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Dietz schied bereits 1919 aus dem Landtag aus und trat 1920 aus der SPD aus; seit 1919 betätigte er sich bei den religiösen Sozialisten, vgl. Detlev Fischer, RuP 2004, 59.

<sup>21</sup> Am 9. März 1933 hatte der kurz zuvor zum Reichskommissar für Baden ernannte Gauleiter handstreichartig die Regierungsgewalt an sich gezogen und die demokratische badische Staatsregierung aus dem Amt gedrängt, vgl. M. Kißener, *Zwischen Diktatur und Demokratie, Badische Richter 1919-1952*, 2003, S. 133ff.

<sup>22</sup> Als Rechtsgrundlage für die NS-Schutzhaftpraxis wie für die gesamte Tätigkeit der Politischen Polizei diente 1933 § 1 der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 (sog. Verordnung zum Schutz von Volk und Staat), der u.a. die Unverletzbarkeit der persönlichen Freiheit [Art. 114 Weimarer Reichsverfassung, WRV] außer Kraft setzte und Beschränkungen der persönlichen Freiheit außerhalb der „sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen“ zuließ. Im Juli 1933 befanden sich reichsweit etwa 27.000 Personen in Schutzhaft, vgl. G. Werle, *Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich*, 1989, S. 533.

<sup>23</sup> H.-U. Thamer, *Verführung und Gewalt, Deutschland 1933-1945*, 2. Aufl., 1989, S. 278. Am 21. März 1933 hatte die SPD-Fraktion im Reichstag eine Beschlussvorlage eingebracht, wonach die zehn inhaftierten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten - unter ihnen Ludwig Marum - sofort aus der Haft zu entlassen seien. Bereits am 22. März 1933 wurde dieser Antrag vom Geschäftsordnungsausschuss zurückgewiesen.

Bereits am Abend der Festnahme nahm Rechtsanwalt Dietz in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Badischen Anwaltskammer mit den braunen Machthabern Kontakt auf, um eine Freilassung Marums zu erreichen. Hierbei wies Dietz auch auf Marums Eigenschaft als Beisitzer des Karlsruher Anwaltsgerichts hin.<sup>24</sup>

Am nachfolgenden Tag wandte sich Dietz mit durch Boten überbrachtem Schreiben an den kommissarischen Polizeipräsidenten von Karlsruhe, um eine Besuchskarte zu erlangen, was zunächst abschlägig beschieden wurde. In einem seiner ersten Telefonate mit der neuen Polizeiführung kennzeichnete Dietz die Inhaftierung Marums als Rechtsbruch, worauf er mit den Worten, Dich altes Sozenschwein holen wir auch noch mehr als deutlich bedroht wurde.<sup>25</sup> Dazu kam es glücklicherweise nicht.

Am 13. März konnte schließlich Dietz seinen Kollegen im Gefängnis aufsuchen und erhielt eine Vollmacht „in Sachen des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Marum gegen den Badischen Staat wegen gesetzwidriger Schutzhaft“. Dietz setzte zunächst darauf, dass Marum als Mitglied des Überwachungsausschusses des Reichstages (I. Ausschuss)<sup>26</sup> besondere Immunität auch vor Zusammentreten des neuen Reichstages besaß und deshalb nicht in Schutzhaft gehalten werden dürfe.

In seiner Eingabe vom 14. März 1933 an das Badische Justizministerium, die er zugleich auch dem Badischen Innenministerium zuleitete, wies er eindringlich darauf hin, dass die Notverordnung vom 28. Februar 1933 zwar Art. 113 WRV, nicht aber die vorrangigen Bestimmungen für die Immunität der Ausschussmitglieder außer Kraft gesetzt habe.<sup>27</sup> Das Justizministerium erwiderte lapidar, für die Schutzhaft sei ausschließlich das Innenministerium zuständig; das Innenministerium reagierte überhaupt nicht.

Auch die weiteren zahlreichen Schritte, die Dietz nach seiner Entlassung aus dem Amt des Vorstandsvorsitzenden als Anwalt Marums, der seit Mai 1933 im Konzentrationslager Kislau gefangen gehalten wurde, unternahm, blieben erfolglos.

Die an offizielle Stellen in Berlin gerichteten Gesuche wurden entweder nicht beantwortet oder es erfolgten zynische Absagen.<sup>28</sup> So wies Hermann Voß (1878-1957) in seiner Eigenschaft als neu bestellter Präsident des Deutschen Anwaltsvereins im August 1933 auf eine entsprechende Bitte von Dietz, sich für eine Freilassung Ludwig Marums zu verwenden, darauf hin, er halte sich nicht verpflichtet, die Vertretung zu übernehmen. Er sei vielmehr bestrebt, die jüdischen Anwälte aus dem Deutschen Anwaltsverein zu entfernen.

In der Nacht vom 28. zum 29. März 1934 wurde Ludwig Marum in seiner Zelle von mehreren SA- und SS-Leuten erdrosselt. Um einen Selbstmord vorzutäuschen, hängten sie anschließend die Leiche am Fensterkreuz auf.

Der Mord geschah auf Anweisung des badischen Gauleiters, der bereits seit dem Novemberputsch von 1923 mit Hitler in enger Verbindung stand und in Marum aufgrund früherer Auseinandersetzungen im Badischen Landtag seinen politischen Hauptgegner sah.

Am 3. April 1934 wurde auf dem Hauptfriedhof Karlsruhe die Trauerfeier für Ludwig Marum abgehalten. Mehrere tausend Personen fanden sich trotz Überwachung durch die Gestapo dort ein, um von Ludwig Marum Abschied zu nehmen. Wir dürfen vermuten dass sich unter den Trauernden auch Dietz und Kullmann befunden haben.

---

<sup>24</sup> D. Fischer, Wiederkehr, S. 55.

<sup>25</sup> Schriftliche Mitteilung von Brigitte und Gisela Kleinsorge [Enkeltöchter von Eduard Dietz] vom 11. Januar 2005 an den Verf.

<sup>26</sup> Hierbei handelte es sich um den nach Art. II WRV zu bestellenden Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertreter, vgl. E.R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit seit 1789, Bd. 7, 1984, S. 1102.

<sup>27</sup> Maßgeblich waren insbesondere Art. 35 II S. 2, Art. 40a sowie Art. 37 II WRV.

<sup>28</sup> Weitere Einzelheiten bei D. Fischer, Wiederkehr aaO, S. 55.

Der in der Landeshauptstadt hochangesehene Rechtsanwalt Franz Xaver Honold (1881-1939), vormals badischer Gesandter in Berlin und mit Marum persönlich eng verbunden, hat sofort nach Bekanntwerden der Todesnachricht die Selbstmordthese als unzutreffend zurückgewiesen.

Der badische Amtsgerichtsrat Alfred Weiler (1898-1972)<sup>29</sup>, Sozialdemokrat und ebenfalls mit Marum persönlich bekannt, hat seine Geradlinigkeit und seine Verbundenheit mit ihm eindrucksvoll unter Beweis gestellt, als er wenige Tage nach der Ermordung Strafanzeige gegen Unbekannt stellte.

Marum gilt zu Recht als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der badischen Sozialdemokratie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und zugleich als herausragender Politiker in der demokratischen Tradition des deutschen Südwestens.

Der niederträchtige Mordanschlag im KZ Kislau verhinderte, dass er am Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland mitwirken und eine führende Rolle in der Nachkriegs-Sozialdemokratie einnehmen konnte.

---

<sup>29</sup> Hierzu A. Michel, Der Gerechtigkeit mit Leidenschaft ergeben. Die Amtsrichter Alfred Weiler und Paul Zürcher im Dritten Reich, in: Badische Juristen im Widerstand (1933-1945), 2004, S. 37, 41-54.

## LUDWIG MARUM - EIN JÜDISCHER SOZIALDEMOKRAT UND VORKÄMPFER FÜR DIE RECHTE DER FRAU

Die politische Biographie Marums begann im Jahre 1904, als der 22jährige Rechtsreferendar in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eintrat. Es schlossen sich drei Jahrzehnte eines bewegten politischen Lebens an, in dem er vor allem um die Durchsetzung und die Verteidigung der Demokratie stritt.

In diesem Beitrag soll es nun um einen Teilaspekt dieses Prozesses gehen, um die Geschlechterdemokratie, und um den langen Weg zu ihrer Durchsetzung. Die Sozialdemokratie verfocht ein Demokratiemodell, in dem die Partizipation von Frauen an der politischen Macht selbstverständlicher Bestandteil der politischen Ordnung sein sollte. Erst durch die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens konnte es nach Auffassung der Sozialdemokratie gelingen, Begriffe wie „Kultur, Pluralität, Freiheit und schließlich Demokratie mit Leben zu füllen“<sup>30</sup>

Notwendige Voraussetzung für die Lösung der Frauenfrage bildete die Beseitigung aller einschränkenden rechtlichen Vorschriften für die Frau in Familie, Gesellschaft und Staat.

Schon im Jahre 1895 erkannte dies die radikale Feministin Anita Augspurg, als sie schrieb: „Die Frauenfrage ist zwar zum großen Teil Nahrungsfrage, aber vielleicht in noch höherem Maße Kulturfrage, in allererster Linie aber ist sie Rechtsfrage, wie nur von der Grundlage verbürgter Rechte an ihre sichere Lösung überhaupt gedacht werden kann.“ Dies setzte ein neues Verständnis von Rechtsstaatlichkeit voraus, deren Qualitätsmaßstab in den verbrieften Menschenrechten für Frauen und ihrer völligen rechtlichen Gleichstellung in allen Bereichen des Lebens lag.

Dieser Beitrag widmet sich dem Einsatz Marums für den Fortschritt der Frauenemanzipation. Er gehörte zu den Vorkämpfern der Rechte der Frau, wobei er sich der Programmatik seiner Partei eng verpflichtet fühlte. Sein Einsatz auf diesem Politikfeld soll im Folgenden gezeigt werden, zugleich soll es aber auch um die konkrete Bedeutung gehen, die einzelnen Frauen in seiner politischen Biographie zukam.

Es stellt sich die Frage, inwieweit weibliche Persönlichkeiten seine Entwicklung prägten, förderten und unterstützten. Damit wird zugleich ein Blick geworfen auf weibliche Biographien, die uns ein anschauliches Bild der Lebenswelt von Frauen in ihrer Zeit vermitteln. Wie deren Lebensbedingungen zu verbessern waren, das interessierte auch den Politiker Marum, der sich als Sozialdemokrat nicht nur für die Belange der Arbeiter einsetzte, sondern auch einen entscheidenden Beitrag für die Gleichberechtigung der Frau leistete.

### *1. Die Politisierung Marums und die Beeinflussung durch Frauen seiner Familie*

Geht man an den Anfang der politischen Karriere Marums zurück und fragt nach den Motiven, die ihn auf den Weg der Politik und der Sozialdemokratie führten, so stößt man auf den Einfluss und die Prägung, die vor allem die Frauen seiner Familie auf ihn ausübten. Deren Leben, Vorbild und Einsatz förderten das politische Interesse und soziale Engagement des jungen Marum.

Beeinflusst wurde er zunächst durch die politische Tradition der Familie, in der die Revolution von 1848/49 und der Kampf um Menschenrechte, um Volkssouveränität, um das allgemeine Wahlrecht und die Schaffung eines deutschen Nationalstaates einen zentralen Fokus der Erinnerung bildeten.

In diesem revolutionären Kampf engagierten sich seine Vorfahren für die Sache des Liberalismus und der Demokratie, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie Aussicht bot auf die Gleichstellung der Juden und die Gewährung der gleichen staatsbürgerlichen Rechte.

---

<sup>1</sup>Ina Hochreuther, Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, Stuttgart 1992, S. 17/18.

In der Familie Marums engagierte sich auch eine Frau für die Sache der Revolution, sie gab den Status einer passiven Zuschauerin auf und stritt gemeinsam mit den Männern für die Ziele der Gleichheit und Freiheit. Diese Frau war Jeannette Abenheimer, die Urgroßmutter Marums mütterlicherseits, die mit ihrer Familie in Feudenheim bei Mannheim lebte und wegen ihrer Beteiligung an der Revolution von den Preußen verhaftet wurde.

Ludwig Marum schrieb am Ende seines Lebens in einem Brief aus der Haft: „Meine Urgroßmutter wurde 1849 von den Preußen in Mannheim in Schutzhaft genommen. Warum soll ich weniger stark sein als ... diese?“ Marum verwies hier mit besonderem Stolz auf eine weibliche Familienangehörige, die sich schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Demokratin betätigt hatte und deswegen staatlicher Repression ausgesetzt war.

Die liberalen Ziele, die Gleichberechtigung der Juden, für die sich Jeannette eingesetzt hatte, blieben ein Leben lang auch für Marum wichtig. Indem er sich innerhalb der SPD für die Demokratisierung und die völlige Gleichstellung der Juden einsetzte, führte er eine lang bestehende Familientradition fort. Nicht überliefert ist, ob Jeannette sich auch schon in dem beginnenden Kampf für die Gleichstellung der Frau engagierte. Für ihren Urenkel Ludwig sollte dieses Politikfeld allerdings zentrale Bedeutung erhalten.

Die Enkelin Jeanette Abenheimers war Helene Mayer, die Mutter Ludwig Marums. Sie wurde 1858 in Leutershausen an der Bergstraße geboren und wuchs in einer orthodoxen jüdischen Familie auf. Seit dem frühen Tod des Vaters lebte sie mit ihrer Mutter und der Schwester in Mannheim. Der Lebensunterhalt der Frauen wurde von dem vermögenden Onkel Gottschalk Abenheimer, der im Tabakhandel aufgestiegen war, bestritten. Die Mannheimer Zeit war für Helene eng mit der Erfahrung weiblicher Abhängigkeit und Mittellosigkeit verbunden. Das Feld der Berufstätigkeit war ihr als bürgerlicher Frau verwehrt, deshalb war es selbstverständlich, dass sie keinerlei Ausbildung erhielt. In Mannheim lernte Helene Mayer ihren späteren Mann Carl Marum kennen, der ihr durch die geplante Eheschließung vor allem materielle Sicherheit bot, die sich auf den Besitz einer florierenden Eisenhandlung in Frankenthal gründete.

Als Carl Marum an den Folgen einer Kriegsverletzung aus dem Deutsch-Französischen Krieg erst 39jährig starb, gehörte seine Frau Helene erneut zu dem Kreis unversorgter Frauen aus dem Bürgertum. Ihre eingeschränkte Rechtsstellung als Frau verbot es ihr, selbstständig mit ihren Kindern zu leben. Deshalb benötigte sie den Schutz und die materielle Unterstützung eines männlichen Verwandten, die sie von ihrem Schwager Jonas Katz, einem vermögenden Tabakhändler in Bruchsal erhielt. Helene zog mit ihren beiden Kindern Ludwig und Anna in die badische Landstadt, wo sie selbst ein entbehrungsreiches Leben führte, aber durchsetzen konnte, dass der Schwager für ihren Sohn Ludwig den Besuch des Großherzoglich Badischen Gymnasium finanzierte. Die lebenslange Abhängigkeit, ihre Rechtlosigkeit und die tiefe Leiderfahrung, die ihr der Krieg durch den Verlust ihres Mannes bereitet hatte, machten Helene Marum zu einer verbitterten, freudlosen Frau, die ihren Kindern eine strenge Erziehung angedeihen ließ. Der in den 1860er Jahren sich organisierenden Frauenbewegung stand Helene Marum sehr fern, obwohl deren vornehmliche Forderung nach dem Recht auf selbstständigen Erwerb für Frauen durchaus ihrer Interessenlage entsprach.

Das Leben der Mutter, ihre Armut und Abhängigkeit förderten das Interesse Marums an sozialen Fragen. Hier wurde der Grundstein für sein späteres Eintreten für soziale Gerechtigkeit gelegt.

Als Marum sein Studium im Jahr 1900 in Heidelberg aufnahm, war sein Interesse für die Frauenfrage noch nicht geweckt. Er war noch sehr geprägt von den patriarchalischen Verhältnissen in der Zeit des wilhelminischen Kaiserreichs. Er schloss sich einer studentischen Verbindung an, die die tradierten Männlichkeitsrituale besonders pflegte. Wegen seiner jüdischen Herkunft stand ihm allerdings nur die jüdische Verbindung Badenia offen, da ihn eine andere, nicht-jüdische, gar nicht aufgenommen hätte. In diesem Verhalten der antisemitisch eingestellten Verbindungsstudenten, in ihrer Verweigerung der gleichberechtigten Aufnahme von Juden zeigten sich deutlich die Defizite der jüdischen Integration.

Ein antisemitischer Zwischenfall, eine tätliche Auseinandersetzung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Verbindungsstudenten, der mit harten Strafen für die jüdische Seite geahndet wurde, führte zur Politisierung Marums.

Die Erfahrung der Ausgrenzung und Diskriminierung, das Gefühl der Unterlegenheit im männlich geprägten Hierarchiegefüge der Studentenschaft, bewirkten eine kritische Haltung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und bereiteten den Weg in die Arbeiterbewegung. Am Ende seines Studiums, in dem er vor allem in seinem Münchner Studienjahr die Anregungen sozialkritischer Hochschullehrer aufgenommen hatte, trat Marum im Jahr 1904 in die SPD ein.

Fortan war das Denken Marums stark von seiner Partei geprägt, die sehr fortschrittliche Positionen in Bezug auf die Integration der Juden und die Gleichberechtigung der Frauen vertrat.

Die SPD war im Jahre 1904 die einzige Partei, die den Antisemitismus entschieden bekämpfte und ihren jüdischen Mitgliedern gleichberechtigte Karrierechancen bot. Die SPD hatte als erste deutsche Partei die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihrem Erfurter Programm von 1891 festgeschrieben. In den Kreisen der Partei und der sozialdemokratischen Subkultur erlebte Marum, der Mitglied der Arbeitersängerbewegung und der religiösen Gruppierung der Freireligiösen war, bereits im täglichen Umgang die gleichberechtigte Begegnung von Männern und Frauen.

Eine moderne Partnerschaft wollte Marum auch mit seiner zukünftigen Ehefrau Johanna Benedick führen. Johanna Benedick war eine Tochter aus gut bürgerlichem Haus, ihr Vater betrieb eine Zündholzfabrik in Albersweiler in der Pfalz. Anders als ihre spätere Schwiegermutter Helene Marum konnte Johanna eine höhere Mädchenschule in Landau besuchen, die sie 16jährig verließ. Das Lehrprogramm dieser Schule prägte sie für ihr ganzes Leben, die dort vermittelte ästhetisch-sentimentale Bildung bereitete auf die zukünftige Rolle als Gattin, Hausfrau und Mutter vor, die Johanna später in repräsentativer Weise als Ehefrau eines führenden Politikers ausüben konnte.

Die im Unterrichtsstoff herausgehobenen Fächer Deutsch und Musik bewirkten bei Johanna eine lebenslange Vorliebe für die Künste, wobei die Literatur für sie eine Schlüsselstellung einnahm. Noch als alte Frau beherrschte sie auswendig klassische Texte deutscher Lyrik und Dramatik (Iphigenie), wobei sie eine besondere Vorliebe für politische Autoren wie Heine und Schiller zeigte.

Mit Johanna hatte sich Marum eine Braut aus einer jüdischen Familie gewählt. Damit entsprach er vollkommen dem Trend in der jüdischen Minderheit, in der Mischehen mit Nicht-Juden zu dieser Zeit noch ungewöhnlich waren.

Die Ehepartner führten eine glückliche Ehe, die auf einer gleichberechtigten Partnerschaft und dem gemeinsamen Interesse an Theater, Musik und Literatur basierte. In zentralen Lebensentscheidungen folgte Johanna Marum ihrem Mann; sie trat kurz nach der Eheschließung als eine der ersten Frauen der SPD bei und schied zusammen mit ihrem Mann im Jahr 1910 aus der jüdischen Gemeinde aus und wechselte zu den Freireligiösen, bei denen viele sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen ihre religiöse Heimat fanden. Im liberalen Baden war den Frauen schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die politische Betätigung sowie die Mitgliedschaft in einer Partei erlaubt, während dies in Preußen erst seit dem Jahre 1908 der Fall war.

Ihre Aufgaben als Hausfrau und Mutter dreier Kinder füllten Johanna Marum ganz aus. Weibliche Hausangestellte, eine Köchin und ein Kindermädchen unterstützten sie in der Besorgung des im großbürgerlichen Stil geführten Haushalts. Johanna Marum war sich mit ihrem Mann einig, dass auch ihre beiden Töchter ebenso wie der Sohn eine gymnasiale Bildung erhalten sollten, damit ihnen der Weg zu einem Studium offen stehe. Schmerzhaft empfand Johanna, dass es ihr selbst noch nicht möglich gewesen war, das Abitur zu machen und zu studieren. In Deutschland wurden erst im Jahre 1908 Frauen zum Studium zugelassen.

Die Beschränkung auf die bürgerliche Frauenrolle als Hausfrau und Mutter verwehrte ihr eine Betätigung im öffentlichen Leben. Ihre Mitgliedschaft in der SPD blieb passiv und beschränkte sich auf die Zugehörigkeit zu der neu gegründeten Frauensektion der Partei. Sie unterstützte dagegen die politische Karriere ihres Mannes, der innerhalb der SPD rasch aufstieg.

## 2. Das politische Engagement Marums und sein Einsatz für die Rechte der Frau

Für die reformistische Linie in Baden, die Marum unterstützte, war die Durchsetzung der demokratischen Forderungen des Erfurter Programms besonders wichtig, deswegen kam in Baden der Agitation für das Frauenwahlrecht besondere Bedeutung zu.

Nach Bebels bahnbrechendem Buch *Die Frau und der Sozialismus* von 1878, das zu den meistgelesenen Werken der Arbeiterliteratur im Kaiserreich gehörte, zählten die Forderungen nach einem gleichberechtigten Status der Frauen in der Partei, nach gleichem Lohn für Frauenarbeit, nach gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Kinder sowie die Gewährung des Frauenwahlrechts zum grundlegenden Programm auch der badischen Sozialdemokratie.

Für diese Ziele trat schon der junge Marum ein. Er hielt eigene Vorträge zum Thema, so am 27. März 1912, als er vor der sozialdemokratischen Frauensektion zu dem Thema „Die Forderungen der Frau an die Kommune“ sprach. Er verwies auf die große Masse der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und ihre daraus folgenden Unentbehrlichkeit im Wirtschaftsleben. Schon allein deswegen müsse die Forderung lauten: „Her mit dem Frauenwahlrecht!“

Allerdings verlief die Entwicklung einer eigenen sozialdemokratischen Frauenbewegung in Baden schleppend. Dabei ging die Initiative zunächst von den männlichen Genossen aus. Wie andernorts auch, organisierten sich in Karlsruhe zunächst nur eine geringe Zahl von Genossinnen; im Jahr 1910 verfügte die SPD-Frauensektion über 146 Mitglieder, denen 1191 männliche Sozialdemokraten gegenüberstanden. An der Spitze dieser Karlsruher aktiven Sozialdemokratinnen standen Kunigunde Fischer, Elsa Rückert und Dora Trinks. Sie alle waren Ehefrauen von bekannten Genossen. Ebenso waren auch in Karlsruhes größter Gewerkschaft, dem Deutschen Metall-Arbeiter-Verband (DMV) Frauen nur in geringer Zahl vertreten. Im Jahr 1913 waren von 4057 Mitgliedern nur 12 weiblich. Deshalb bemühte man sich in der SPD, die innerparteiliche Frauenarbeit zu beleben.

Einen Höhepunkt in diesem Bestreben bildete die erste Feier des internationalen Frauentags am 19. März in der Karlsruher Gaststätte „Ziegler“. Von nun an wurde dieser Tag jährlich unter der Parole „Frauen erkämpft Euer Recht“ begangen. Darüber hinaus war man bemüht, prominente Frauen aus der Landes- und Reichspolitik in die badische Residenz zu holen, so z. B. Clara Zetkin, die die Hauptrednerin am 1. Mai 1913 in Karlsruhe war. Die badischen Reformisten hatten keine solch prominente Frau an ihrer Spitze aufzuweisen, wie es der linke Flügel tun konnte mit seinen reichsweit bekannten Vertreterinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Die letztere vertrat in ihrer Zeitschrift „Die Gleichheit“ (ab 1891) bereits Forderungen nach der Neuverteilung der Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern, eine Frage die von den badischen Genossen und Marum noch nicht diskutiert wurde.

Marums Einsatz für das Frauenwahlrecht vollzog sich nicht nur im Rahmen der Partei, er setzte sich auch innerhalb der gewählten Körperschaften der Kommune und des Landes für die Gleichberechtigung der Frau ein, als er 1911 Stadtverordneter der Stadt Karlsruhe wurde und 1914 mit 32 Jahren den Sprung in die 2. Kammer des Badischen Landtags schaffte. In den ersten Jahren des Krieges fanden dort kaum kontroverse Debatten statt, da alle Parteien sich an den vom Kaiser propagierten Burgfrieden hielten. Ab 1916 änderte sich die Situation. Die SPD forderte die Demokratisierung Badens und unterstrich ihre alte Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Dazu fühlte sie sich um so mehr berechtigt da vor allem die Frauen an der so genannten Heimatfront für die Familien die Beschaffung des täglichen Brotes übernommen hatten und durch ihre Vertretung der Männer in den Fabriken die Produktion aufrechterhalten werden konnte.

Die SPD vertrat durch ihren Sprecher Ludwig Marum vehement die Forderung nach dem Frauenwahlrecht, wobei sie sich mit den Ängsten der konservativen Parteien, dass die Frauen durch die Gewährung der politischen Partizipation, durch die Teilhabe am öffentlichen Leben ihre häuslichen und familiären Pflichten vernachlässigen könnten, auseinandersetzen musste.

In seiner Rede vom 6. Juni führte Marum dazu aus: „Eines der übelsten Argumente ist das, dass man sagt: die Frau wird dem Hause entzogen und wird durch die Gewährung des Wahlrechts in das politische Getriebe hineingestürzt. Durch die Gewährung des Wahlrechts wird die Frau dem Hause nicht entzogen ..., sondern sie ist durch den wirtschaftlichen Kampf, durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse längst dem Hause entzogen worden. ... Ich möchte einmal fragen: Welche Frau ist denn heute nur noch Hausfrau? Doch nur diejenige, deren Mann so viel verdient, dass sie einen geruhigen, bequemen Haushalt führen kann. Im allgemeinen, bei der Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere bei der arbeitenden Bevölkerung, ist die Frau hineingeworfen in das wirtschaftliche Leben, in den Strudel des Arbeitskampfes und gezwungen, teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Leben. Gezwungen nicht freiwillig hat sie es getan, und nicht wir sind es, die die Frau dem Haushalt entzogen haben, sondern die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse ist es, die die Frau gezwungen hat, in die Fabriken zu gehen, und heute sind es insbesondere die Kriegsverhältnisse, die die Frau in das wirtschaftliche Leben hineingeschleudert haben. Nachdem aber so von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Teilnahme der Frau am Erwerbsleben gestiegen ist, nachdem ganz zweifellos vorauszusehen ist, dass auch nach dem Kriege fortgesetzt die Teilnahme der Frau am Erwerbsleben mindesten gleich bleiben wird, ist es nach meiner Auffassung Unrecht, die Frau anders zu behandeln als den Mann. Und dann noch eines zu diesem Argument. Man sagt: durch die Gewährung des Wahlrechts wird die Frau dem Hause entzogen. Ich kann nicht einsehen dass die Frau, die noch Hausfrau ist dadurch ihren Pflichten entzogen wird. Dieses Argument steht auf derselben Höhe, wie wenn man sagen wollte: der Mann wird seinem Beruf dadurch entzogen, dass ihm das politische Wahlrecht gewährt wird Das wäre ungefähr das gleiche Argument, und ebenso wenig, wie jenes, ist dieses richtig.“<sup>31</sup>

Während des Krieges gelang es der SPD nicht, das Frauenwahlrecht gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien, vornehmlich der nationalliberalen Partei und des katholischen Zentrums, durchzusetzen. Zu einem Erfolg der Bemühungen kam es erst, als die Novemberrevolution den patriarchalisch geprägten Obrigkeitsstaat beseitigte und die Republik einführte. Die neue deutsche Regierung - der Rat der Volksbeauftragten, der von den beiden sozialdemokratischen Parteien gebildet wurde-, erklärte am 12. November die Einführung des Frauenwahlrechts. In Baden wurde eine provisorische Volksregierung unter Einschluss bürgerlicher Parteien gebildet, in der Marum das Justizministerium übernahm. Im Südwesten plädierte man für einen frühen Wahltermin für die verfassungsgebende Nationalversammlung.

Die badischen Frauen gehörten am 5. Januar 1919 zu den ersten Bürgerinnen Deutschlands, die ihr (aktives und passives) Wahlrecht wahrnehmen konnten. Die Karlsruher SPD stellte die Genossin Kunigunde Fischer an Platz 2 ihrer Liste auf, mit ihr gemeinsam bestritt Marum viele Veranstaltungen im Wahlkampf 1918/19. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung (am 5. Januar 1919) verliefen unter reger Beteiligung der Frauen. Das Wahlergebnis fiel allerdings für die SPD enttäuschend aus, sie wurde mit 32 % der Stimmen – entgegen ihren Erwartungen - nur zweitstärkste Partei nach dem Zentrum. (Schuld daran gab das sozialdemokratische Parteiorgan „Der Volksfreund“ den Neuwählerinnen und ihrem fehlenden politischen Urteilsvermögen und nannte es politischen Unverstand.) Von den Kandidaten der SPD wurden sowohl Marum als auch Fischer in die Nationalversammlung gewählt, in der sie erfolgreich für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Verfassungsentwurf ihres Genossen Eduard Dietz stritten. Diese sah im Artikel 9 die Gleichberechtigung der Frau vor (... „dass alle Badener ohne Unterschied des Geschlechts vor dem Gesetz gleich sind“<sup>32</sup>). Die neue badische Grundordnung galt auch in ihren übrigen Bestimmungen als eine der demokratischsten Verfassungen Deutschlands.

Ludwig Marum leitete ab 1919 als Vorsitzender die SPD-Fraktion, in der er erstmals auch mit weiblichen Abgeordneten zusammenarbeitete. In die 36köpfige Fraktion waren vier Frauen gewählt worden, sie machten also ein Neuntel der Gesamtfraktion aus. Sie seien hier mit Namen und Beruf genannt um einen Eindruck von der sozialen Herkunft dieser ersten sozialdemokratischen Abgeordneten zu vermitteln.

---

<sup>31</sup> Zit. in: Monika Pohl, Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung, Karlsruhe 2003, S.304

<sup>32</sup> Ina Hochreuther, Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnetinnen seit 1919, Stuttgart 1992, S. 52.

Es handelt sich um die Kupferschmiedesehefrau Therese Blase, die als einzige Frau im Landesvorstand der Partei vertreten war, die Druckerehefrau Kunigunde Fischer, die später in Karlsruhe die Arbeiterwohlfahrt mit aufbauen half, die Arbeiterin und Ehefrau Sofie Regenscheit und die Verkäuferin Luise Kräuter, die zwischen 1914 und 1919 zur Filialleiterin des „Lebensbedürfnis- und Produktivvereins“, einer Konsumgenossenschaft der Arbeiterbewegung, aufstieg. Aus den Berufsangaben der Sozialdemokratinnen wird ersichtlich dass diese Frauen Vertreterinnen der einfachen Bevölkerung waren. Deshalb verwundert es auch nicht dass die erste Frau, die am Tag der Eröffnung der badischen Nationalversammlung am 15. Januar 1919 das Wort ergriff, keine Sozialdemokratin, sondern eine gebildete bürgerliche Frau aus dem liberalen Lager war. Es handelte sich um die DDP- (Deutschen Demokratischen Partei) Abgeordnete Marianne Weber, die Ehefrau des bekannten Soziologen Max Weber.

Die Frauen der sozialdemokratischen Fraktion widmeten sich in ihrer parlamentarischen Arbeit vornehmlich der sozialen Fürsorge.

Damit legten sie sich auf ein Politikfeld fest, das mit der tradierten Frauenrolle in Übereinstimmung stand. Politisch gewichtigere Themen aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden nach wie vor von Männern übernommen.

Die Frage der Neugestaltung des § 218 Strafgesetzbuch, des Abtreibungsparagraphen, bewegte die Gesellschaft der Weimarer Republik in besonderer Weise. Ludwig Marum führte dazu im Badischen Landtag am 1. 8. 1924 aufgrund seiner in der eigenen Rechtsanwaltspraxis gewonnenen Erfahrungen aus: „Sie dürfen überzeugt sein, ich habe in den Jahren, in denen ich Anwalt bin, sehr viel mit Strafsachen zu tun gehabt und häufig auch mit Strafsachen, die sich mit dem § 218 Abtreibung und den folgenden Paragraphen beschäftigen. Ich bin viel in die Gefängnisse gekommen und habe als Rechtsanwalt viel Elend gesehen; aber das Erschütterndste war immer das Elend der Frauen und Mädchen, die wegen des Verbrechens nach § 218 unter Anklage gestellt oder im Gefängnis waren. Mir ist immer ein Gefühl des Unbehagens in allererster Linie in allen diesen Fällen aufgestiegen, das will ich hier ganz offen sagen deswegen hat man bei all diesen Anklagen das Gefühl eines Unrechts, das gerade den Frauen geschieht, die infolge ihrer Dummheit oder infolge einer Denunziation zur Aburteilung kommen, während alle die vielen Fälle, die im Geheimen geschehen, nicht zur Kenntnis des Gerichts kommen und deshalb zur Verurteilung nicht führen. Das gibt einem das Gefühl der Unbehaglichkeit und eine Empfindung dafür, dass das größte Recht zur größten Ungerechtigkeit wird.“

Im Folgenden sprach Marum, der eigentlich die Fristenlösung vertrat, verschiedene Alternativen zur Abtreibung an.

„... zwei andere Heilmittel scheinen mir viel wichtiger zu sein. ... das erste ist dieses: Beseitige man die Ächtung, welcher die uneheliche Mutter in der Gesellschaft ausgesetzt ist, dann räumt man außerordentlich viele Voraussetzungen für die Beseitigung der Leibesfrucht aus dem Weg ...

Der zweite Weg ist der: wenn man sich schon auf den Standpunkt stellt, dass eine uneheliche Mutter sittlich nicht auf der Höhe steht, ... so kann man diesen Standpunkt gegenüber dem unehelichen Kind sicher nicht einnehmen. Deswegen ... bin ich der Auffassung, das beste Mittel gegen die Abtreibung ist die Sorge für das uneheliche Kind und in erster Linie eine andere Einstellung unserer Gesellschaft gegenüber dem unehelichen Kind überhaupt.“<sup>33</sup>

In den Jahren der Weimarer Republik gelang es nicht eine wesentliche Änderung des § 218 herbeizuführen, so blieb dieses Thema eines der ungelösten Probleme der Frauenfrage.

Weitere wichtige Punkte wie die Forderungen nach Lohngleichheit, umfangreichen Schutzmaßnahmen für Frauen am Arbeitsplatz und nach der Verbesserung ihrer Rechtsstellung in der Familie wurden in den Jahren der Weimarer Republik ebenfalls nicht erfüllt.

---

<sup>33</sup> zitiert nach Ludwig Marum, Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Hrsg.: Elisabeth Marum-Lunau, Jörg Schadt, Karlsruhe 1984, S. 27

Das Frauenwahlrecht und die damit verbundene Vertretung von Frauen in den Parlamenten stellte sicherlich einen entscheidenden Fortschritt dar, sie bedeuteten jedoch nur einen Anfang in einer Entwicklung, in der es auch um die vollkommene Gleichstellung in Wirtschaft und Gesellschaft ging. In der Politik war während der Weimarer Republik eine Frau weder in einem Ministeramt noch auf dem Posten des badischen Staatspräsidenten vertreten.

Integriert im Freundeskreis: Freundschaft mit Anette Kolb



Abb.1: Anette Kolb 1931  
(Foto: Hans Marum)

Diese mittleren Jahre der Weimarer Republik waren trotz aller hitzigen politischen Debatten eine glückliche Zeit in Marums Leben. Dazu trug auch seine Integration in einen Freundeskreis von Künstlern und Intellektuellen bei, in dem die Schriftstellerin Anette Kolb eine wichtige Rolle spielte. Als Künstlerin führte sie ein selbst bestimmtes Leben, in dem sie auch die Anerkennung ihrer männlichen Kollegen errang. Zusammen mit dem Schriftsteller René Schickele bildete sie den Mittelpunkt des Badenweiler Freundeskreises, in dem Marum mit seiner Familie häufig verkehrte. Sie war eine der wenigen bekannten Autorinnen in der Zeit der Weimarer Republik. Neben Anna Seghers, Else Lasker-Schüler und Ricarda Huch hatte sich die Deutsch-Französin einen prominenten Platz in der literarischen Szene erobert. Anette Kolb, der Marum freundschaftlich zugewandt war, war eine ungewöhnliche, selbstbewusste und kritische Frau. In einer im Jahre 2000 erschienenen Biographie ist über die unverheiratet gebliebene Autorin zu lesen: „Ihr höchstes Gut war die Unabhängigkeit. Sie reiste viel und lebte dabei oft in Geldnöten - doch stets so elegant wie möglich. Ihr Markenzeichen waren bizarre Hüte, die sie sogar trug, wenn sie Gäste in ihrer Wohnung empfing. Sie liebte Katzen und verachtete leidenschaftlich die politische Dummheit. Sie war Pazifistin und eine Visionärin des vereinten Europa.“<sup>34</sup>

Schon als junge Frau verkündete sie selbstbewusst: „Ich habe etwas zu sagen.“ Um welche Gedanken es sich dabei in Bezug auf die Frauenfrage handelte, fand in den folgenden Sätzen seinen Ausdruck: „Die große Abdikation des Mannes ist im vollen Anzug. Es war ihm (bisher) eine so große Genugtuung wenn die Frau zu ihm aufblickte“. Kolb sah, dass die Unabhängigkeitserklärung der Frau (in ihrer Zeit) immer konkretere Formen annahm. Für die Zukunft erwartete sie, dass die emanzipierte Frau die Zeitläufte bestimmen werde.

---

<sup>34</sup> Siehe Charlotte Marlo Werner, Anette Kolb. Biografie einer literarischen Stimme Europas ( Klappentext), Königstein 2000

Viele Frauen ihrer Gegenwart beurteilte sie kritisch und forderte sie zu einer persönlichen Entwicklung auf, damit sie aufhöre, „eine Gans unter Gänsen zu sein“. In diesen provokanten Worten drückte sich ein Lebensmotto von Annette Kolb aus: „D' Leut ärgern.“

Dieser kritisch-konfrontative Zug im Charakter Annette Kolbs verband sich mit einer äußerst geselligen, aufgeschlossenen und toleranten Seite ihrer Persönlichkeit. Zu ihrem Freundeskreis zählten namhafte Schriftsteller, wie z. B. Thomas Mann, und eine Reihe prominenter Politiker und Musiker, unter denen sich eine große Zahl Menschen jüdischer Herkunft befanden. Im südbadischen Badenweiler, das bewusst als Ort in der Mitte Europas gewählt worden war, wurde im Kreis um Schickele, Kolb und Marum schon eine Vision der Toleranz Wirklichkeit, die zu vorurteilslosen Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden, Deutschen und Ausländern, Frauen und Männern, Anhängern verschiedener politischer Parteien und Weltanschauungen führte. Verbindend wirkte das gemeinsame Interesse an Literatur und Musik, an den großen Fragen der Politik und Moral, die Freude an den Naturschönheiten des Schwarzwaldes und an dem geselligen Zusammensein.



Abb. 2: Annette Kolb, wahrscheinlich um 1926

(Foto: Hans Marum)

Obwohl Annette Kolb in der Krisenzeit nach dem 1. Weltkrieg durchaus Sympathien für den Sozialismus gezeigt hatte, vertrat sie später eher liberale Standpunkte.

Dies störte den Sozialdemokraten Marum keineswegs, ihn verbanden vor allem außenpolitische Konzepte mit den beiden Deutsch-Franzosen Kolb und Schickele, die sich die deutsch-französische Verständigung zu ihrem Lebensthema gemacht hatten.

Als entschiedene Pazifistin strebte Annette Kolb neben der Aussöhnung der beiden Nachbarländer ein einiges Europa an, dessen Kern Deutschland und Frankreich bilden sollten. Zur Sicherung des Friedens favorisierte sie ein kollektives Sicherheitssystem, wie es in den zwanziger Jahren im Völkerbund verwirklicht war.

Diese Friedenskonzepte und -Visionen eines einigen Europa, die Marum teilte, sollten zukunftsweisend wirken und ihre Realisierung in der Zeit nach 1945 finden, als die europäische Integration begann und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werden konnte.

Als die Nazis in Deutschland die Macht übernommen hatten und das Werk Kolbs zu der verfeimten unterdrückten Literatur gehörte, gab die Schriftstellerin allerdings kurzfristig das Projekt einer deutsch-französischen Verständigung auf und plädierte für ein kämpferisches Frankreich, das sich dem nationalsozialistischen Deutschland entschieden entgegenstellen sollte.

Als sie im April 1934 von der Ermordung Marums erfuhr, befand sie sich bereits im Pariser Exil. Nach einer Odyssee durch mehrere europäische Länder gelang ihr schließlich 1941 unter großen Mühen die weitere Flucht nach New York.

## Genossin im Reichstag: Toni Pfülf

Blicken wir zurück auf Marums glückliche Jahre in der Weimarer Zeit, so bildete sein Eintritt in den Reichstag im Jahre 1928 einen Höhepunkt in seiner politischen Karriere. In Berlin unterstützte er die letzte demokratisch legitimierte Reichsregierung unter Hermann Müller, der eine große Koalition der Sozialdemokraten mit bürgerlichen Parteien führte. Wie bereits in Baden trat Marum auch hier für eine reformistische Politik ein, deren Gestaltungsmöglichkeiten allerdings sehr eingeschränkt waren.

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion traf er auf die langjährige bayerische Abgeordnete Toni Pfülf, die wie er der Gruppe der Akademiker angehörte, die wegen ihres Fachwissens sehr geschätzt waren. Pfülf übte den Beruf der Lehrerin aus und war wie ein Großteil der ersten Parlamentarierinnen allein stehend.

Marum und Pfülf schlossen eine politische Freundschaft, die sich auf gemeinsame reformistische Standpunkte und das besondere Interesse an Rechts- und Bildungsfragen gründete. Gemeinsam stritten sie für die Aufhebung der Todesstrafe und die Reform des Ehe- und Familienrechts. Die Chancengleichheit im Bildungswesen lag der Lehrerin Pfülf ebenso wie dem sozialen Aufsteiger Marum besonders am Herzen.

Toni Pfülf gehörte zu den ersten Frauen, die 1919 in die Deutsche Nationalversammlung eingezogen waren. Der Frauenanteil der SPD-Fraktion lag damals mit 13,3 % an zweithöchster Stelle, knapp hinter dem der USPD mit 13,6 %.

Die mit Marum eng verbundene Toni Pfülf hatte im Verfassungsausschuss 1919 den Vorschlag einer absoluten Gleichberechtigung von Mann und Frau eingebracht. Sie und ihre sozialdemokratischen Genossinnen konnten sich jedoch mit ihrem klaren Formulierungsvorschlag: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ nicht durchsetzen. Im Verfassungstext stand schließlich die relativierende Formulierung: „Männer und Frauen sind grundsätzlich gleichberechtigt.“ Dieser Wortlaut schloss Ausnahmen von der Regel nicht aus und ging deshalb den SPD-Frauen nicht weit genug.

Eines der wichtigsten Gebiete, auf denen sie sich engagierte, war der Kampf gegen das Beamtinnenzölibat. Denn ganz entgegen den Verfassungsbestimmungen (des Art. 128 - M.P), wonach Ausnahmebestimmungen gegenüber weiblichen Beamten zu beseitigen waren, wurden im Lauf der zwanziger Jahre Beamtinnen nicht nur bei Heirat grundsätzlich aus dem Dienst entlassen, sondern auch wenn sie ein uneheliches Kind hatten

oder bekamen. Diese Regelung wurde von den bürgerlichen Frauen akzeptiert, für die die uneheliche Mutterschaft als grundlegender Makel galt. Dies war ein entscheidender Grund für Toni Pfülf, das Projekt einer eigenen Frauenpartei, das die Klassenschranken zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung überwinden wollte, abzulehnen. Und: Bereits in der Weimarer Republik wurde die Frage der Quotierung diskutiert. Pfülf wandte sich dagegen, obwohl sie wusste, dass eine adäquate weibliche Repräsentation in der Politik sehr schwer zu erreichen sein würde, denn - so Toni Pfülf - dazu müssten die Frauen den Grad von Selbstbewusstsein bekommen, der für die Menschenwürde notwendig sei. Das sei allerdings sehr schwer; denn wer lange Sklave gewesen ist, wird nicht auf einmal ein freier Mensch.

Die parlamentarische Arbeit von Toni Pfülf wurde wie die ihrer Geschlechtsgenossinnen behindert durch die ablehnende Haltung vieler Männer. Als die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau ihre Antrittsrede in der deutschen Nationalversammlung hielt, musste der Präsident wiederholt mit der Glocke für Ruhe sorgen, weil - laut Protokoll - „die „Unterhaltung hinter dem Präsidialtische mit einer derartigen Lebhaftigkeit geführt wurde“.<sup>35</sup> Als Antonie Pfülf im Verfassungsausschuss ihre ablehnende Haltung zur Todesstrafe vortrug, rief ein konservativer Parlamentarier der 41jährigen Abgeordneten zu: „Ihre jugendliche Erscheinung spricht dagegen, dass Sie große kriminalistische Erfahrung gesammelt haben *können*.“ In ihrer bayrischen Heimat hatte die aus der katholischen Kirche ausgetretene, gegen den Genuss von Alkohol kämpfende Politikerin einen schweren Stand, verkörperte sie doch den Typus einer intellektuellen, politisch links stehenden Frau, die sich eigenständiges Denken erlaubte.

Mit Marum dagegen verband sie eine enge Freundschaft, sie war häufiger Gast seiner Familie in Karlsruhe und trat mutig für ihn ein, als er im Dezember 1929 von dem Kommunisten Lex Ende öffentlich im Reichstag verleumdet wurde. Als Ende – im Zusammenhang mit dem Batschari-Reemtsma-Skandal - den Vorwurf der Bestechlichkeit Marums vorbrachte, reagierte Pfülf spontan mit dem an Ende gerichteten Zwischenruf: „Sie sind der schmutzigste Mensch, der mir jemals begegnet ist!“ (Freitag, 20. Dezember, Sp 3762)<sup>36</sup>

Sowohl Marum als auch Antonie Pfülf wandten sich nicht nur entschieden gegen die extreme Linke, sie traten auch dem Nationalsozialismus mit einem mutigen Verhalten in ihrem heimischen Wahlkreis entgegen. Obwohl sie den rasanten Aufstieg des Nationalsozialismus in den Krisenjahren der Republik konstatieren mussten, waren sie dennoch von dem Optimismus durchdrungen, dass ihre Partei den Sieg im politischen Kampf davontragen werde.

### *3. Marum als NS- Opfer - Schutzhäftling in Karlsruhe und Kislau*

Diese Hoffnung wurde bitter enttäuscht und beide bezahlten einen hohen Preis für die Niederlage ihrer Partei: Marum gehörte zu den ersten Opfern einer Verhaftungswelle im März 1933, Pfülf nahm sich aus Verzweiflung über den Kurs ihrer Partei, die nach der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes ihre Linie der entschiedenen Opposition nicht konsequent fortsetzte, bereits im Juli 1933 das Leben.

Die Biographin Toni Pfülf erklärt die Zuneigung und Anerkennung, die Toni Pfülf Zeit ihres Leben genoss, mit den Worten: „ Sie wurde geliebt, weil sie sich hingebungsvoll für die Klasse einsetzte, der sie ursprünglich nicht angehört hatte. Und sie war glaubwürdig, weil ihr Leben und ihre Reden vollkommen übereinstimmten. Das ist mehr als man über die meisten Politiker sagen kann.“ Dieses positive Urteil lässt sich voll und ganz auch auf den Mitstreiter Toni Pfülf, Ludwig Marum, übertragen<sup>37</sup>), der seine Gradlinigkeit und Integrität gerade in den Monaten seiner Haft bewies.

---

<sup>35</sup> Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 11. Sitzung, 19. Februar 1919

<sup>36</sup> Freitag, 20. Dezember, Sp 3762

<sup>37</sup> Antje Dertinger, Antonie Pfülf. Dazwischen liegt nur der Tod. Leben und Sterben der Sozialistin Antonie Pfülf. Berlin 1984, S. 297

In dieser Zeit waren für Marum zwei Frauen wichtig, die ihn unterstützten und psychisch stabilisierten: seine Tochter Elisabeth und seine Frau Johanna. Die bewegenden Briefe Marums aus dem Gefängnis geben Auskunft über seine Beziehung zu Tochter und Ehefrau. Die 23jährige Tochter Elisabeth übernahm die Stelle des Familienvorstands, da ihre Mutter psychisch sehr angeschlagen und belastet war.

Elisabeth gehörte zu den ersten akademisch ausgebildeten Juristinnen Deutschlands. Ab 1922 waren auch Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege zugelassen. Elisabeth strebte wie ihr Vater den Beruf des Rechtsanwalts an. Sie legte am 6. März 1933 ihr juristisches Staatsexamen ab, sollte aber nie ihren Beruf ausüben können.



Abb. 3: Johanna Marum um 1930

Foto: (Hans Marum)

Marum sorgte sich sehr um seine Frau und suchte sie aus der Haft heraus psychisch zu stabilisieren. Davon legten seine anrührenden Liebesbriefe Zeugnis ab. Am 7. März 1934 schrieb er an sie: „Mein Lebensmut ist nicht gebrochen. Ich will mit Dir alt werden; ich fühle noch die Kraft zur Arbeit für Dich und die Kinder in mir, und ich hoffe nur, dass man mich arbeiten läßt.- Also Geliebte! Wenn wir auch getrennt sind, im Geiste sind wir vereinigt; ich drücke Deine Hand, ich schaue in Deine Augen, ich nehme Deinen Kopf in meine Hände, und ich küsse Dich mit aller Inbrunst aus vollem Herzen. Ich bin und bleibe bis zum Tode Dein Ludwig.“<sup>38</sup>

Als er diesen Brief verfasste, ahnte Marum nicht, dass er nur noch 3 Wochen zu leben hatte. Er hatte den Hass und die Gewaltbereitschaft seiner Gegner weit unterschätzt, die ihn als Sozialdemokraten jüdischer Herkunft besonders hart verfolgten und einen Mord an ihm verübten, der ihn zu einem der frühesten Opfer des NS-Terrors in Baden machte.

Es steht sehr in Frage, ob die Erinnerung an Ludwig Marum heute so fest in Karlsruhe verankert wäre, wenn sich nicht seine Familie, besonders die weiblichen Familienmitglieder so vehement dafür eingesetzt hätten.

Bei der Beerdigung Marums kamen mehr als 3000 Trauergäste, wodurch die Veranstaltung zu einer antifaschistischen Demonstration wurde, auf der die Menschen ihre Solidarität mit der Familie, mit jüdischen Mitbürgern und politisch Verfolgten zeigten. Johanna Marum rief der Menge zu: „Vergesst ihn nicht!“

Die Ehefrau Marums verließ kurze Zeit darauf Deutschland, lebte in den folgenden Jahren im französischen, US-amerikanischen und mexikanischen Exil und verbrachte ihren Lebensabend in Ost-Berlin.

Fast 50 Jahre nach dem Appell ihrer Mutter übernahm vor allen Dingen die Tochter Elisabeth, die seit ihrer Flucht im Jahre 1942 in New York lebte, die Aufgabe, die Erinnerung an ihren Vater wach zu halten.

---

<sup>38</sup> Ludwig Marum, Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, S. 104

Nach einem Berufsleben im Hotelfach sorgte sie für die Veröffentlichung der Briefe Marums aus dem Gefängnis, die die Familie in den vielen Stationen des Exils begleitet hatten. Frau Elisabeth Marum-Lunau, die in ihren letzten Lebensjahren alljährlich Karlsruhe und das Ludwig-Marum-Gymnasium in Pfinztal besuchte, ist es zu danken, dass sich ein lebendiges Bild von Marum erhalten hat.



Abb. 4: Elisabeth Marum

(Foto: Hans Marum)

Die Liebe der Tochter zu ihrem Vater rührte aus der innigen persönlichen Beziehung, der großzügigen liberalen Art Marums, aber auch aus dessen Förderung der Bildungschancen seiner Töchter und seinen Verdiensten um die Fortschritte der Frauenemanzipation. Diese brachen 1933 nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten ab. Die Niederlage der Demokratie und der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus bedeutete auch die Rücknahme aller Errungenschaften, die für die Gleichberechtigung der Frau erkämpft worden waren.

Die Nationalsozialisten setzten in ihrer Diktatur ein patriarchalisches Herrschaftsmodell durch, in dem die Frau erneut in eine untergeordnete Stellung verwiesen wurde. Es brauchte nach dem Ende des 2. Weltkrieges neue Kämpfe und Bemühungen, um den erreichten Grad der Geschlechterdemokratie wiederherzustellen, für die sich die ältere Frauenbewegung mit Unterstützung der Sozialdemokratie und ihres führenden Politikers Marum bereits ein halbes Jahrhundert zuvor eingesetzt hatte.

Noch ist das Ziel einer völligen Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen nicht erreicht. Deshalb ist unser aller Engagement gefordert, damit die Vorstellungen der Frauenrechtlerin Helene Stöcker sich verwirklichen, die „vom Glück gegenseitiger Anerkennung“ (zwischen Männern und Frauen) träumte.

*Andrée Fischer-Marum*

## POLITISCHE WEGE MEINES VATERS HANS MARUM

Werte Damen und Herren,

Heute und hier werde ich Ihnen erste Überlegungen zu einem Lebensbild meines Vaters vortragen. Er hat politisch einen anderen Weg beschritten als sein Vater Ludwig Marum und seine Schwester Elisabeth. Er ging den Schritt hin zur kommunistischen Bewegung. Solch eine Entscheidung gehörte zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Ich möchte diesen seinen Schritt begreiflich machen. Mir ist es wichtig, das zum ersten Mal gerade hier in Karlsruhe zu tun, der Stadt, die im Leben meiner Familie, meiner Großmutter Johanna und meines Vaters Hans Marum immer eine große Rolle spielte.

Eigentlich, so ist es auch im Programm ausgedrückt, war mein Thema die politischen Wege der Familien Marum, also der Familien der drei Kinder von Ludwig und Johanna Marum. Beim Schreiben wurde mir immer deutlicher, dass ich erst einmal in meiner Familie anfangen sollte, also mit Hans Marum und seiner Familie, und so habe ich diesen Beitrag geschrieben.

Im ersten Teil betrachte ich das Leben von Hans Marum, die Politisierung in seiner Jugend, hier in Karlsruhe, bis zum Mord an seinem Vater und sein Gang ins Exil. Hier stütze ich mich vor allem auf schriftliche Äußerungen von ihm. Es sind oftmals Rechenschaftslegungen, Fragebögen, die er seiner Partei, der SED, beantwortet hat, Lebensläufe, veröffentlichte und unveröffentlichte Briefe. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Jahren des Exils in Frankreich und Mexiko und dem Wirken von Hans Marum in der kommunistischen Bewegung. Hier stütze ich mich vor allem auf politische Bekundungen, bei deren Entstehung er beteiligt war und deren Meinung er teilte.

Aufhören möchte ich mit den Gründen der Rückkehr nach Deutschland. Sein - unser - weiteres Leben in Ostdeutschland, in der DDR ist eine nächste Geschichte. Falls wir uns zum 150. Geburtstag von Ludwig Marum - oder bei einer anderen Gelegenheit - wieder treffen, hoffe ich, dass ich diese Geschichte dann fortsetzen kann.

Eine weitere Bemerkung: Eigentlich kann ich das Leben von Hans Marum nicht erzählen ohne auch vom gemeinsamen Leben mit seiner Frau Sophie zu berichten. Doch auch das wäre eine neue Geschichte, noch dazu eine sehr umfangreiche. Bei diesem Vortrag möchte ich also von der Geschichte meines Vaters Hans Marum erzählen.

### *1. Ein Liebesbrief aus dem Gefängnis – Nachdenken nach 40 Jahren*

Am 2. Mai 1933 schreibt Ludwig Marum aus dem Karlsruher Gefängnis in der Riefenstahlstraße an seine Frau zu ihrem 47. Geburtstag am 3. Mai:

„Wir leben jetzt 24 Jahre zusammen und ebenso oft haben wir Deinen Geburtstag begangen. ... Ich könnte mir ein Leben ohne Dich nicht vorstellen. Du weißt und duldest, dass ich neben Dir als Geliebte die Politik habe. ... Ich danke Dir aber ganz besonders heute unsere drei Kinder. Ich habe sie so lieb. Sie sind so verschiedenartig und doch hat jedes von uns beiden ein Teil. Ich umfasse sie mit gleicher Liebe, wie auch Du es tust, trotzdem es scheint, dass ich die Töchter und Du den Sohn mehr liebst. Das kommt vielleicht daher, dass wir beide in den Kindern – ich Dich und Du mich siehst und liebst.

Elisabeth hat von mir - ich bin stolz darauf - die Freude an der Jurisprudenz geerbt, vor allem aber die bewusste Beherrschung. ...

Und unser Hans. Er war durch seine Konstitution unser, Dein Sorgenkind. Ich bin überzeugt, dass er ... sich akklimatisieren und uns überleben kann. Er ist so verständig. Er hat zwar - soll ich sagen leider - meine politische Leidenschaft; aber er ist wie Du, und so sehr ich ihn liebe, ich schenke Dir neidlos seine Liebe, die Dir vor allem gehört; er liebt Dich so wie ich Dich liebe.

Und gar unsre Brigitte: Dieser Sprühteufel! ... Sie besitzt Deine ganze Leidenschaft. Und dass sie sich zu mir hingezogen fühlt, das kommt mir so vor, wie wenn ich Dich wieder als junges Mädchen an meinem Herzen halte.

Welches Glück haben wir doch im Leben in unsern Kindern und in unsrer Liebe!

Und nun, Geliebte, heute wünsche ich Dir wahrhaft Glück zum Geburtstag. Ich kann Dir leider nicht meine Freiheit schenken. Aber Du weißt, dass ich die Mauern durchbreche und bei Dir bin. Die Töchter mögen mich ersetzen. Von Hans mögest Du einen guten Brief bekommen.

Habe Mut und sei stark. Unser Leben ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir wollen gemeinsam leben bis ans Ende. ...<sup>39</sup>

Diesen Brief schickte Elisabeth aus New York nach Berlin an ihren Bruder Hans, als sie begann, die Briefe für den Band der „Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau“ von Ludwig Marum zu sichten; 40 Jahre nachdem ihr Vater diesen Liebesbrief geschrieben hat, verständigten sich die überlebenden Geschwister über die Gründe ihrer unterschiedlichen, auch politischen Entwicklung, die ihr Vater bereits in dem Brief andeutete.

Der Bruder Hans antwortete seiner Schwester Elisabeth am 23.7.1978:

„... Der Auszug aus dem Brief von Vater vom 2. Mai 1933 beschäftigt mich ziemlich stark. Ich war mir bis heute eigentlich nicht bewußt, daß ich ein so gespaltenes Verhältnis zu den Eltern gehabt haben soll. Daß ich ‚Mamas Liebling‘ war, ist klar, aber daß auch ich so gefühlt hätte, will mir nicht in den Kopf. Ich habe eigentlich eine ganz andere Erinnerung – oder Empfindung – nämlich, daß ich mich ziemlich früh ‚emanzipiert‘ hatte, daß das Verhältnis zu Vater sehr früh durch politische Momente bestimmt wurde – ich habe ja sehr früh an der Richtigkeit der Politik der SPD gezweifelt, daß aber das Verhältnis zur Mutter nicht besonders ‚motiviert‘ war, wie man heute sagt. Daß ihre, sicher gut gemeinte Liebe und Sorge um mich mir immer lästig war, dessen bin ich sicher, denn ich tat früh alles, um mich ihr heimlich oder offen zu entziehen. Daß ich zeitweise diese Zuneigung mehr oder weniger bewußt ausnützte, will ich gar nicht verschweigen, aber daraus [auf] eine besondere Liebesbeziehung zu schließen, scheint mir nicht zutreffend. Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen, daß ich durchaus nicht glaube, daß ich ein ‚schlechtes‘ Verhältnis zu Vater hatte, daß ich ihn sehr schätzte, aber daß doch – vielleicht durch seine häufige Abwesenheit in den entscheidenden Jahren seit 1928 (wahrscheinlich meint er, als er als Reichstagsabgeordneter gewählt worden war und viel Zeit in Berlin verbrachte) eine gewisse Distanz bestand, jedoch keine Animosität war. ...“<sup>40</sup> Das war auch die Zeit, als sich Hans Marum der linken Opposition in der SPD anschloss.

## *2. Politische Wege zwischen 1913 und 1933*

Diese Briefe zeigen, dass die Kinder der Familie Marum schon als junge Menschen politisch unterschiedliche Richtungen gewählt haben. In diesen Unterschieden widerspiegelte sich - über das Private hinaus - auch die Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeiten in der Arbeiterbewegung. Warum ging Hans Marum seinen Weg?

Seine Biographie ist eine politische Biographie, deshalb möchte ich vor allem über den politischen Weg meines Vaters Hans Marum sprechen.

---

<sup>39</sup> Ludwig Marum, Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim Wolfgang Storck. Herausgegeben von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, Karlsruhe 1984, S. 68.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 159.

Natürlich erhielt er die Prägung im Elternhaus, ebenso wie seine Geschwister. Diese Prägungen waren von den politischen Auseinandersetzungen der Zeit bestimmt, von den verschiedenen Vorstellungen, wohin dieses Jahrhundert, seine Akteure gehen werden. Wohin es gegangen ist, das wissen wir heute.

Die drei Kinder von Ludwig und Johanna Marum waren 1933 erwachsen bzw. fast erwachsen: Elisabeth war 23 Jahre alt, Hans wurde 20 Jahre und Brigitte, das „Nesthäkchen“, war mit 14 Jahren in einem schwierigen Alter in schwieriger Zeit. Hans, das zweiten Kind der Familie Marum, wurde am 28. April 1913 in Karlsruhe geboren. Da er mit einem Herzfehler auf die Welt kam, war er das „Sorgenkind“ der Familie und wurde - besonders von seiner Mutter - sehr umsorgt. Doch er sträubte sich schon früh dagegen, in „Watte gepackt“ zu werden, er bemühte sich sehr (was heute üblich ist, zu dieser Zeit eher ungewöhnlich war) seine Konstitution zu stärken. Wandern, Fahrrad fahren, Fotografieren, das waren in der Jugend seine Leidenschaften. (Oft haben wir uns zu Hause seine erhalten gebliebenen Fotoalben aus der Jugendzeit Familienbilder und Bilder von politischen Demonstrationen angesehen.) Und er erbte, wie sein Vater in dem zitierten Brief aus dem Gefängnis schreibt, „soll ich sagen leider - meine politische Leidenschaft“. 1919 kam er zur Volksschule, seit 1922 besuchte er das Gymnasium. Dort sah er sich bereits als Kind gezwungen, eine politische Meinung zu bilden. „Schon früh hatte ich mich, unter dem Einfluß des Elternhauses, aber auch der reaktionären, militaristischen Umtriebe sowohl der Lehrer als auch zahlreicher Schüler an dem humanistischen Gymnasium, das ich besuchte, mit der Politik, mit der Frage Demokratie und Sozialismus befasst. Aus eigenem Erleben spürte ich den Widerspruch, einerseits, dass mein Vater in Baden ‚regierte‘ und andererseits die von derselben Regierung bezahlten Lehrer diese Regierung und diese Republik verächtlich machten und beschimpften. Wie war es möglich, so grübelte ich, dass ich, der Sohn des Staatsrats, unter stillschweigender Duldung des Lehrers von meinen Mitschülern, meist selbst Söhne von Beamten, verprügelt wurde, weil im Jahre 1922 (er war damals erst 9 Jahre alt – A.F-M) - vier Jahre nach der Revolution – die Büste des Großherzogs aus der Schule entfernt worden war, oder weil ich mich weigerte, mich zu Ehren des ‚Sieges von Sedan‘ oder Kaisers Geburtstag von meinem Platz zu erheben.“<sup>41</sup>



Abb. 5: Hans Marum (links) bei den „Kameraden“

<sup>41</sup> SAPMPO-BArch, NY 4506 (unveröffentlicht)

Und auch der Widerspruch zwischen den im Elternhaus vermittelten Werten wie Demokratie, soziales Miteinander, Frieden, Völkerverständigung und dem, was in der Schule gelehrt wurde, wie Kriegsverherrlichung, ließ ihn nachdenken über Politik. (Einem seiner Lehrer am Gymnasium, Abetz<sup>42</sup>, der später ein „alter Kämpfer der NSDAP“ war, der spätere Botschafter im besetzten Frankreich, sollte er wieder in Paris begegnen.)

Er schloss sich als Schüler den „Kameraden“<sup>43</sup> an, einem deutsch-jüdischen Wanderbund. Die „Kameraden“ waren nach dem ersten Weltkrieg "ein Sammelbecken für nichtzionistische jugendbewegte Jungen und Mädchen, die dort unterschiedliche Interessen und Ziele zu verwirklichen suchten.

Orientiert an den Idealen der allgemeinen Jugendbewegung setzte man sich im Laufe der Jahre verstärkt mit der eigenen jüdisch-deutschen Existenz auseinander und kam dabei zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, was die ständige interne Fraktionierung erklärt.<sup>44</sup> Sein Mitwirken bei den „Kameraden“ war bemerkenswert, da seine Eltern 1910 bereits nicht mehr Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren, säkular geheiratet und ihre Kinder freireligiös erzogen hatten. Mit den „Kameraden“ debattierte er heftig über Politik, unternahm viele Wanderungen und Wochenendfahrten, bei denen neben der Begründung von Freundschaften, der Freude an der Natur (mit Lagerfeuern u.a.) auch das politische Gespräch, die politische Schulung eine große Rolle spielten.

Vom Gedanken des Sozialismus war er tief bewegt. Mit 14 Jahren erhielt er einen Bildband über Sowjetrußland, „Zehn eiserne Schritte“, der ihn tief beeindruckte. „Welches ist der Weg zum Sozialismus“, der, den die Partei seines Vaters beschritten hatte oder der Weg von Sowjetrußland, so fragte er sich. Viele Gespräche führte er darüber mit seinem Vater. „Durch den Einfluss des Elternhauses fand ich zunächst den Weg zur SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) und SPD“, schreibt er 1957.<sup>45</sup>

Die Widersprüche zwischen seiner Erziehung im Elternhaus und dem, was er in der Schule oder bei Demonstrationen erfuhr, bereiteten ihm „Probleme über Probleme, ...auf die mir mein Vater - trotz drängender Fragen - keine mich befriedigende Antwort geben konnte“.<sup>46</sup> 1928 wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) und im gleichen Jahr der SPD. In diesen Gruppen studierten die Mitglieder gemeinsam politische Literatur, so „Das kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. „Aber all das, was wir dort lernten, wollte nicht zu dem passen, was wir auf den Mitgliederversammlungen des Ortsvereins im ‚Weißen Elefanten‘, dem Stammlokal der Karlsruher SPD hörten. So kamen wir bald durch unsere bohrenden, respektlosen Fragen in den Geruch der Opposition. Erste Kontakte und Aussprachen suchten wir mit den Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes, die ihr Zimmer neben uns im Jugendheim in der Rüppurer Straße hatten, ohne damals aber schon die Konsequenz und Härte zu verstehen, mit denen sie die Politik der SPD verurteilten.“<sup>47</sup> Er erlebte aber auch, wie der Versuch einer Annäherung an die jungen Kommunisten scheiterte an deren Misstrauen gegenüber dem „Sohn des bekannten Reformisten“<sup>48</sup>.

---

<sup>42</sup> Otto Abetz (1903-1958), 1940-1944 Botschafter der Deutschen Reiches in Frankreich

<sup>43</sup> siehe "Wir sind jung, die Welt ist offen..." Eine jüdische Jugendgruppe im 20. Jahrhundert. Sonderausstellung in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz vom 8. September 2002 - 31. August 2003

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> BArch NY 4506 (Lebenslauf Hans Marum, 17. 12. 1959)

<sup>46</sup> BArch NY 4506 (unveröffentlicht)

<sup>47</sup> Ebenda.

<sup>48</sup> Ebenda (Lebenslauf Hans Marum, 5. Februar 1950)



Abb. 6: Hans (1931) in seinem Zimmer in der elterlichen Wohnung Wendtstraße 3 in Karlsruhe

Nachdem Hans sein Abitur im Frühjahr 1932 abgelegt hatte, arbeitete er zunächst in einer Buchhandlung in Düsseldorf, dann in Lausanne, bevor er im Herbst 1932 in Frankfurt am Main ein Jurastudium begann. Bereits bei den „Kameraden“ freundete er sich mit dem jungen Kommunisten Ernst Marx an (den er später auch im Pariser Exil wieder traf). In Frankfurt gehörte er der Sozialistischen Studentengruppe an, suchte zugleich auch Kontakte zu der kommunistischen Studentenorganisation. Die Mitglieder dieser Gruppe erschienen ihm konsequenter als die sozialdemokratische Studentengruppe, der er angehörte. Er bemühte sich, mit ihnen gemeinsame Versammlungen und Demonstrationen von sozialistischer und kommunistischer Studentengruppe in- und außerhalb der Universität zu organisieren, um auf die heraufziehenden faschistischen Gefahren aufmerksam zu machen und zu versuchen, sie zu verhindern. Das führte natürlich zu politischen Auseinandersetzungen - auch zu Hause -, hatte aber keinen Einfluss auf die enge Verbundenheit in der Familie.

An der Universität, in der Sozialistischen Studentengruppe, lernte er Sophie Gradenwitz kennen, Tochter eines Rabbiners aus Hanau, mit der er von nun an immer verbunden blieb. Gemeinsam kämpften sie gegen den immer stärker aufkommenden Faschismus. Das verband sie für immer. Tief enttäuscht waren sie, und davon haben meine Eltern oft erzählt, als ihre sozialistische Gruppe gegen die unmittelbar Machtübernahme der Nazis um den 30. Januar 1933 zu einer Demonstration aufrufen wollte, wozu es jedoch nicht kam, unter anderem auch deshalb, weil die SPD das ablehnte. Hans ist, wie meine Mutter mehrfach erzählte, wenn sie über diese Zeit sprach, am Tage (besser am Abend) des Reichstagsbrandes, also am 27. Februar 1933 nach Karlsruhe gefahren. Es war Rosenmontag, wie sie sich erinnerte. Hans und sie waren sonntagnachmittags bei einer Kundgebung in Frankfurt/Main gewesen, wo der Zentrumsolitiker Ludwig Kaas<sup>49</sup> sprach, dann waren sie mit einer weitläufigen Verwandten bei einem der Faschingsfeste. Danach fuhr Hans nach Karlsruhe. Als er zu Hause ankam, waren einige seiner Karlsruher Freunde bereits verhaftet, teils waren sie illegal.

„Wir jungen Sozialdemokraten bewachten mit ein paar alten Gewehren und Revolvern ausgerüstet das Haus der ‚Volksfreunde‘, in dem die Redaktion und Druckerei und die Zeitung sowie die Parteibüros untergebracht waren. ‚Bereit sein heißt alles‘ lautete die Losung des Parteivorstandes der SPD, mit der alle gemeinsame Aktionen verhindert wurden und die solange aufrecht erhalten wurde, bis es zu spät war. Unsere letzte Illusion und Hoffnung floß in der Frühe des 16. März, nach dem Wahlsonntag, als wir ‚von Berlin‘ die Anweisung erhielten, die Waffen wegzubringen und den ‚Schutz‘ des Hauses der Hakenkreuzarmbinden tragenden Polizei zu überlassen.“<sup>50</sup> Das war eine Erfahrung, die ihn sein Leben lang begleitete.

<sup>49</sup> Ludwig Kaas (1881-1952), deutscher katholischer Theologe und Politiker (Zentrum)

<sup>50</sup> BArch NY 4506 (unveröffentlicht)

Und es kam das Undenkbare, die Verhaftung seines Vaters am 10. März 1933. Im April besuchte er ihn in der engen Gefängniszelle. Es war das letzte Mal, dass er seinen Vater sah. Um über Privates zu sprechen, war er viel zu erregt, viel zu betroffen. Er brauchte für sich eine Antwort auf die Frage, ob die Politik seiner, nein, ihrer Partei richtig gewesen sei. „Die nachdenkliche Antwort meines Vaters, es war zugleich ein Abschied für immer, lautete: ‚Die Geschichte wird es beweisen.‘“<sup>51</sup>

Nach der Verhaftung seines Vaters und nach einer Warnung, dass auch er selber bedroht sei verhaftet zu werde, verließ Hans im April Deutschland und ging zunächst nach Straßburg zu Verwandten, Ende Mai war er dann in Paris.<sup>52</sup>

### 3. Exil in Frankreich und Mexiko

Sein Exil begann, das 14 Jahre dauern wird und erst 1947 endete. Sein Studium konnte er nicht fortsetzen. Mit verschiedenen Hilfsstellen in Büros, als Hilfskraft in einem chemischen Labor, mit Heimarbeiten wie Pediküre u.a. verdiente er den Lebensunterhalt. Sofort nach Eintreffen in Paris näherte er sich der sozialdemokratischen Emigrationsgruppe, arbeitete zugleich auch für eine Wochenzeitung der KPD-Gruppe. Bekannt war er in den Kreisen der jungen Nazigegner zunächst als „Sohn von Ludwig Marum“. Das trug ihm neben Achtung auch Misstrauen als Sohn „eines Reformators“ ein, selbst in einer solchen Zeit.

Nach 1933 war er an der Vorbereitung und Durchführung eines internationalen Jugendkongresses gegen Krieg und Faschismus beteiligt, der vom 22. bis 25. September 1933 in Paris stattfand.<sup>53</sup> Ab Herbst 1933 war er einer der deutschen Vertreter im Weltjugendkomitee, das im September dieses Jahres gegründet worden war. Weiterhin war er bemüht, jungen Menschen, die aus Deutschland fliehen mussten, behilflich zu sein, sich zu orientieren und zu organisieren. Zwischen August 1936 und September 1939 hatte er eine Stelle beim Jüdischen Weltkongress als Laufbursche, später als Bürosekretär.

Im April 1934 verließ seine Mutter Johanna (nach der Ermordung des Vaters im KZ Kislau) gemeinsam mit der 15jährigen Tochter Brigitte Deutschland. Johanna lebte in Paris ganz nah den Kindern. Sophie Gradenwitz, die Lebensgefährtin von Hans, war inzwischen über Wien auch nach Paris gekommen. 1937 heirateten sie. Johanna Marum hatte ein sehr enges Verhältnis zu dem ersten Enkel, Ludwig, der inzwischen (am 15. Dezember 1937) zur Welt gekommen war und nach seinem Großvater benannt wurde. Aber nicht nur um die Familie ihrer Kinder kümmerte sie sich. „Im April 1934 folgte ich meinem Sohn Hans nach Frankreich. Dort arbeitete ich einige Zeit auf dem Thälmann-Komitee und gehörte dem Freundeskreis der Deutschen Volksfront an. Meine Wohnung diente längere Zeit als illegaler Treffpunkt für deutsche Genossen. Ich habe ebenfalls längere Zeit für die Zeitschrift ‚Traî-d-Union‘ als Sekretärin gearbeitet, eine Zeitschrift, die von deutschen Gewerkschaftlern für ihre französischen Kollegen herausgegeben wurde und die der Patenschaftsarbeit für den illegalen Kampf der deutschen Gewerkschaften gewidmet war.“<sup>54</sup> (Ich nehme an, dass das auf den Einfluss des Sohnes zurückzuführen war.)

---

<sup>51</sup> Ebenda

<sup>52</sup> Siehe Elisabeth Marum-Lunau, Auf der Flucht in Frankreich. „Boches ici, Juifs là bas“. Der Briefwechsel einer deutschen Familie im Exil 1939 – 1942. Ausgewählt und kommentiert von Jacques Grandjonc, für die deutsche Ausgabe übersetzt und erweitert von Doris Obschernitzki, Berlin 2000, S. 11.

<sup>53</sup> Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, S. 330.

<sup>54</sup> Landesarchiv Berlin, Lebenslauf für die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, 30. Juni 1947



Abb. 7: Hans und Sophie um 1937 in Paris

Foto: Hans Marum

Wichtig für Hans und Sophie in diesen Pariser Jahren waren die politischen Freunde, die meisten von ihnen aus politischen Gruppen. Gemeinsam diskutierten sie über politische Probleme, hatten vielfältige kulturelle Erlebnisse der Emigration und des Pariser Kulturlebens. Hans und Sophie hatten engen Kontakt zu kommunistischen jungen Emigrantinnen und Emigranten, von denen viele, so lange sie lebten, enge Freunde von Hans und Sophie, seiner späteren Frau, blieben, zum Beispiel Peter und Eddi Gingold.

In Paris bestanden Gruppen der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend), deren Mitglied zum Beispiel Sophie war und des SJVD<sup>55</sup> (Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands), des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD). Daraus hervor ging eine „Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Jugendorganisationen unter dem Namen „Freie Deutsche Jugend“.<sup>56</sup> (Jugendorganisationen mit gleichem Namen wurden in mehreren Emigrationsländern gegründet, zum Beispiel in Großbritannien.) Heftige politische Auseinandersetzungen wurden geführt, zum Beispiel um die Gründe, die zur Katastrophe von 1933 geführt hatten. Hans wurde - wegen seiner Nähe zu den kommunistischen Freunden - aus der Sozialistischen Jugend ausgeschlossen.

Es war ganz sicher kein einfaches Leben in der Emigration in Frankreich. Dabei war die Familie, die ja inzwischen in Frankreich versammelt war, trotz aller Schwierigkeiten, eine wichtige Stütze.

Als am 3. September 1939 die französische und die britische Regierung Deutschland den Krieg erklärten (nach dem deutschen Überfall auf Polen, mit dem diese Beiden Länder verbündet waren), wurden die meisten Deutschen, die in Frankreich Zuflucht gesucht hatten, in Lagern interniert.

Hans wurde sofort am 3. September 1939 verhaftet und nach 48 Stunden Haft in der Polizeipräfektur nacheinander in den Pariser Stadien Colombes und Roland Garros festgehalten, von da an durchlief er 2 ½ Jahre lang, bis zur weiteren Flucht nach Mexiko, verschiedene Lager (einige sind übrigens heute in Frankreich Gedenkstätten): zunächst Le Vernet, Noë, Les Milles.

Natürlich hatte das Einfluss auf seine Gesundheit.

„Hans ist krank, er wird deshalb nicht zur Arbeit angehalten. Ich bin fest überzeugt, dass man ihm eine Ausreise nach Übersee nicht verwehren wird. Deshalb muss man alles unternehmen, ihn nach U.S.A. zu bringen.

---

<sup>55</sup> SJVD (Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands) eine der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) nahe stehende, sozialistische Jugendorganisation

<sup>56</sup> Siehe Karl-Heinz Jahnke, Sie haben nie aufgegeben. Ettie und Peter Gingold – Widerstand in Frankreich und Deutschland, Bonn 1998, S. 24.

Ich habe Freunde von mir, die über gute Verbindungen in U.S.A. verfügen, dringend um die Beschaffung eines Visums für Hans gebeten<sup>57</sup>, schreibt ein enger Freund von ihm, Julius Axelrad (29.8.1905-September 1942, Auschwitz)<sup>58</sup>, der im Internierungslager Le Vernet sein Nachbar war auf dem Strohlager bis es ihm gelang, vor dem Einmarsch der deutschen Truppen im unbesetzten Teil Frankreichs und dabei vor der Gefahr „einer Auslieferung auf Verlangen“, wie es im deutsch-französischen Kapitulationsvertrag hieß, nämlich auf Verlangen der Nazi-Behörden, zunächst zu entkommen.

Die Familie Marum blieb, obwohl sie in verschiedenen Lagern war, ständig in Verbindung. Das Lagerleben war für meinen (künftigen) Vater vielfach Anlass, sich seines Vaters, seiner Tapferkeit im KZ zu erinnern. Der Geburtstag seiner Mutter oder seines Vaters am 3. Mai bzw. am 5. November oder der Tag, an dem der Vater ermordet worden war, waren für ihn immer Anlass, seiner Mutter einen liebevollen Brief zu schreiben. „... Am 5. [November] ist der Geburtstag Vaters und ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um Dir ein paar Zeilen zu senden. Ich brauche Dir wohl kaum zu sagen, wie sehr sein Bild mir heute lebendig vor Augen steht. All das, was er in seinem letzten Jahr erlebt und erlitten hat, ich kann es heute viel besser nachfühlen. Desto größer ist meine Liebe und Verehrung für ihn. Du hast heute Sophies und meinen Sohn, seinen Enkel, bei Dir und sorgst für ihn wie Du für uns gesorgt hast. Was kann ich Dir anderes empfehlen, als dass Du unseren Ludwig im Geiste seines Großvaters erziehen mögest, dass Du ihm mit derselben Liebe begegnest und dass du ihm sein Bild eingeben möchtest. ...“<sup>59</sup>



Abb. 8: Johanna Marum mit ihrem Enkel Ludwig (1938) in Frankreich

Foto: Hans Marum

Die Familie war sehr besorgt um Hans und bemühte sich, für ihn und seine Familie die Ausreise nach Amerika zu ermöglichen. Das gelang leider nicht. Von anderer Seite kam Hilfe: Er und die Familie bekamen Unterstützung und - mit Hilfe von Freunden aus der kommunistischen Bewegung - Visen nach Mexiko. Daran hatte vorher niemand gedacht, aber diese Visen erwiesen sich als lebenserhaltend.

Johanna Marum wurde von den Franzosen - im Alter von 56 Jahren - 1940 im Lager Gurs interniert, ebenso ihre beiden Töchter Elisabeth und Brigitte sowie die Schwester meiner Mutter, Bertl Grandenwitz und viele, viele andere. Sophie lebte illegal, längere Zeit versteckt in einem Pferdestall in der Nähe von Toulouse, kümmerte sich um den Sohn, der in einem jüdischen Kinderheim war und unterstützte, soweit es ihr möglich war, Hans und viele Mitgefangene im Internierungslager.

---

<sup>57</sup>Brief Julius Axelrad an Sophie Marum, o.D (in Privatbesitz)

<sup>58</sup> Siehe Auf der Flucht in Frankreich, Fußnote 55

<sup>59</sup> Auf der Flucht in Frankreich, S. 63

Sie sammelte Geld und Nahrungsmittel für Mitgefangenen, schickte oder brachte sie ihnen sowie Geld für Zigaretten, Kleidung, Briefmarken, besorgte auf Polizeistationen Papiere für Illegale, die aus Lagern geflohen waren, dolmetschte, schrieb Nachrichten und verteilte sie wieder, war sozusagen „Poststation“- und das alles, obwohl sie inzwischen wieder schwanger war. Ich halte es für großen Lebensmut meiner Eltern, dass sie bereit waren, unter solchen Umständen der eigenen Gefährdung neues Leben zu schenken und zu erhalten.

Mein Vater schrieb am 29.1.1941 erstaunliche Sätze an seine Mutter: „... erinnerst Du Dich noch an Deine Angst, bevor Bubi kam und Deine Freude, als er ein Mensch geworden war? ... Liebe Mutter, ich bin heute so sicher wie damals, dass dieses Kind genau so glücklich werden wird wie es unser Bubi ist. ... Also gib Dir einen Stoss und freue Dich, dass Du die Großmutterfreuden so ausgiebig erlebst. Schau, wir sind jung, wie haben uns lieb, und die Welt wird nicht ewig im Mist stecken. Wir werden sie schon bald verändert sehen und uns dann freuen, dass wir Kinder haben, die heranwachsen und das Leben genießen können. Du glaubst nicht an unseren Optimismus? Du glaubst, wir wären verzweifelt? Nein, Mutter, wir haben allen Grund, optimistisch zu sein und nicht den geringsten, verzweifelt zu sein. Unser Optimismus kommt aus einer tiefen inneren Überzeugung und ist keine Fassade. ... Du verzweifelst an der Menschheit? Wir nicht. Im Gegenteil, wir glauben und hoffen und tun das unsrige dazu, um sie besser zu machen.“<sup>60</sup>  
(Übrigens ebenso wie Brigitte, die jüngste Schwester Marum, die ebenfalls schwanger war und deren Sohn Pierre, Peter, heute Eli Barzilai, 6 Wochen nach mir zur Welt kam.)

Der Weg führte unsere Familie nach Mexiko. „Mein Mann, unsere beiden Kinder und ich, bestiegen im März 1942 in Marseille das Schiff ‚Lipari‘, um in mehreren Tagen das Mittelmeer zu überqueren und an Gibraltar vorbei nach Casablanca zu gelangen. ... Wir ahnten nicht, daß unser Transport der vorletzte war, der nach Übersee gelangte. In Casablanca erreichten wir das portugiesische Schiff ‚San Thome‘. Es hatte in Lissabon Juden als Passagiere aufgenommen. Die meisten von ihnen waren aus Baden deportiert worden. Es war ein alter kleiner Frachter, der uns nach Mexiko bringen sollte. Wir waren fest überzeugt, eines Tages nach Deutschland wieder zurückkehren zu können.“<sup>61</sup> So erinnerte sich meine Mutter der gelungenen Flucht aus Europa. „Das Land wurde nach Kriegsbeginn zum Zufluchtsort der ‚linken‘ Exilanten aller Schattierungen, denen aufgrund der restriktiven nordamerikanischen Exilpraxis der Weg in die Vereinigten Staaten versperrt geblieben war.“<sup>62</sup>

Hans arbeitete dort als Sekretär und Journalist, gehörte zu denen, die den großartigen Exilverlag „El libro libre“ begründeten und arbeitete später bei der Zeitschrift „Freies Deutschland“ und bei der antifaschistischen Exilzeitung „Demokratische Post“. Die „Demokratische Post“ war eine Zeitung für Mexiko und Lateinamerika. Sie war eine „in der deutschen Exilpresse unvergleichliche Zeitung für Information, Kultur und Unterhaltung, mit einer Frauen- und Jugendbeilage und einer Rubrik ‚Familiennachrichten‘. Die DP hielt sich als antifaschistische deutsche Zeitung, finanziert von jüdischen Geschäftsleuten. ...“<sup>63</sup> Hier lernte mein Vater sein journalistisches Handwerk. Meine Mutter lernte von befreundeten Ärzten und Krankenschwestern, die mit uns das Exil teilten, das Handwerkszeug einer Krankenschwester, zum Beispiel spritzen, um damit das Einkommen der Familie zu verdienen. Mein Bruder ging zur Schule, ich besuchte einen Kindergarten.

Auch in Mexiko ließ das Leben in der Gemeinschaft die Ferne und vor allem die Trauer um Deutschland besser ertragen, auch hier war die Gemeinschaft mit Freunden, Kameraden, Genossen lebensbestimmend. In der Erinnerung der Eltern nahmen das vielfältige kulturelle und das politische Leben in dieser Gemeinschaft einen bestimmenden Platz ein, besonders die Veranstaltungen des Heinrich-Heine-Clubs, eines Forums der

---

<sup>60</sup> Ebenda, S. 230.

<sup>61</sup> Sophie Marum, 14 Jahre – der lange Weg von Hanau nach Berlin, in: Neues Magazin für Hanauer Geschichte (Mitteilungen des Hanauer Geschichtsvereins), Hanau 1991, S. 19/20.

<sup>62</sup> Fritz Pohle in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933 – 1945, Hrsg.: Claus-Dieter Krohn, Patrick von zur Mühlen, Gerhard Paul und Lutz Winckler in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Exilforschung, Darmstadt 1998, Spalte 312.

<sup>63</sup> Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 269.

antifaschistischen und freien Kulturbewegung der deutschsprachigen und der österreichischen Emigration in Mexiko, gestaltet u.a. von Schriftstellern und Künstlern wie Anna Seghers oder Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn oder Bodo Uhse oder der Schauspielerin Steffi Spira oder den österreichischen Musikern Ernst Römer und Marcel Rubin und, und, und ... Am 13. April hielt er im Rahmen der Veranstaltungen der Bewegung „Freies Deutschland“ für Mexiko sprach Hans Marum „über seinen von den Nazis ermordeten Vater Ludwig Marum“.<sup>64</sup>

Alle Gedanken aber galten Deutschland. Das Kriegsgeschehen in Europa und in den anderen Teilen der Welt wurde aufmerksam verfolgt. Die Gruppe von Exilanten, der meine Eltern angehörten, empfand immer die Verpflichtung, beizutragen, den Krieg gegen Hitler zu beenden bzw. zu verkürzen, auch in der Ferne und obwohl sie nicht selber beteiligt war am unmittelbaren Kriegsgeschehen.

Wie schaffen wir eine gerechte und friedliebende Welt, ohne Krieg und Ausbeutung, ohne Feindschaft gegenüber jüdischen Menschen? Das war eine immer währende Frage, die die Eltern und die Freunde bewegte. Das Exil war erzwungen, Bleiben im Exil wäre Bestätigung von Hitlers Politik der Auslöschung von jüdischem und anders gesinntem Leben aus deutschem Alltag und Bewusstsein gewesen. So die Auffassung vieler in dieser Gruppe der Exilierten.

Während in den meisten Gruppen des Exils „die politische Stellung der Juden als der qualitativ größten Gruppe unter den Hitler-Flüchtlingen in den Diskussionen sowohl des sozialistischen als auch des kommunistischen Exils über Nachkriegsdeutschland allenfalls eine untergeordnete Rolle spielte“<sup>65</sup>, wurde in dieser mexikanischen Exilgruppe heftig über den Umgang mit von der Nazis vertriebenen, verfolgten, ermordeten Menschen in einem Nachkriegsdeutschland nachgedacht und heftig um unterschiedliche, ja gegensätzliche Meinungen gestritten. Hierbei spielten Paul Merker, die Brüder Zuckermann, Otto Katz (André Simone) u.a. eine große Rolle. Und auch meine Eltern teilten diese Auffassung. Wie oft hat mein Vater zu mir gesagt, wenn ich ihn gefragt habe, aus welchen Gründen die Familie nicht in Mexiko geblieben sei: „Wenn wir nicht nach Deutschland zurückgekehrt wären, hätte Hitler Recht behalten mit seiner Politik der Ausgrenzung und Ermordung. Ohne uns soll dieses Deutschland nicht sein.“

Immer begleitete die Sorge um die zurückgelassenen Familienmitglieder in Frankreich und Deutschland (um die Angehörigen von Sophie, um Brigitte und den kleinen Pierre/Peter u. a.) sowie die Verbindung zur geretteten Familie, zur Mutter und Schwester in New York.

1945, nachdem der Krieg beendet war, nutzte Johanna Marum die Möglichkeit, wieder mit ihrem Sohn und seiner Familie zusammen zu leben. Sie folgte ihnen nach Mexiko und teilte auch hier wieder das Leben ihres Sohnes. Vor allem aber sorgte sie für die Familie, war immer für uns Kinder da. Als Sekretärin war sie bei der antifaschistischen Zeitung „Demokratische Post“ beschäftigt, wo ihr Sohn als stellvertretender Chefredakteur tätig war. Sie schloss sich ebenfalls der Bewegung „Freies Deutschland“ an.<sup>66</sup>

Und dann war er da, der Mai 1945. Der Krieg in Europa war unter unendlichen Opfern beendet. Dieses Ereignis wurde in aller Welt gefeiert – bis auf Deutschland. Erleichterung und Trauer hielten sich die Waage, die Frage, ob Angehörige überlebt haben und wenn, wo sie waren, vor allem aber Freude, Freude, dass das Grauen des Krieges endlich ein Ende gefunden hat. Jetzt feierten die deutschen Emigranten gemeinsam mit den Gastgebern die Befreiung ihrer Heimat. In Mexiko D.F., der Hauptstadt, wurden am 8. Mai 1945 auf den wichtigsten Plätzen Knallkörper gezündet, Hitlerfiguren verbrannt, es fanden wahre Volksfeste statt. Es sprachen mexikanische Politiker auf diesen Kundgebungen und - das war wohl weltweit einmalig - ein deutscher Exilant, Ludwig Renn.<sup>67</sup> Für Exilanten, die nach Deutschland zurück wollten, rückte die Heimat wieder

---

<sup>64</sup> Siehe Marcus Patka, Chronik der kulturellen und politischen Veranstaltungen im mexikanischen Exil von verschiedenen Organisationen (1937-1949), siehe [www.literaturepochen.at/exil/multimedia/pdf/mexikoveranstchronikpatka.pdf](http://www.literaturepochen.at/exil/multimedia/pdf/mexikoveranstchronikpatka.pdf)

<sup>65</sup> Gerhard Paul, Deutschland nach Hitler, in Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Spalte 654

<sup>66</sup> Landesarchiv Berlin, Fragebogen Johanna Marum für die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, 30. Juni 1947

<sup>67</sup> Siehe Freies Deutschland Nr. 7/1945, Mexiko D.F., S. 37

näher. Mit einem Aufruf, unmittelbar nach Kriegsende verfasst von Heinrich Mann, wandte sich das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen an die Berliner: „Wir sprechen zu Euch als Zugehörige, wir sind Euch nicht entfremdet, trotz langer Abwesenheit. Ueber Länder und Grenzen sind wir Euch verbunden.“<sup>68</sup> Diese war verbunden mit dem Glauben (oder der Illusion), dass es ein anderes Deutschland gäbe könne. War das Unwissen über die wirkliche Lage im besetzten Deutschland, war das Illusion über eine zukünftige Entwicklung Deutschlands oder sprach daraus nicht Hoffnung und Lebensmut zum Kampf für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland ohne Faschismus und Krieg!

„Wir, unsere kleine Familie, kehrten 1947 zurück, nicht, weil wir keine Arbeitsmöglichkeit hatten. In Mexiko hatten wir stets die Möglichkeit zu arbeiten.“<sup>69</sup> Aber der Drang, beteiligt zu sein, ein anderes Deutschland zu errichten, ein Deutschland, in dem kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgehen sollte, mitzuwirken, dass der nazistische Ungeist aus den Köpfen vertrieben werden sollte, zog sie nach Deutschland zurück – nach Ostdeutschland.

#### *4. Schlussbemerkungen*

Wie schaffen wir eine gerechte und friedliebende Welt, ohne Krieg und Ausbeutung, ohne Antisemitismus in Deutschland? Das zu beantworten waren die Vorstellungen meiner Eltern, als sie nach Deutschland zurückkehrten, nach Ostdeutschland, in die sowjetische Zone. Für sie war eine Rückkehr nach Deutschland selbstverständlich. Das Exil war erzwungen gewesen, lebenslanges Exil wäre Bestätigung von Hitlers Politik der Vertreibung von Andersdenkenden, von Auslöschung von jüdischem und anderem gesinntem Leben aus dem deutschen Alltag, aus dem Bewusstsein der Deutschen, dem wollte er entgegenstehen

Haben sich ihre Erwartungen und Hoffnungen erfüllt? Es ist schwer, heute darüber zu urteilen. Die Eltern, auch meine Großmutter, waren engagiert beteiligt, je nach ihren Kräften ein solches, ein anderes Deutschland mitzugestalten, mein Vater als Journalist und in der Außenpolitik, meine Mutter als Pädagogin. Leicht wurde es ihnen nicht gemacht – weder von denen, die in Deutschland geblieben waren, noch von denen, die ihre Genossen gewesen waren. Misstrauen war eigentlich ein bestimmendes Element während einer langen Zeit nach dem Krieg: Misstrauen den Westemigranten gegenüber, Misstrauen, weil sie mit den „falschen“ Menschen zusammen gewesen sind, Misstrauen, weil sie nicht in Frankreich geblieben sind, nicht mit der Waffe in der Hand gekämpft haben. Das Misstrauen galt auch der sozialdemokratischen Herkunft. Aber das ist nur eine Seite der Wahrheit: Es gab viele gute Freunde, die ihnen zur Seite standen, mit denen sie eng zusammen arbeiteten, mit denen sie sehr freundschaftlich verbunden waren. Es waren - besonders zu Beginn unserer Rückkehr - meistens Emigranten oder in Deutschland Gebliebene, die sich nicht mit dem Naziregime gemein gemacht hatten.

Für meine Eltern, der sehr engagiert in dem Land, das die Deutsche Demokratische Republik wurde, lebten, arbeiteten, auch kritisch viele Fehler erkannten, gab es nie ein Nachdenken über eine andere politische Entscheidung. Mein Vater starb 1979, im Alter von 66 Jahren.

Für meine Mutter, die 2003 im Alter von fast 94 Jahren starb, sah es anders aus. Sie war eine engagierte Pädagogin, leistete viel, dass die Kindergärten der DDR keine „Kinderbewahrungsanstalten“ waren, sondern dass die Kindergärtnerinnen befähigt werden, gemeinsam mit den Eltern für Kinder Bedingungen zu schaffen, die gleichermaßen auf Erziehung und Bildung gerichtet waren. Sie konnte - und musste - nach 1989 viel über sich und ihr Leben nachdenken. Sie hat davon keine Abstriche gemacht, hat sich aber in einigem korrigiert (in Gedanken). Sie ist nicht zufrieden verstorben. Dass eine andere Gesellschaftsordnung, die sie mit so sehr viel Engagement versucht hatte mit aufzubauen, dass ihr berufliches Leben so in Misskredit geriet, machte sie unglücklich. Aber sie konnte auch ihr Leben historisch einordnen, was es ihr zeitweise möglich machte, über sich, über die „fünf Wenden“, die sie in ihrem Leben erfahren hat, über ihre Geschichte zu sprechen.

---

<sup>68</sup>Freies Deutschland, Sonder-Nummer, 9. Mai 1945, Mexiko D.F., S. 4

<sup>69</sup>Sophie Marum, handschriftliche Bemerkung, o.D.

„BIS INS 3. UND 4. GLIED ... „

### Über Scham, Nationalsozialismus und die Folgen

Die Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen auseinandergesetzt: Die Fakten, Namen, Zahlen und Strukturen wurden geschichtswissenschaftlich erforscht und werden an unseren Schulen gelehrt. Auch die Leidensgeschichte der Opfer wurde erforscht und ihrer wird in Medien, Unterrichtseinheiten und Gedenkstätten gedacht. Viel lernen *über* die Geschichte - das uns, die später Geborenen, aber nicht persönlich verändern muss, denn es geht ja um Verbrechen, die *Andere* begangen, Leiden, das *Andere* erlitten haben.

Mich hat seit vielen Jahren interessiert, was wir *aus* dieser Geschichte lernen können: Wie kann dieses *Furcht*-bare zu etwas *Frucht*-barem werden, zu etwas, das uns persönlich und gesellschaftlich verändert? Diese Überlegungen standen am Anfang des Forschungsprojekts „Geschichte und Erinnerung“<sup>70</sup>, das ich 1998 gegründet habe. Wir, ein 10-köpfiges, interdisziplinäres Team, führten Interviews mit „ganz normalen“ Anhängern des Nationalsozialismus: engagierten Mitgliedern von Hitler-Jugend (HJ), Bund Deutscher Mädchen (BDM), SA, SS, NSDAP oder Wehrmacht. Uns interessierten ihre Motive, Hitler zu folgen und dafür ihr Leben einzusetzen. Eines unserer sechs Forschungsergebnisse<sup>71</sup> möchte ich Ihnen nachfolgend vorstellen: den Zusammenhang zwischen Scham und Nationalsozialismus.

Zunächst ist zu klären: Was ist eigentlich Scham? Ich mute Ihnen nun also ein Stück Psychologie zu. Ich beginne mit einer literarischen Beschreibung der Scham, die Salman Rushdie in seinem Roman „Scham und Schande“ vorlegt: „Stellen Sie sich Scham als eine Flüssigkeit vor, sagen wir ein süßes, schäumendes, Karies verursachendes Getränk, das aus Automaten gezogen wird. Sie drücken den richtigen Knopf, und ein Becher plumpst unter einen pissenden Strahl der Flüssigkeit.“<sup>72</sup> Der Autor schildert, wie die Scham der Eltern in die Seele des Kindes abgefüllt wird, eine Geburt: Der Vater, Patriarch und Militarist, reagiert voller Wut auf die Nachricht, dass sein Erstgeborenes *nur* ein Mädchen ist. Daraufhin errötet das Baby; gleich bei seiner Geburt schämt es sich. Das Mädchen wächst heran, geistig behindert und wird schließlich zur Mörderin.

Nun zur Psychologie der Scham<sup>73</sup>: Alle Menschen und alle Kulturen kennen Scham – wenn auch in verschiedenen Ausprägungen. Scham ist ein sehr peinigendes, selten benanntes Gefühl. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen *gesunder*, entwicklungsfördernder Scham einerseits und pathologischer oder *traumatischer* Scham andererseits. Gesunde Scham schützt unsere Grenzen gegenüber Anderen: Wie viel Persönliches können wir zeigen? Scham reguliert Zugehörigkeit: Wie verhalten wir uns angemessen, nicht-peinlich? Sie schützt unsere Integrität: Was muß ich tun, um die Achtung vor mir selbst, meinem Gewissen zu wahren? Im Unterschied dazu ist die traumatische Scham, um die es nachfolgend vorwiegend gehen wird: Sie lässt sich vergleichen mit einem Trichter, den der Ameisenlöwe im Sand baut. Eine Ameise, die ihm zu nahe kommt, rutscht den Trichter hinab und wird unten vom Ameisenlöwen gefressen. Ähnlich kann traumatische Scham dazu führen, dass unser ganzes Selbstwertgefühl plötzlich in den Keller rutscht, dass wir uns unversehens wie ein Nichts fühlen.

---

<sup>70</sup> [www.geschichte-erinnerung.de](http://www.geschichte-erinnerung.de)

<sup>71</sup> Ausführlich dargestellt in Stephan Marks, Warum folgten sie Hitler? Die Psychologie des Nationalsozialismus, Düsseldorf 2007.

<sup>72</sup> Salman Rushdie, Scham und Schande, München 1990, S. 145

<sup>73</sup> siehe Stephan Marks, Scham – die tabuisierte Emotion, Düsseldorf 2007; Leon Wurmser, Die Maske der Scham. Zur Psychoanalyse von Schamaffekten und Schamkonflikten, Berlin 1997

Schamgefühle können ausgelöst werden

*erstens*, wenn unsere körperlichen oder seelischen Grenzen verletzt wurden, insbesondere durch Missbrauch, Folter oder Vergewaltigung; deren Opfer bleiben ja charakteristischerweise oft mit Scham-Gefühlen zurück;

*zweitens*, wenn wir die Erwartungen und Ideale unserer Familie, Gruppe oder Gesellschaft nicht erfüllen. So gilt in Deutschland traditionellerweise vor allem „Schwäche“ als beschämend, etwa Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung, Schulden, Abhängigkeit, Verlieren u.v.a.;

*drittens*, wenn wir die Ideale unseres Gewissens verletzt haben.

Nach Leon Wurmser<sup>74</sup> entwickeln sich die Vorläufer von Scham aus der frühen Kommunikation zwischen Eltern und Kind, die vorwiegend über Blick und Körper stattfindet.

Später wird dieser Blick, den das Kind erfährt, verinnerlicht zum inneren Blick auf sich selbst, zum Selbst-Bild. Wie die Säuglingsforschung zeigt, haben schon Neugeborene ein grundlegendes Bedürfnis nach Sehen und Gesehen-werden, nach Faszinieren und Fasziniert-werden. Das Kind sucht den spiegelnden Glanz im Auge der Eltern. Bei dieser frühen Eltern-Kind-Kommunikation ist es besonders wichtig, dass die Grenzen des Kindes gewahrt werden, so dass es *gesunde* Scham entwickeln kann.

Die Grundlage für *traumatische* Scham wird gelegt, wenn die Eltern-Kind-Kommunikation gestört ist: Etwa wenn die Eltern zudringlich sind, die Grenzen des Kindes nicht respektieren (der „böse Blick im Volksaberglauben). Die Kommunikation ist gestört, oder wenn die Eltern unberechenbar mal nah, mal fern sind. Oder wenn sie das Kind nicht liebevoll spiegeln können, weil sie seelisch abwesend, Suchtkrank oder traumatisiert sind.

Die Eltern-Kind-Beziehung kann durch individuelles Versagen, aber auch durch Kultur-spezifische Erziehungspraktiken gestört sein: Beispielsweise rät Johanna Haarer in ihrem Ratgeber von 1934 „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“ unbedingt dazu, das Kind von der Mutter getrennt unterzubringen und es ihr nur alle 4 Stunden zum Stillen zu reichen.

Ein verlässliches, liebevolles Spiegeln im Auge der Eltern kann sich so natürlich nicht ereignen.<sup>75</sup>

Wenn das hungrig mit den Augen suchende Kind kein liebevoll spiegelndes Augenpaar erblickt, erlebt das Kind dies als Zurückweisung. Es fühlt sich existenziell bedroht, liebesunwert, nichtig. Es wendet Blick oder Gesicht ab.

Ob sich aus solchen frühen Erfahrungen traumatische Scham entwickelt, hängt stark von Resilienz-Faktoren ab. Das sind heilsame Einflüsse wie vielleicht eine gütige Verwandte, ein guter Freundeskreis oder ein positives Schulklima. Traumatische Scham kann sich umso mehr dann entwickeln, wenn der Heranwachsende im weiteren Lebensverlauf weitere Erfahrungen von Ohnmacht, Erniedrigung oder Missbrauch machen muss. Dies können *individuelle* Erfahrungen sein, etwa wenn eine einzelne Person erniedrigt, missbraucht oder in anderer Form traumatisiert wird. Dies können aber auch *kollektive* oder *strukturell* erniedrigende Erfahrungen sein: Wenn wir in einer Atmosphäre von Nicht-Gesehen-Werden aufwachsen, in einer Kultur, in der das Subjekt wenig Anerkennung erfährt oder wenn eine ganze Gruppe erniedrigt wird, etwa weil sie dem *falschen* Geschlecht oder Parias angehört. Oder wenn eine ganze Gesellschaft traumatisiert wird, etwa durch Krieg.

Scham bedeutet, dass die erfahrene Erniedrigung in sich selbst aufgenommen wird: Der Blick der Anderen wird verinnerlicht zum inneren Blick auf sich selbst. Das Selbstwertgefühl ist grundlegend beschädigt. Einen Fehler gemacht zu haben, wird dann erlebt als: „Ich *bin* ein Fehler.“ Nach Peer Hultberg<sup>76</sup> ist dies mehr als Angst vor Strafe; traumatische Scham ist die Angst, ausgestoßen, psychisch vernichtet zu werden.

---

<sup>74</sup> siehe Leon Wurmser, Die Maske der Scham. Zur Psychoanalyse von Schamaffekten und Schamkonflikten, Berlin 1997

<sup>75</sup> siehe Johanna Haarer, Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind, Berlin 1934

<sup>76</sup> siehe Peer Hultberg, Scham – eine überschattete Emotion. In: Analytische Psychologie 18 (1987), S. 84-104.

Das Ich befindet sich im Zustand existenzieller Angst und unter Angst werden andere, primitivere neuronale Systeme aktiviert als z.B. bei Wertschätzung oder Freude. Wenn wir uns schämen, übernimmt das sogenannte „Reptilienghirn“ die Regie. Das Nervensystem ist ganz darauf ausgerichtet, der Angstquelle zu entkommen und reduziert sich dazu auf die simpelsten Muster: angreifen, verteidigen oder eben: verstecken, verschwinden, im Boden versinken wollen.

Scham wirkt wie ein Schock, der höhere Funktionen der Gehirnrinde zum Entgleisen bringt. Nach Daniel Nathanson<sup>77</sup> wirkt akute Scham wie ein Schock, der höhere Funktionen der Gehirnrinde zum Entgleisen bringt. Vernunft, Gedächtnis, Sprachvermögen oder Affekt-Regulierung sind im akuten Zustand der Scham nicht verfügbar. Der Betroffene fühlt sich wie ein Nichts, wertlos. Dieses Gefühl ist so schmerzhaft, kaum auszuhalten, dass es abgewehrt werden muss.

Die wichtigsten - meist unbewussten - Formen der Scham-Abwehr sind folgende:

1. Da „weiche“ Gefühle wie Liebe, Trauer oder Mitgefühl das Persönlichste und Verletzlichste sind, werden sie hinter einer steinernen Maske verborgen und eingefroren. Diese emotionale Erstarrung kann zu einer alles durchdringenden chronischen Langeweile und bis zum Suizid führen.
2. Durch Projektion werden Andere mit den Eigenschaften ausgestattet, für die man sich selber schämt (z.B. *Schwäche*) und mit den entsprechenden Ausdrücken beschimpft (z. B. *Schwächling*).
3. Durch Beschämung und Verachtung wird passiv in aktiv verwandelt. Andere werden verhöhnt, gemüht, zu Zahlen und Objekten gemacht, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen oder vernichtet – insbesondere diejenigen, die als schwach betrachtet werden. Diese Beschämung kann sich auch gegen das eigene Kind richten und auf diese Weise transgenerational weitergegeben werden: etwa weil es *nur* ein Mädchen ist, wie von Salman Rushdie geschildert, oder wenn der Sohn z.B. nicht *männlich* genug ist.
4. Das Kerngefühl, ein Nichts zu sein, kann auch abgewehrt werden durch Arroganz oder protzige Männlichkeit, mit der Selbstsicherheit vorgetäuscht wird. Eine subtile Variante davon beobachte ich an unseren Hochschulen: Wenn wir Lehrenden uns unverständlich ausdrücken, mit vielen Fremdwörtern und perfekten Schachtel-Sätzen, machen wir uns unangreifbar. Stattdessen werden die Zuhörer einschüchtert und gezwungen, sich inkompetent zu fühlen.
5. Weitere Formen von Scham-Abwehr sind Zynismus und Negativismus (die häufig mit Kritik verwechselt werden). Wer sich immer nur negativ äußert, ist stets auf der *sicheren Seite*.
6. Durch so genannte Reaktionsbildung werden Schamgefühle abgewehrt, indem demonstrativ Schamlosigkeit gezeigt wird: Unverfroren wird Rücksichtslosigkeit, Verachtung von Idealen, Gewalt, Betrug oder Missbrauch zur Schau getragen. Eine typische Aussage wäre z.B.: *Ich habe meine Ideale schon lange aufgegeben. Du bist naiv, so idealistisch zu sein.*
7. Durch Gewalt wird Ohnmacht in Macht gewendet. Zum Beispiel schreibt der 18jährige Sebastian B., der im November 2006 in Emsdetten Amok lief, in seinem Abschiedsbrief: *...Das einzigste was ich intensiv in der Schule beigebracht bekommen habe war, dass ich ein Verlierer bin. (...) Man musste das neuste Handy haben, die neusten Klamotten, und die richtigen ‚Freunde‘. hat man eines davon nicht ist man es nicht wert beachtet zu werden. (...) Ihr habt euch über mich lustig gemacht, dasselbe habe ich nun mit euch getan, ich hatte nur einen ganz anderen Humor! (...) Seit meinem 6. Lebensjahr wurde ich von euch allen verarscht! Nun müsst ihr dafür bezahlen! ...<sup>78</sup>*
8. Die von Schande Betroffenen bemühen sich, ihre verlorene *Ehre* wiederherzustellen. Menschen tun unglaubliche Dinge, wenn ihre Würde bedroht ist. Z.B. springt in Erich Kästners Roman „Das fliegende Klassenzimmer“ der Schüler Uli mit dem Regenschirm von einer hohen Leiter, um seinen Mitschülern zu beweisen, dass er kein Feigling ist.<sup>79</sup>

---

77 Siehe Donald Nathanson, A Timetable for Shame. In: ders. (Hg.). The Many Faces of Shame. New York 1987, S. 1-63

78 Sebastian B., Abschiedsbrief 2006. Im Internet verfügbar unter: <http://www.n-tv.de/734961.html> (Zugriff 31.1.2007).

79 Erich Kästner, Das fliegende Klassenzimmer, Hamburg 2006

9. Leistung und Perfektionismus: Die Botschaft lautet: „Wenn ich perfekt bin, kann mich keiner mehr beschämen. Nur wenn ich Leistung bringe, bin ich liebenswert.“
10. Zur Abwehr seiner Scham träumt man sich durch Größenphantasien aus einer erniedrigenden Existenz heraus. Oder durch Idealisierung einer Person, Gruppe oder Nation.
11. Das tief verwurzelte Gefühl, ungeliebt zu sein, kann auch zu einer Art chronischem Hunger führen: zu einem süchtigen Verhalten in Bezug auf Essen, Besitz, Macht oder anderen Suchtmittel. Diesen Teufelskreis von Scham und Sucht formuliert der Alkoholiker in Saint-Exupéry's „Der kleine Prinz“ wie folgt: *„Warum trinkst du?“ fragte ihn der kleine Prinz. „Um zu vergessen“, antwortete der Säufer. „Um was zu vergessen?“ erkundigte sich der kleine Prinz, der ihn schon bedauerte. „Um zu vergessen, dass ich mich schäme“, gestand der Säufer und senkte den Kopf. „Weshalb schämst du dich?“ fragte der kleine Prinz, der den Wunsch hatte, ihm zu helfen. „Weil ich saufe!“ endete der Säufer und verschloss sich endgültig in sein Schweigen.“<sup>80</sup>*

In den Sozialwissenschaften wurde nun beobachtet, dass es Kulturen und Sub-Kulturen gibt, deren Beziehungen idealtypischerweise vor allem durch Scham und ihre Abwehr reguliert werden. Ethnologen bezeichnen dies als so genannte Scham-Kulturen. Scham und ihre Abwehr werden benutzt, um Status, Macht und Ohnmacht herzustellen. So werden die Beziehungen in dysfunktionalen Familien oder Jugend-Cliquen beherrscht durch emotionale Erstarrung, Beschämungen, Gewalt oder eine verächtliche Sprache: Nur keine Schwäche zeigen. Weil Schamgefühle so peinigend und oft unbewusst sind, stellen sie ein Potenzial dar, das leicht zu instrumentalisieren ist nach dem Prinzip: „beschäme und herrsche!“ Das funktioniert auch in der Arbeitswelt („Mobbing“) und Politik.

Und damit komme ich zu den Interviews, die wir mit Nazi-Anhängern führten.<sup>81</sup>

Herr Plessner wurde 1918 in einem Städtchen am Rhein geboren. An dieser Stelle ist der Rhein mehrere hundert Meter breit. Gegenüber lag der französische Befestigungswall, die Maginot-Linie. Der Interviewte springt zwischen der Zeit vor und nach 1933 hin und her. Gleich zu Anfang des Interviews sagt er:

*Wir sind als Buben und als Nazi-Jugend mit offenen Augen, wirklich mit offenen Augen durch die Welt gegangen. Erinnere mich an 1932, den Besuch Adolf Hitlers in Freiburg. Wir Jungvolk- und HJ-Führer standen Spalier und da ging er an uns vorbei und er guckt jedem in die Augen. Das war also beeindruckend. Wir haben natürlich in die Figur des Führers alles das hineingelegt, was junge Menschen an Idealen, an Hingabe, möchte ich fast sagen, erleben konnten.*

*Stellen Sie sich vor, die Jugend auf dem Dorf war einfach, bescheiden. Die Buben wie die Mädchen wurden von früh bis spät beschäftigt in der Landwirtschaft. Wenn wir aus der Schule kamen, dann war schon ein Zettel auf dem Tisch: du kommst da und da hin und bringst die Hacke mit und spät abends waren die Buben oder die Mädchen so müde, die schiefen auf der Schiefertafel ein. Und die Mutter sagte: „So, jetzt gehst du ins Bett, und morgen früh machst du halt schnell deine Aufgaben, damit der Lehrer zufrieden ist.“ Es lag alles im Argen. Und nun kommt das Dritte Reich. Und nun erleben wir Zeltlager und Sport.*

*Für uns war der Hintergrund der, eine Befreiung, und dass man plötzlich, um es pathetisch zu sagen, stolz sein konnte, deutscher Junge zu sein.*

*Einzig wir im Grenzland hier waren direkt an der Maginot-Linie und haben die Aufsätze und Diktate unter den Klängen der Angriffstrompeten der Franzosen geschrieben. Auf den Panzerkuppeln der Maginot-Linie standen die Senegal-Neger mit ihren Stammeszeichen, mit ihren Narben und blickten herüber. Blau-graue Uniform wie Gespenster und wie böse Geister und das beeindruckte uns sehr.*

*Wir waren Parias unter den Völkern. Wir wussten, dass wir durch das Versailler Diktat vieles vieles vieles Böse erleben mussten. Dass wir verschuldet waren mit x-Milliarden Goldmark.*

<sup>80</sup> Antoine de Saint-Exupéry, Der kleine Prinz, Düsseldorf 2006, S. 46

<sup>81</sup> Der folgende Interview-Ausschnitt wurde um etwa die Hälfte komprimiert; der Name wurde anonymisiert.

*Wussten auch, dass es schon Bestrebungen gab, dass Deutschland irgendwie wieder in die Familie der europäischen Völker eingegliedert werden musste, weil es als Herz Europas nicht ein Hungerland sein konnte, das von den anderen Völkern andauernd unterstützt werden musste. Aber die Propaganda der Nationalsozialisten hat bewirkt, dass es rabiater und schneller gehen sollte, dass Deutschland eine Größe werden sollte. Und Hitler war die Inkarnation dieses Gedankens.*

Der Interviewte schildert das dörfliche Leben der Weimarer Zeit als arm (*einfach, bescheiden; alles lag im Argen*). Die Bildung war mangelhaft, weil die Kinder wegen der vielen Arbeit kaum zum Lernen kamen. Deutschland war verschuldet als Folge des Versailler Vertrags. Das Land wird beschrieben als *Hungerland*, das von den Almosen anderer Länder abhängig war. Hinzu kommt, dass Deutschland den ersten Weltkrieg verloren hatte; die Arbeitslosigkeit war hoch. Dies alles waren Gründe, sich zu schämen, denn: Verlieren, Armut, Abhängigkeit, Schulden, Arbeitslosigkeit, Annehmen von Schulden, mangelnde Bildung – all das waren ja Auslöser von Schande. Folgerichtig schildert der Interviewte Deutschland als beschämt: als *ausgliedert aus der Völkerfamilie*. Als *ausgestoßen*. Hier verwendet Herr Plessner einen Begriff aus einer typischen Scham-Kultur, dem Hinduismus: Er nennt die Deutschen *Parias*, d.h. Unberührbare, die außerhalb des Kasten-Systems stehen.

Demgegenüber wird Hitler als derjenige beschrieben, der die Ehre Deutschlands wieder hergestellt, *zu einer Größe* gemacht habe. Man konnte wieder *stolz sein, deutscher Junge* zu sein; Stolz: die gegensätzliche Empfindung zu Scham. Auch die Idealisierung Hitlers kommt zum Ausdruck: man habe all seine Ideale *in den Führer hineingelegt*.

Auffällig ist das wiederkehrende Motiv der Augen: Der Interviewte betont gleich zu Beginn die *offenen Augen, wirklich offenen Augen der jungen Menschen* – dies erinnert an den hungrig suchenden Blick, von dem Leon Wurmser und Heinz Kohut im Zusammenhang mit der frühkindlichen Eltern-Kind-Kommunikation sprechen. Im Gegensatz dazu fehlt der Blick-Kontakt mit seinen Eltern, die als abwesend geschildert werden: Wenn der Erzähler *von der Schule kam, lag nur ein Zettel auf dem Tisch*.

Dann der Blick der *Senegal-Neger mit ihren Stammeszeichen, mit ihren Narben, die über den Rhein* - über die Grenze (!) - *herüberblickten. Blau-graue Uniformen wie Gespenster und wie böse Geister*. Dies könnte als *böser*, die Grenzen nicht respektierender Blick interpretiert werden.

Endlich der Blick Hitlers: *er guckt jedem in die Augen. Und das war also beeindruckend*. Beachten Sie, dass der Erzähler für diesen Augen-Blick in die Gegenwarts-Form wechselt: offenbar ist ihm diese Szene noch sehr gegenwärtig. Wenig später schildert Herr Plessner seine zweite *Begegnung* mit Hitler 1935 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg. Er fuhr langsam im Auto vorbei und hat jedem in die Augen geblickt. *Dieser Blick riß die BdM-Führerinnen zu enthusiastischen Schreien hin, die ihn mit tränenden Augen wie einen Messias begrüßten, mit unendlichen Heil-Rufen. Es war ein Aufschrei, als ob ein Messias, ein Erlöser auf die Welt gekommen wäre*.

Diese Wirkung von *Hitlers Blick* (von der viele alte Menschen schwärmen) wird auf dem Hintergrund der Entwicklungs-Psychologie von Scham vielleicht verständlich. Das lange Zeit hungrig suchende, nach Spiegelung sich sehrende Auge hat - endlich! - ein antwortendes Auge gefunden. Demnach ist es dem Nazi-Überzeugungsprogramm gelungen, das frühkindliche Verlangen anzusprechen und zu instrumentalisieren: das Verlangen, gesehen und fasziniert zu werden. Zu diesem Zweck wurden Hitlers öffentliche Auftritte so inszeniert, dass jeder der Teilnehmenden subjektiv das Gefühl hatte, *er blicke jedem persönlich in die Augen*.

Meine erste These: Die Niederlage des 1. Weltkrieges, der Versailler „*Schand*“vertrag (wie es hieß), Schulden, Armut, Geld-Entwertung und *Schwäche* der Weimarer Republik wurden von großen Teilen der Bevölkerung als Beschämung erlebt - und diese Sichtweise wurde von der Nazi-Propaganda auch massiv gefördert. Hinzu kamen die Scham-Gefühle der traumatisierten Kriegsveteranen: 1918 kehrten 11 Millionen von ihnen in das Deutsche Reich zurück. Somit waren fast alle erwachsenen Männer in Deutschland Kriegsveteranen. Von ihnen waren nicht alle, aber viele durch den Krieg traumatisiert.

Das lässt sich etwa daran ermessen, dass hunderttausende Frontsoldaten Symptome entwickelten wie Weinkrämpfe, Bewusstseinsstörungen, krampfartige Zuckungen, Schütteltremor oder psychogene Lähmungen.<sup>82</sup> Diese Scham vermochte der Nationalsozialismus für seine Zwecke zu instrumentalisieren, indem er seinen Anhängern „Erlösung“ von der Scham versprach durch Scham-Abwehr: durch Idealisierung Hitlers und der Deutschen (*Herrenrasse*), durch das Versprechen, die *Schmach* von Versailles zu tilgen und die *Ehre* Deutschlands wieder herzustellen, durch Größenphantastische Ansprüche auf Weltherrschaft, durch ein hartes, zynisches Weltbild und damit Abwehr, als *schwächlich* verachteter humanistischer Werte und durch Beschämung und Verachtung gegenüber jüdischen und non-konformen Mitbürgern: sie wurden beschämt, entwürdigt, weggeschafft, zu bloßen Ziffern entwertet und vernichtet. Der Holocaust beschränkte sich ja nicht darauf, Millionen Menschen zu ermorden, sondern diese wurden vorher millionenfach beschämt, verachtet, verhöhnt, erniedrigt und zu Zahlen gemacht. Wie bei der mittelalterlichen Bestrafungspraxis des Prangers waren öffentliche Beschämungen eine der wesentlichen Methoden des Nazi-Terrors. Zum Beispiel wurden jüdische oder nicht-konforme Bürger öffentlich gedemütigt, indem sie mit Schildern durch die Straßen getrieben oder ihre Haare abgeschnitten wurden.

Soweit der Nationalsozialismus. Wo aber ist diese *deutsche Scham* nach 1945 geblieben? Hat diese sich etwa in Luft aufgelöst? Wohl kaum. Angesichts einer weiteren Kriegsniederlage - Verlieren gilt ja traditionellerweise als schändlich - angesichts millionenfacher traumatischer Erfahrungen an der Front und in Kriegsgefangenschaft, in Luftschutzbunkern, durch Vergewaltigungen, Flucht und Vertreibung - Traumata hinterlassen Schamgefühle. Und angesichts der millionenfachen Verbrechen des Holocaust und der Wehrmacht - Verletzungen des Gewissens hinterlassen Schamgefühle.

Scham und noch mehr Scham also, die - so meine zweite These - in unsere Gesellschaft „eingesickert“ ist und unsere zwischenmenschlichen Beziehungen bis heute latent vergiftet. Zwar hat die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zweifellos viel an Humanität und Freundlichkeit gewonnen. Unser Grundgesetz betont gleich in Artikel 1: *Die Würde des Menschen ist unantastbar*. Tatsächlich aber *wird* die Würde von Menschen tagtäglich verletzt. Es beginnt schon im täglichen Straßenverkehr – mit den verbreiteten, verächtlichen Handbewegungen. Eine französische Journalistin schrieb einmal: Wir nehmen den Deutschen nicht übel, *dass*, sondern *wie* sie Mercedes fahren. Scham und ihre Abwehr ist so sehr Teil unserer Kultur geworden, dass wir sie oft nicht mehr bemerken, etwa wenn alte Menschen mit *Schrott* verglichen werden, wenn Arbeitslose als *arbeitsscheue Schmarotzer* und *Wohlstandsmüll*, oder Ostdeutsche als *zurückgebliebene Oassis* verhöhnt werden. Oder wenn Lehrer – wie kaum eine andere Berufsgruppe – öffentlich beschämt werden, so durch Politiker als *faule Säcke* oder durch Medien wie den Spiegel, der wiederholt Lehrer charakterisierte als *Studienversager, Mittelmäßige, Unentschlossene, Ängstliche und Labile, kurz gesagt Doofe, Faule und Kranke*<sup>83</sup>.

In dieser Beschämung gründet meines Erachtens die deutsche Bildungsmisere. Wie kann Schule gelingen, wenn die wichtigsten Akteure permanent öffentlich erniedrigt werden - Lehrer, aber auch Schüler - viele Kinder und Jugendliche erfahren Erniedrigungen - im Elternhaus, durch Mitschüler oder in der Schule. Anedore Prengel und Friederike Heinzel schätzen, dass in jedem dritten oder vierten Klassenzimmer Schüler missachtet werden.<sup>84</sup> Es geht oft weiter in der Berufs-Ausbildung, bei der Bundeswehr oder in der Hochschule. So wird Scham von der einen an die folgende Generation weiter delegiert.

---

<sup>82</sup> Bernhard Wutka, Peter Riedesser, Ernst Jünger: Heroisierung und Traumasucht.. In: Wolfram Mauser & Carl Pietzcker (Hg.), Trauma. Freiburger Literaturpsychologische Gespräche. Jahrbuch für Literatur und Psychoanalyse 19, Würzburg 1999, S. 151–163.

<sup>83</sup> Marga Bayerwaltes, zit. in Jochen Bölsche, Pusch am Kind. In: Der Spiegel 20/2002, S. 96-123

<sup>84</sup> Anedore **Prengel**/Friederike Heinzel, Anerkennungs- und Missachtungsrituale in schulischen Geschlechterverhältnissen. In: Christoph Wulf & Jörg Zirfas (Hg.). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft: Innovation und Ritual. Jugend, Geschlecht und Schule, Beiheft 2, S. 115-128.

Ein Medium dieser Weitergabe ist der Geschichtsunterricht. So lehrt beispielsweise der Geschichtsdidaktiker Henke-Bockschatz folgendes Lernziel: „Die Schüler sollen begreifen, welche Ungeheuerlichkeiten Menschen in dieser Zeit anderen Menschen angetan haben und darüber Betroffenheit, Entsetzen und Scham empfinden.“<sup>85</sup> Lernziel Scham: Kein Wunder, dass der Nationalsozialismus zu einem Erbe geworden, dessen sich etwa 2 von 3 deutschen Jugendlichen schämen. Obwohl sie Jahrzehnte später, zwei oder drei Generationen später geboren wurden. Dies ergab eine Untersuchung von Konrad Brendler.<sup>86</sup>

Ich bin überzeugt, dass es für die deutsche Gesellschaft fruchtbar wäre, wenn wir uns bewusst mit Scham auseinandersetzen - als Prophylaxe gegen den Rechtsextremismus, der ja die unbewußten Schamgefühle seiner Anhänger zu instrumentalisieren versteht; für gelingende Schule und für eine humanere Gestaltung unserer zwischenmenschlichen Beziehungen.

Die Psychologie der Scham kann uns helfen, den Begriff der Menschenwürde - der ja häufig als vage, unbestimmt erlebt wird - mit Leben zu füllen. Dazu ist es notwendig, Scham überhaupt zu erkennen - und Beschämungen (personale wie strukturelle) zu benennen. Diesbezüglich stehen wir noch ganz am Anfang. Denn Scham ist gesellschaftlich, auch in der Pädagogik, kein Thema - bisher. Dabei ist es absurd, Nationalsozialismus, Holocaust und Menschenrechte zu unterrichten in einer Schule, deren Klima durch Beschämungen vergiftet ist.

Erst das Bewusst-machen und Verstehen der Scham eröffnet die Chance, dass wir sie nicht weiter abwehren müssen, etwa indem Schüler entwürdigt werden. Dazu ein Beispiel: Während einer Fortbildung mit dem Kollegium eines Gymnasiums meldete sich ein älterer Lehrer zu Wort: *Als ich vom Thema dieses Fortbildungstages hörte, war ich sehr skeptisch. Aber eben ist mir klar geworden, dass ich als Schüler unter dem beschämenden Verhalten meiner Lehrer sehr gelitten habe. Und dasselbe habe ich die ganzen Jahrzehnte als Lehrer gegenüber meinen Schülern wiederholt.*

Unbewußte Scham trennt und vergiftet die Beziehungen. Bewusst gemachte Scham dagegen kann tiefe emotionale Verbundenheit schaffen. Dies erlebte ich z.B. bei einem Seminar, an dem Deutsche, Israelis und Palästinenser teilnahmen. Die ersten Tage waren durch die politischen Meinungsverschiedenheiten dieser drei Gruppen bestimmt. Das änderte sich, sobald Scham zum Thema wurde.

Der folgende Gruppenprozess war sehr aufwühlend, es flossen auch viele Tränen -aber daraus entstand ein gemeinsamer emotionaler Boden.

---

<sup>85</sup> Dietmar von Reeken, Holocaust und Nationalsozialismus als Thema in der Grundschule? Politisch-historisches Lernen im Sachunterricht. In: Dagmar Richter (Hg.). Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 199-214

<sup>86</sup> Konrad Brendler, Die NS-Geschichte als Sozialisationsfaktor und Identitätsballast der Enkelgeneration. In: Dan Bar-On; Konrad Brendler & Paul Hare (Hg.): ‚Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln...‘ Identitätsformationen deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust, Frankfurt a.M. 1997, S. 53–104.

*Verteidigung der Demokratie und innerjüdische Debatten*

1925 wohnten 564 000 Juden in Deutschland, ein Drittel von ihnen in der Metropole Berlin, etwa sechzehn Prozent aller Juden stammten aus Osteuropa. Welche Entwicklungen hatten sie durchlaufen? Welche Erfahrungen prägten sie zur Weimarer Zeit? Wie standen sie zur Politik? Was war ihre Rolle in der Entwicklung des Parlamentarismus und der Durchsetzung der Demokratie in Deutschland? Aber auch: Welche inneren Debatten prägten das geistig-kulturelle Leben dieser kurzen Epoche? Eine grundlegende Erfahrung war der lange Weg zur rechtlichen Gleichstellung.

*In der Politik vor der Gleichberechtigung: Kampf um gleiches Recht 1791-1871*

1791 berichteten die Zeitungen in Deutschland von der Gleichberechtigung der Juden in Frankreich, die dort ohne Vorbedingungen erfolgt war, doch im deutschsprachigen Raum tat man sich damit sehr schwer.<sup>87</sup> Nach 1814 wurden Juden Rechte, die ihnen in französisch besetzten oder beeinflussten Territorien („Königreich „Westphalen“ 1807-1814) zugeteilt worden waren, an vielen Orten wieder genommen. Die Juden mussten nun politisch für ihre rechtliche Gleichstellung kämpfen, obwohl sie in den meisten Staaten nicht wahlberechtigt waren.

So behielten die pfälzischen Juden in der neuen bayerischen Rheinpfalz ihre lokalen Bürgerrechte aus französischer Zeit (1792-1814), doch auf Landesebene in Bayern wurden sie Bürger zweiter Klasse, hatten kein Wahlrecht zum Landtag und durften auch nicht politische Ämter auf Landesebene wahrnehmen. Noch 1850 organisierte der bayerische katholische Klerus eine massive Protestkampagne gegen die von der liberaler eingestellten Regierung geplante rechtliche Gleichstellung.<sup>88</sup> Die Sache wurde daraufhin verschoben. Schon in den 1820er Jahren entwickelten sich andernorts Emanzipationsdebatten, so zwischen 1821 und 1828 in Württemberg und 1831 bis 1846 in Baden.<sup>89</sup> Preußen behielt nach 1815 seine 21 verschiedenen Provinz-Judenordnungen bei, nur in Altpreußen (nach dem Gebietsstand von 1812) erfreuten sich Juden auf kommunaler Ebene einer vergleichsweise guten Stellung. Administrative Verordnungen aber hatten auch hier nach 1814 zur Zementierung eines Bürgerrechts zweiter Klasse geführt.<sup>90</sup>

---

<sup>87</sup> Jacob Lestschinsky, Statistik, in: Jüdisches Lexikon, Bd. IV/2, Sp 633, vgl. Heinrich Silbergleit: Statistik der Juden im Deutschen Reich, Band 1: Preußen, Berlin 1930; Simon Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Bd. 8, Berlin 1928, S. 83-121. Quellen waren die „Staatsanzeigen“ des Göttinger Historikers August Ludwig von Schlözer (1735-1809), von Biester die „Berliner Monatsschrift“, Alexander Bran publizierte „Gesammelte Aktenstücke und öffentliche Verhandlungen über die Verbesserung der Juden in Frankreich“, Hamburg 1806/07. Im hebräischen aufklärerischen „Meassef“ (Sammler) und natürlich im französischen „Moniteur“ waren die Debatten ebenfalls zu verfolgen; Simon Schwarzfuchs: Histoire de Juifs en France, Paris 1975, David Feuerwerker: Émancipation des Juifs en France. De l’Ancien Régime à la fin du second Empire, Paris 1976; Esther Benbassa: Geschichte der Juden in Frankreich, Berlin 2002; Meyer, Michael A.(Hg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, 2. Bd., München 1996, S. 15-56 (nun: Meyer, Deutsch-Jüdische Geschichte).

<sup>88</sup> James F. Harris, The people speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth Century Bavaria, Ann Arbor 1994; Jacob Toury: Soziale und politische Geschichte der Juden 1847-1871, Düsseldorf 1973, S. 295f.

<sup>89</sup> A. Tänzer, Die Geschichte der Juden in Württemberg, ND: 1983, S. 10-31; Reinhard Rürup, Die Emanzipation der Juden in Baden, in: Ders., Emanzipation und Antisemitismus, Göttingen 1976, S. 37-73; Stefi Jersch-Wenzel, Rechtslage und Emanzipation, in: Meyer, Deutsch-Jüdische Geschichte (wie Anm. 1), Bd., 2, S. 37-40.

<sup>90</sup> Dubnow, Weltgeschichte, Bd. 9, S. 34-43, Annegret Bramer, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preussen 1812

Die konservative preußische Regierung sah den Staat als „christlich“ an, Juden durften keine politischen Ämter ausüben, nicht Professoren, ja nicht einmal Lehrer an den christlichen Volksschulen werden. 1843 und 1846 waren das Provinzparlament des Rheinlands und die Zweite Kammer des badischen Landtags nach einem Generationenwechsel der Politiker und jüdischen „lobbying“ durch Gabriel Riesser oder den Bankier Abraham Oppenheimer in Köln für die Gleichstellung, doch die Regierungen legten die Sache in die Schublade.

Zur Zeit der Paulskirche-Versammlung wurde Gabriel Riesser, der in Heidelberg summa cum laude in Recht promoviert hatte, zum Abgeordneten gewählt.<sup>91</sup> Er setzte sich in einer fulminanten Rede für die Gleichstellung der Juden ein und konnte das bildungsbürgerlich geprägte Parlament davon im August 1848 überzeugen.<sup>92</sup> Riesser war zeitweise Vizepräsident der Deutschen Nationalversammlung und gehörte zur Delegation, die dem preußischen König die Krone antrug. Er war ein redegewandter Verfechter des Parlamentarismus, doch setzte das preußische Militär dem Anliegen der Paulskirche-Versammlung brutal ein Ende.<sup>93</sup> Nach 1849 herrschte wieder die konservative Reaktion in Deutschland.

Allerdings blieben einige Errungenschaften der in der Paulskirche verkündeten „Grundrechte“ in gewissen Ländern. So durften in Baden Juden nach 1848 auch „direktive“ Ämter ausüben, d.h. sie durften Mitglieder von Gemeinde- und Stadträten werden. Vorher durften sie allenfalls Mitglieder in den beratenden Bürgerausschüssen werden, aber auch nur dann, wenn sie zuvor reguläre Ortsbürger geworden waren, was ihnen gerade an den vielen kleineren Orten nicht leicht gemacht wurde. Nun aber durften sich jüdische Kandidaten uneingeschränkt an der politischen Arbeit beteiligen. So wurde der jüdische Rechtsanwalt Elias Eller in Mannheim gewählt, bevor die Rechtslage in Baden geändert worden war und erst nach einiger Zeit stimmte die badische Regierung zu. Rudolf Kusel wurde in Karlsruhe erster jüdischer Landtagsabgeordneter. Minister Karl Mathy wollte ein weiteres Zeichen setzen und sprach sich sehr für den Durlacher Rechtsanwalt Moritz Ellstätter als seinen Nachfolger als Präsidenten des Finanzministeriums aus (1868).<sup>94</sup> Ellstätter blieb der einzige jüdische Minister eines deutschen Staates zur Kaiserzeit, während dies in Frankreich nach 1848 gang und gäbe war (Achilles Fould, Adolphe Crémieux etc.).<sup>95</sup>

Nach 1859 gab es einen erneuten Anlauf und die meisten deutschen Staaten erteilten bis 1867 die Gleichstellung (Baden 1862/72, Württemberg 1864, Bayern 1867).<sup>96</sup> Wichtig war der Norddeutsche Bund (1869), da im preußischen Staat und den mit ihm verbündeten Ländern die meisten Juden wohnten. Es war hier mehr die nüchterne Staatsraison, die nahe legte, dass Ausnahmegesetze in einem zunehmend unter preußischer Führung vereinigten Deutschland nicht mehr in die politische Landschaft passten.

Auch die jüdischen Politiker, die in den 1880er Jahren groß wurden, hörten sicherlich noch von ihren Eltern und Großeltern von diesen Auseinandersetzungen. Es wäre hier zu fragen, ob die Erfahrung der Diskriminierung einige bürgerlich arrivierte Juden dazu führte, sich für die Sozialdemokratie einzusetzen, etwa den in Berlin geborenen Textilkaufmann Paul Singer (1850-1932)<sup>97</sup>, der ein wichtiger Unterstützer der SPD und Reichstagsabgeordneter war (1884-1911, Vorsitz der SPD 1890 mit August Bebel), oder etwa der „Revisionsist“ Eduard Bernstein (1850-1928), der ebenfalls für die SPD im Reichstag saß (Amtszeiten 1902-1907,

---

bis 1847 (...), 1987, Albert A. Bruer, *Geschichte der Juden in Preußen (1750-1820)*, 1991.

<sup>91</sup> Arno Herzig, Gabriel Riesser, Ein jüdischer Deutscher: Der Kampf des jungen Gabriel Riesser für die Gleichberechtigung der Juden 1830-1848, in: *Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden*, Hamburg 2008 (im Druck), 13.Jg., Heft 1 (2003), S. 211-236.

<sup>92</sup> Zu Gabriel Riesser siehe [www.gabrielriesser.de](http://www.gabrielriesser.de)

<sup>93</sup> Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1994, S. 595-673.

<sup>94</sup> Den Titel „Minister“ erhielt Ellstätter erst später, siehe Rosenthal. *Heimatgeschichte*, S. 377.

<sup>95</sup> Pierre Birnbaum: *Les Fous de la République. Histoire politique des es juifs d'état, de Gambetta à Vichy*, Paris 1992; Kaufmann, *Juden in der Haute politique française 1870-1939*, in: *Aschkenas* 9/1999, Heft 1, S. 151-168.

<sup>96</sup> Toury, *Soziale Geschichte*, S. 299-333 (wie Anm. 2).

<sup>97</sup> Ursula Reuter, *Paul Singer (1844-1911). Eine politische Biographie*, Düsseldorf 2004.

1912-1918, 1920-1928).<sup>98</sup> Zu dieser Gruppe gehörten auch die jüngeren Ludwig Frank und Ludwig Marum. Frank stammte aus der badischen Landgemeinde Nonnenweier, Marum war im pfälzischen Städtchen Frankenthal geboren worden, wuchs aber in Bruchsal auf.<sup>99</sup> Beide verdienten sich noch zur Zeit des Kaiserreiches ihre Sporen als Anwälte und kommunale Politiker. Frank wurde 1904 Stadtverordneter in Mannheim und zweiter Vorsitzender der badischen SPD und saß seit 1907 im Reichstag.

Hier zeigen sich auch zwei Wege in der Haltung zu den jüdischen Gemeinden. Während Frank keinen Drang spürte in Analogie zu vielen christlichen Parteigenossen aus seiner Religionsgemeinde, der jüdischen Gemeinde Mannheim, als „Dissident“ auszutreten - vielleicht war die Mannheimer Gemeinde für sozialdemokratische Mitglieder offener, als die regierungsnahe Karlsruher? -, machte Marum nach seinem Studium und seiner Niederlassung in Karlsruhe 1908 in der jüdischen Hauptgemeinde nicht mit und soll bis 1910 sogar der orthodoxen Austrittsgemeinde „Israelitische Religionsgesellschaft“ angehört haben.<sup>100</sup>

Waren es wirklich nur die Bindungen seiner Frau zu ihrer ländlich-konservativen Familie<sup>101</sup> oder hielt er Distanz zur arrivierten Karlsruher konservativen jüdischen regierungsnahen Oberschicht, die einen armen jungen Rechtsanwalt wie ihn vielleicht nicht gerade mit offenen Armen aufnahm, besonders wenn er als Sozialist zusätzlich gegen den bürgerlichen Konsens verstieß? Andererseits war er doch sehr in ein jüdisches soziales Netz eingebunden. Zu seinen Freunden zählten zwei jüdische Künstler, seine Kanzlei teilte er mit jüdischen associés.<sup>102</sup> Privat sammelte er Judaica. Dass er doch Gemeinschaft suchte, zeigt sein Beitritt zur Freireligiösen Bewegung, der in Baden viele Sozialdemokraten angehörten.<sup>103</sup> Diese Hinwendung erklärt sich daraus, dass die lutherische Landeskirche in Baden sehr staatskirchlich ausgerichtet und der Großherzog zugleich ihr oberster Bischof war. Liberale hatten es innerkirchlich in Baden um 1900/1933 schwer, von Sozialisten ganz zu schweigen.

Auch in anderen Ländern waren jüdische Politiker in oppositionellen Parteien vertreten. Es wundert deshalb nicht, dass sie nach 1918 gerade in der neuen politischen Elite Zugang fanden. So in den neuen (kurzlebigen) Regierungen (1918/19) in Bayern (die Sozialisten Ministerpräsident Kurt Eisler, Eugen Leviné und Gustav Landauer) und Baden (der der Fortschrittlichen Volkspartei gehörende Ludwig Haas (1875-1930) und der Sozialdemokrat Ludwig Marum (1882-1934).

Rechtsnationale antisemitische Kreise ertrugen dies überhaupt nicht: Die Sozialistin Rosa Luxemburg, Eisner und Leviné wurden alle 1919, der ursprünglich Nationalliberale und Industrielle (AEG) Walther Rathenau als Außenminister wurde im Juni 1922 ermordet.<sup>104</sup>

Doch nicht nur in der Politik waren Juden tätig, innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gab es hitzige Debatten um den richtigen Weg in die Moderne, deren Wurzeln ins 19. Jahrhundert zurückführen, aber erneut zur Weimarer Republik ausgefochten wurden.

---

<sup>98</sup> Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918*, Tübingen 1968.

<sup>99</sup> Monika Pohl, *Ludwig Marum (1882-1934). Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Weg in der badischen Arbeiterbewegung*, Heidelberg 2000, S. 75-86.

<sup>100</sup> Ebd., S. 222.

<sup>101</sup> Schon Rabbiner Adolf Lewin verwies 1909 in seiner Geschichte der badischen Juden auf die Tatsache, dass Juden aus „strengkonservativen“ Landgemeinden in den 1860er Jahren liberale Gemeinden mit Musikbegleitung und dem (liberalen) Mannheimer Gebetbuch gründeten: Offenburg, Freiburg und Konstanz. Es gab also schon auf dem Lande eine Gruppe, die sich der Moderne nicht verschloss, durch die ländliche Sozialdisziplin aber am Einführen von Neuerungen gehindert wurde (ebd., S. 385).

<sup>102</sup> Pohl, *Ludwig Marum*, S. 105 (wie Anm. 13).

<sup>103</sup> Ebd., S. 249. Die Mitgliedschaft ist für das Jahr 1927 nachgewiesen.

<sup>104</sup> Richard Lewinsohn, Rathenau, Walter, in: *Jüdisches Lexikon*, Bd. IV/2, Sp. 1249-1251. Neuere Literatur über Rathenau ist über die Bibliographie des Leo Baeck Institute Year Books (London 1956 ff.) zu erschließen.

## *Debatte um ein modernes Judentum*

Das zweite große Thema des 19. Jahrhunderts für die deutschen Juden war neben dem Kampf um Gleichberechtigung die Debatte um die Modernisierung des Gottesdienstes.<sup>105</sup> Diese Debatte setzte sich zur Weimarer Zeit fort und so muss ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung geworfen werden.

Viele Juden verstanden die hebräische Liturgie nicht, wollten aber den Gottesdienst und die Riten begreifen. Die Aufklärung hatte in ihren Reihen viele Anhänger gefunden. Sie überdachten viele überkommene Gewohnheiten kritisch. Sollte man den Gottesdienst, der am Samstagmorgen (Schabbat) gut zweieinhalb Stunden dauert, nicht kürzen? Konnten die Meisten deutsche Gebete besser verstehen? Oder war dies ein Einbruch in die heilige Tradition der Vorväter, für deren Aufrechterhaltung tausende Juden im Mittelalter Märtyrer geworden waren? Was war von den altertümlichen Scheidungsbräuchen zu halten? Was vom Verzicht des Bruders eines verstorbenen Ehemannes auf die Ehe mit der Witwe (Leviratsehe)? Sollte gar eine Orgel oder ein Harmonium den oft etwas schütterten Gemeindegesang begleiten dürfen, oder war dies eine verbotene Nachahmung nichtjüdischer Bräuche? Zwischen 1837 und 1845 trafen sich mehrere Dutzend Rabbiner. Heftige Debatten entspannten sich und die drei religiösen modernen Strömungen entstanden im deutschsprachigen Judentum. Dieses Muster wurde in den 1850er Jahren durch die große Auswanderung sogar in die USA ausgeführt, wo es heute noch existiert.<sup>106</sup>

In Deutschland kam es zu Spaltungen: 1851 organisierte sich eine Israelitische Religionsgesellschaft in Frankfurt unter Anführung von Rabbiner Samson Raphael Hirsch als separater privater Verein neben der liberal dominierten Hauptgemeinde.<sup>107</sup> 1869 traten in Karlsruhe zwei Dutzend traditionalistische Familien unter B. H. Wormser nach dem badischen Kirchenrecht aus der Israelitischen Religionsgemeinschaft aus und bildeten rechtlich die erste Austrittsgemeinde in Deutschland.<sup>108</sup> Hier war der geplante Neubau der Synagoge mit einer Orgel der Grund. Eine Mehrheit der Gemeindeversammlung hatte sich dafür ausgesprochen. Andere Orthodoxe wollten in der Gemeinde verbleiben und dort weiter für ihre Sache wirken („Gemeindeorthodoxie“), so etwa die orthodoxen Familien in Mannheim, die in der „Klaus-Synagoge“, dem Bethaus einer durch die Gemeinde verwalteten ursprünglich privaten religiösen Stiftung, ihren Treffpunkt hatten, während die liberalen Mitglieder in die neu erbaute Hauptsynagoge mit Orgel und Kanzel gingen und auch ein leicht anderes Gebetbuch benutzten, das der Stadtrabbiner Moses Präger 1855 zusammengestellt und dem Oberrat zur Genehmigung hatte.<sup>109</sup> Die Konservativen bezogen eine Mittelstellung, sie wollten nur die Dinge ändern, die bei einer Mehrheit der Juden außer Gebrauch gekommen waren und schreckten vor tieferen Eingriffen in die Liturgie zurück. Die privaten Rabbinerseminare waren nach diesem Muster organisiert: in Breslau das Jüdisch-Theologische Seminar konservativer Richtung (1854-1938), in Berlin wirkten die liberale Hochschule für die Wissenschaft des Judentums (1872-1942) und das orthodoxe Rabbinerseminar (1873-1938).

Nach 1900 bildeten sich innerjüdische Parteien aus. Den wichtigsten äußeren Anstoß hatte die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ 1897 gegeben. Die Liberal-Religiösen riefen 1908 eine „Vereinigung für das liberale Judentum“ ins Leben. Sie hatte 1919 47 Ortssektionen und etwa zehntausend Mitglieder. Allerdings blieben die Wahlen zu den jüdischen Religionsgemeinden persönlichkeitsgeprägt. Man wusste, welchen Standpunkt ein Kandidat einnahm. 1912 ereignete sich ein heftiger Streit über die liberal-religiösen „Richtlinien“, die der liberale Dachverband initiiert hatte. Die Orthodoxie sah diese als Verrat an den Grundprinzipien des Judentums an.<sup>110</sup> Der erste Weltkrieg ließ kurz danach kaum Platz für innerjüdische religiöse Debatten.

---

<sup>105</sup> Michael A. Meyer: *Response to Modernity*, Oxford 1988, S. 100-142, Mordechai Breuer: *Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich*, Frankfurt 1986, vgl. den kurzen Hinweis von Lewin, *Geschichte*, S. 291.

<sup>106</sup> Meyer, *Response*, S. 225-263, 353-386.

<sup>107</sup> Meyer, *Response*, S. 77-79.

<sup>108</sup> Lewin, *Geschichte*, S. 385-394; Berthold Rosenthal: *Heimatgeschichte der badischen Juden*, Bühl 1927, S. 373-376.

<sup>109</sup> Lewin, *Geschichte*, S. 325-334.

<sup>110</sup> Michael Brenner, *The Renaissance of Jewish Culture in Weimar Germany*, Yale 1996, S. 51f.

Die Berliner Sektion der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gründete dagegen 1919 die „Jüdische Volkspartei“. Diese setzte sich für die Pflege von „jüdischer Tradition und Geschichte“, für eine Rückkehr zur jüdischen Volksschule, gegen gemischte Ehen und die Taufe, sowie für jüdische Sozialarbeit und die „Teilnahme am Aufbau eines jüdischen Nationalheims“ ein.<sup>111</sup> Ihre Gemeindepolitik sollte sie von den Aktivistinnen der Zionistischen Vereinigung schließlich doch unterscheiden. Letztere hatten wenig Interesse an der „Eroberung der Gemeindestuben“, wie dies noch Theodor Herzl um 1900 gefordert hatte. Die Jüdische Volkspartei soll nach eigenen Angaben über zweihundert Ortssektionen und zwanzigtausend Mitglieder verfügt haben. In Berlin konnte sie im Verbund mit den ostjüdischen Mitgliedern und der Orthodoxie 1926 sogar das liberale Establishment für eine Wahl-Periode ablösen. Die Zionistische Vereinigung gewann bis 1926 Mitglieder, verlor aber bis 1929 wieder viele. Es gab also nach 1919 eine innerjüdische „Gemeindepolitik“, deren Debatten oft mit harten Bandagen ausgetragen wurden. In Baden trat die Volkspartei nicht unter diesem Namen in den Gemeinden an. In Karlsruhe waren von sieben Mitgliedern des Synagogenrats vier liberal und drei „konservativ“ (was Gemeindeorthodoxe und Zionisten einschloss), in der Mitgliedervertretung ergab sich ein ähnliches Verhältnis von 16 Liberalen und 12 Konservativen.<sup>112</sup> Leicht stärker waren die Liberalen in Mannheim.

Grundlegende Entwicklungen hatten die Struktur der jüdischen Gemeinschaft bis 1914 verändert.

### *Gesellschaftliche Prozesse*

In der Folge der Gleichstellung kam es in den 1860er Jahren vermehrt zur Landflucht in Süddeutschland, Hessen und den Rheinlanden bis hinunter nach Friesland.<sup>113</sup> Die städtischen jüdischen Gemeinden vermehrten sich. Dutzende von Synagogen wurden gebaut. Aus Posen wanderten zehntausende in die neue Hauptstadt des Deutschen Reiches, Berlin, ab.<sup>114</sup> Dort bildete sich bald die mit 170 000 Mitgliedern mit Abstand größte Gemeinde Deutschlands.

Die Juden wurden zwischen 1880 und 1914 zu einer großstädtischen Gruppe, ja die Urbanisierung verlief unter ihnen deutlich schneller als unter den Christen: Sechzig Prozent aller Juden wohnten 1925 in Großstädten über hunderttausend Einwohner. Viele konnten sich aus dem Hausiererberuf emporarbeiten und eigene Läden eröffnen. Der Textil- und Landhandel blieb weiter die Domäne der meisten Juden. Allerdings fanden nach 1880 immer mehr Juden Zugang zu den freien Berufen mit akademischer Ausbildung: Urbanisierung, soziale Mobilität und Akademisierung waren die wichtigen Prozesse, die die deutschen Juden durchliefen. Die Zahl der jüdischen Volksschulen nahm auf dem Land immer mehr ab: Gab es 1898 noch 247 jüdische Schulen im Deutschen Reich, so waren es 1932 noch 141.<sup>115</sup> Allerdings gab es in einigen Städten auch Neugründungen, die größer als die Zwergschulen auf dem Lande waren. Ostjüdische Familien bevorzugten für ihre Kinder jüdische Schulen. War die Schule gut, spielte es etwa in München Ende der 1920er Jahre für liberale Eltern keine Rolle, auch wenn diese orthodox geführt wurde.

Michael Brenner schätzt, dass zur Weimarer Zeit die Hälfte der jüdischen Kinder in den drei großen Gemeinden Hamburg, Frankfurt und Köln jüdische Volksschulen besuchten.<sup>116</sup>

---

<sup>111</sup> Brenner, ebd.; Jüdisches Lexikon, Bd. IV/2, Sp. 1243f.

<sup>112</sup> Esther Ramon, Karlsruhe, in: Josef Walk (Hg.): Pinkas HaKehilloth Baden-Württemberg. Hohenzollern, Jerusalem 1986, S. 452.

<sup>113</sup> Uziel O.(skar) Schmelz, Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1982, Heft 2.

<sup>114</sup> Zahl der Juden im Berlin der 1830er Jahre siehe Toury, Soziale Geschichte, S. 34 (1867: 5645 Juden, 1880: 63-64 000 Juden). Eine ausführliche statistische Untersuchung zu den Juden in Preußen lieferte 1930 Heinrich Silbergleit, s. Anm. 1.

<sup>115</sup> Brenner, Renaissance, S. 59 (wie Anm. 24).

<sup>116</sup> Ebd., S. 59.

Viel Kritik wurde am jüdischen Religionsunterricht geübt. Die jüdischen Religionslehrer waren auf sich gestellt. Sie erhielten zwar eine allgemeine Ausbildung an den üblichen Lehrerseminaren, die oft noch sehr christlich geprägt waren (es gab nach 1925 nur noch zwei jüdische Lehrerseminare in Würzburg und Köln, die beide orthodox geführt wurden). Da Judentum weder an den Universitäten, noch an den allgemeinen (christlichen) Seminaren gelehrt wurde, erhielten die jüdischen Religionslehrer von dort keine Unterstützung, wie ihre christlichen Kollegen. Sie mussten ihre Lehrmittel selbst schreiben und eine eigene spezifische Fachdidaktik entwickeln. Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund (DIGB, in Funktion nach 1871) leistete Hilfe bei der Professionalisierung der Lehrerausbildung und der Lehrmittel.<sup>117</sup>

### *Zuwanderung aus Osteuropa*

Mit den 1880er Jahren kamen osteuropäische jüdische Studenten auf Zeit und feste Zuwanderer ins Deutsche Reich. An vielen Orten bildeten sich ostjüdische kleine Betgemeinschaften, denen sowohl der modern-orthodoxe, wie erst recht der liberale jüdische Gottesdienst fremd vorkam. Wie viele aber orthodox waren, ist noch nicht erforscht worden. Nach Pogromen 1903/05 in Russland kamen weitere, und auch in der Folge des ersten Weltkrieges wanderten viele zwischen 1914 und 1921 nach Westen.<sup>118</sup> In Russland herrschte von 1917 bis 1921 Bürgerkrieg und es kam zu massiven Ausschreitungen gegen Juden. Die Zahl der Opfer wird auf über zwanzigtausend geschätzt. Etwa achtzigtausend Juden in Deutschland stammten 1925 aus Osteuropa und machten damit 16% der jüdischen Wohnbevölkerung aus. 1919 wurde ein „Verband der ostjüdischen Organisationen“ gegründet, der der Zionistischen Vereinigung für Deutschland nahe stand.<sup>119</sup> Etwa zweitausend osteuropäische Juden waren nach Baden gekommen. Rosenthal berichtete, dass 1920 einige Flüchtlinge als Landarbeiter in der Pfalz tätig waren.<sup>120</sup>

### *Die antisemitische Bewegung in Deutschland*

In den 1880er Jahren machten sich antisemitische Volkstribune bemerkbar. Seit 1873 konnte man wieder die Krisenstimmung manipulieren. Es kam zu Stellenabbau, viele nichtjüdische Studenten fühlten sich konkurrenziert. Kleinbauern mussten ihre unrentable Zwergwirtschaft aufgeben und in der Industrie Arbeit suchen. Es wurden sogar antisemitische Parteien gegründet: Otto Böckel aus Marburg predigte den hessischen und nordbadischen Bauern, den Modernisierungsverlierern durch den Anschluss an einen europäischen Landesprodukte-Markt, Hass, Hofprediger Adolf Stoecker wollte die Arbeiter durch Judenhass von den Sozialdemokraten wegziehen. Diese Parteien erreichten 1895 immerhin 15 Sitze im Reichstag. Aber auch Vertreter des Bildungsbürgertums wie etwa der Historiker Heinrich von Treitschke machten antisemitische Einstellungen in ihrem Milieu salonfähig, man denke an den durch ihn 1879 losgetretenen Berliner Antisemitismusstreit.<sup>121</sup> Studenten sammelten über zweihunderttausend Unterschriften gegen die Gleichstellung der Juden und überreichten die Eingabe Bismarck. Kirchliche Kreise argumentierten in die gleiche Richtung. Der Herder-Verlag in Freiburg führte sich als Speerspitze katholischer Judenfeindschaft auf, doch auch unter Evangelischen mangelte es nicht an Ablehnung.<sup>122</sup>

---

<sup>117</sup> Uri Kaufmann, Die Professionalisierung der jüdischen Lehrerbildung in Deutschland 1800-1933, in: Frank-Michael Kuhlemann, Hans-Walter Schmuhl, Beruf und Religion im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2003, S. 129-154.

<sup>118</sup> Zimmermann, Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997, S. 22-25; Steven Aschheim, Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German-Jewish Consciousness, Madison 1982.

<sup>119</sup> Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

<sup>120</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 434 (wie Anm. 22).

<sup>121</sup> Peter Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004; Paul Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1986; Hermann Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983.

<sup>122</sup> Michael Langer, Zwischen Vorurteil und Aggression. Zum Judenbild in der deutschsprachigen katholische Volksbildung des 19. Jahrhunderts, Freiburg 1994; Christian Wiese, Wissenschaft des Judentums und protestantische Theologie im wilhelminischen Deutschland: Ein Schrei ins Leere?, Tübingen 1999.

Dagegen wandte sich der „Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV), der eine effiziente Rechtsschutzabteilung aufbaute und offensiv gegen Antisemiten vorging.<sup>123</sup> Besorgte Christen bauten eine Vereinigung zur Abwehr des Antisemitismus auf und auch in Baden war man 1893 hellhörig geworden und rief eine „Vereinigung badischer Israeliten“ ins Leben, die den Juden Hass bekämpfen wollte.<sup>124</sup>

Viele jüdische Studenten mussten in den 1890er Jahren jüdenfeindliche Ausbrüche national-konservativer christlicher Kommilitonen erleben. Burschenschaften führten einen Arierparagrafen ein, diese Bewegung gipfelte im Verein Deutscher Studenten im Jahr 1893.<sup>125</sup> Dagegen gründeten jüdische Studenten eigene Verbindungen, so in Heidelberg die Badenia, die von den christlichen Burschenschaften als nicht satisfaktionsfähig angeschaut wurden.<sup>126</sup> Hier machte der spätere SPD-Politiker Ludwig Marum aus Bruchsal mit, der in seinem Studium durch seinen begüterten Onkel Jonas Katz unterstützt wurde.<sup>127</sup> Einige jüdische Studenten wandten sich unter dem Eindruck dieser Vorfälle dem Zionismus zu. Es entstanden zwei studentische Dachorganisationen, der Kartell Jüdischer Verbindungen (zionistisch) und der K.C. (gegr. 1886, später auf der Linie des Centralvereins).

1897 fand der erste Zionistenkongress in Basel statt und 1912 sprach sich die Versammlung der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ (ZVfD) dafür aus, dass „wirtschaftlich Selbständige“ (!) die Auswanderung ins Land Israel „in ihr Lebensprogramm“ aufnehmen solle, eine etwas lockere Formulierung, die aber trotzdem erst nach heftigen Debatten angenommen worden war.<sup>128</sup> Die älteren Zionisten fürchteten, durch solche Debatten über eine jüdische „Nationalität“ den Antisemiten gratis Propagandamaterial zur Rechtfertigung der Ausgrenzung der Juden ins Haus zu liefern. Die älteren Zionisten verstanden Zionismus als bloße Hilfe für die Auswanderung verfolgter Ostjuden nach Palästina, also als rein philanthropisches klassisch-jüdisches Anliegen.

### *Der erste Weltkrieg 1914-1918*

1914 erklärte Kaiser Wilhelm, dass er „keine Parteien mehr kenne“.<sup>129</sup> Die deutschen Juden zogen für „Gott, Kaiser und Vaterland“ in den Krieg. Nicht nur der „Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“, sondern auch die Zionistische Vereinigung für Deutschland veröffentlichte in ihrer „Jüdischen Rundschau“ einen patriotischen Aufruf.<sup>130</sup>

---

<sup>123</sup> Abraham Barkai, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 1893-1938, München 2002 (nun: Barkai, Centralverein), S. 198; vgl. die These von Jacob Borut, *A New Spirit Among Our Brethren in Ashkenaz, German Jewry's Change in Direction at the End of the 19th Century*, Jerusalem 1999 (hebr., Diss.); Ders., „Wehrt Euch“: Die Gründung des Centralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, Jerusalem 1996 (hebr.); Ders., *Der CV und seine Vorgeschichte: Deutschlands Juden am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Jüdischer Almanach* 1995, S. 99-110.

<sup>124</sup> Initiator war Albert Seeligmann aus Mannheim, zugleich Mitglied des Oberrats, siehe Rosenthal, *Heimatgeschichte*, S. 392 (wie Anm. 22). Zwischen 1893 und 1908 existierte ein eigenes Mitteilungsorgan „Nachrichten der V.B.I.“, das nach dem aktuellen Stand des Karlsruher Virtuellen Katalogs (KVK) nur in einem Exemplar in der Tel Aviver Universitätsbibliothek nachgewiesen ist.

<sup>125</sup> Norbert Kampe, *Studenten und „Judenfrage“ im deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1988.

<sup>126</sup> Norbert Giovannini, *Jüdische Studentinnen und Studenten in Heidelberg*, in: Ders. (Hg.): *Jüdisches Leben in Heidelberg*, Heidelberg 1992, S. 204-207.

<sup>127</sup> Pohl, *Ludwig Marum*, S. 87-99, 317ff. (wie Anm. 13).

<sup>128</sup> Steven Poppel, *Zionism in Germany 1897-1933*, Philadelphia 1977.

<sup>129</sup> Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, 2. Bd., München 1995, S. 778-787.

<sup>130</sup> [www.compactmemory.de](http://www.compactmemory.de)

Nur einige kritische Intellektuelle markierten Distanz, etwa Gerhard (Gershom) Scholem oder Walter Benjamin, in Baden Ludwig Marum, was nach Kriegsausbruch die Bewilligung von Rüstungskrediten anging.<sup>131</sup> Der Sozialdemokrat Ludwig Frank aus Mannheim dagegen stellte sich als Freiwilliger zur Verfügung und fiel auf dem Felde. Rosenthal bringt seine Geschichte prominent in seinem Buch.<sup>132</sup>

Die deutschen Juden hofften jetzt, dass ihr Opfer, ihr Einsatz in den Schützengräben auch zur Durchsetzung ihrer Anerkennung in der Gesellschaft führe. Umso schlimmer war die Enttäuschung, dass im Oktober 1916 die deutsche Heeresleitung eine „Judenählung“ veranlasste, um auf die antisemitischen Unterstellungen einzugehen, dass Juden sich vor dem Fronteinsatz drücken würden.<sup>133</sup> Der katholische Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger hatte mit anderen diese Enquête angeregt. Das Ergebnis war, dass der Anteil der Frontkämpfer durchaus dem Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung entsprach. Da dies aber nicht erwünscht war, publizierte die Heeresleitung diese Untersuchung nicht. Erst der 1919 gegründete Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) machte dies in einem Gedenkbuch.

### *Gerüchte in der Nachkriegszeit (1918ff.)*

Um 1918 kam auch die Fama auf, dass Juden Kriegsgewinnler seien und im Verbund mit den Sozialdemokraten dem angeblich „unbesiegteten Heer“ einen Dolch in den Rücken gestoßen hätten und so die wahren Urheber der deutschen Niederlage und des „Schandfriedens“ von Versailles seien.<sup>134</sup>

Der im Februar 1919 durch Aktivisten des „Alldutschen Verbandes“ gegründete „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ mit 200 000 Mitgliedern bediente diese antisemitischen Ressentiments - auch in Karlsruhe, wie die durch das Stadtarchiv gesammelten Handzettel belegen. Ende Mai 1920 hielt Nathan Stein anlässlich der Eröffnung der Synode der israelitischen Religionsgemeinschaft (31.5.-2.6.1920) eine Rede, in der er das antisemitische Klima der Nachkriegszeit bitter beklagte („sich verwehrte gegen die schmachvollen Anfeindungen unserer Gegner“).<sup>135</sup>

Nach der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau wurde der Schutz- und Trutzbund im Juni 1924 verboten, dessen Mitglieder strömten der NSDAP zu. Gegen die häufigen Übergriffe rechtsnationalistischer Gruppierungen aus den Kreisen des Stahlhelms oder der jungen SA wurde der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unter Einfluss der SPD gegründet.<sup>136</sup> Viele junge Juden machten in ihm mit. So konnten demokratische Versammlungen geschützt werden.

---

<sup>131</sup> Pohl, Ludwig Marum, S. 317ff. (wie Anm. 13)

<sup>132</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 422 (wie Anm. 22), ganzseitiges Bild nach S. 424. Rosenthal betont dessen Verbundenheit zur jüdischen Tradition.

<sup>133</sup> Zimmermann, Deutsche Juden, S. 3 (wie Anm. 32; Barkai, Centralverein, S. 59-63 (wie Anm. 36)

<sup>134</sup> Zimmermann, Barkai, Centralverein, S. 36f., 59-63; siehe auch die Memoiren von Nathan Strauss im Stadtarchiv Karlsruhe, Signatur 8/StS 13/482.

<sup>135</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 431 (wie Anm. 22);, siehe die zit. Erinnerungen Nathan Steins oben.

<sup>136</sup> Barkai, Centralverein, S. 198 (wie Anm. 36); siehe auch Jacob Toury, Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze, Tel Aviv 1997; ders.: Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Ludger Heid/Arnold Paucker (Hg.), Die Juden und die deutsche Arbeiterbewegung bis 1933, Tübingen 1992, S. 215-235. Zum Reichsbanner generell: Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Düsseldorf 1966.

## *Demokratie 1919-1933*

Deutschland wurde nun endlich eine Demokratie.<sup>137</sup> Die vom linksliberalen jüdischen Juristen Hugo Preuss (Berlin, 1860-1925) maßgeblich ausgearbeitete demokratische Weimarer Verfassung<sup>138</sup> - das Vorbild für das spätere Bonner Grundgesetz - stellte auch die jüdische Gemeinschaft vor neue Herausforderungen:

Debatten über das Frauenstimmrecht in den Gemeinden entbrannten, es galt nun neu das allgemeine und gleiche Wahlrecht, nicht mehr eines nach Steuerklassen, und in Preußen versuchten die Synagogengemeinden, sich einen Landesverband zu geben. In Baden bestand dagegen eine alte Tradition eines jüdischen Landesverbands im „Oberrat der Israeliten Badens“ (gegründet 1809) und zur Weimarer Zeit war die Israelitische Religionsgemeinschaft erstmals den christlichen Kirchen ganz gleichgestellt.<sup>139</sup>

Die Weimarer Verfassung sah vor, dass auch nichtkirchliche Religionsgemeinschaften den Status von Körperschaftsrechten und das Recht auf Besteuerung zuerkannt erhalten konnten. 1920 entstand der „Verband der Bayerischen Israelitischen Gemeinden“, der 1921 diese Rechte erhielt.<sup>140</sup> 1921 wurde der „Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden“ gegründet, dem die Anerkennung zwar in Aussicht gestellt, aber nie zugesprochen wurde. Die konservative Ministerialbürokratie zeigte sich hier im Verbund mit den durch die katholische Zentrumspartei geprägten Regierungen sehr zurückhaltend. Sie spielte erfolgreich den großen liberal geprägten Landesverband gegen die Orthodoxen aus, die 1922 einen „Preußischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden“ gegründet hatten.

Der preußische große Landesverband hatte innerjüdisch ein starkes Gewicht, sodass sich die süddeutschen Verbände in Bayern, Baden und Württemberg nicht mit ihm zu einer reichsweiten Organisation zusammenschließen wollten. Für Süddeutschland existierte zur Zeit der Weimarer Republik allerdings ein „regionaler“ Zusammenschluss in einer „Arbeitsgemeinschaft“.<sup>141</sup>

Insgesamt wird die Zahl der Orthodoxen zur Zeit der Weimarer Republik auf etwa zehn Prozent geschätzt, doch waren sie aktivere Wähler als die liberalen Mitglieder und spielten deshalb in der Gemeindepolitik mit den Zionisten zusammen eine größere Rolle. Von den 1925 124 gewählten Delegierten des Preußischen Landesverbandes waren 70 liberal, 31 gehörten der Jüdischen Volkspartei an und 17 waren „Konservative“, d.h. Orthodoxe.

## *Wandel der jüdischen Gemeinden*

Zur Zeit der Weimarer Republik waren die jüdischen Gemeinde vielen Problemen ausgesetzt: der Zuwanderung aus dem Osten, dem wirtschaftlichen Niedergang, der Verweltlichung und Auflösungserscheinungen durch Austritte und gemischte Ehen.

Die ostjüdischen Zuwanderer wollten Sitz und Stimme in den jüdischen Gemeinden, was nicht überall gern gesehen wurde. Sollte die alte „Kultusgemeinde“ sogar eine eher weltlich-kulturell orientierte „Volksgemeinde“ werden? Gab es ein Judentum außerhalb der Religion? Welche innerjüdischen politischen Debatten entwickelten sich? Wie wurden die jüdischen Gemeinden mit der Verarmung zur Zeit der Hyperinflation (1923) fertig?

---

<sup>137</sup> Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

<sup>138</sup> Ebd., S. 98-101.

<sup>139</sup> Die israelitische Religionsgemeinschaft hatte zwar in Baden schon Körperschaftsrechte erhalten und durfte nach 1883 einen Mitgliederbeitrag erheben, doch fehlte ihr beispielsweise eine Vertretung in der ersten Kammer des Badischen Landtags oder an den Universitäten, wie etwa im Falle der evangelischen Konfession die bedeutende Fakultät in Heidelberg. Sie scheint auch bei staatlichen Anlässen bis 1918 nicht gleich wie die Kirchen behandelt worden zu sein: Nathan Stein hat als Präsident des Oberrats diesen Unterschied persönlich miterlebt, vgl. seine Memoiren im Sta Karlsruhe (s.o. Anm. 47).

<sup>140</sup> Zimmermann, Deutsche Juden, S. 10 (wie Anm. 32); Brenner, Renaissance, S. 51 (wie Anm. 24).

<sup>141</sup> Brenner, Renaissance, S. 51 (wie Anm. 24): im Jahr 1928, nach Rosenthal schon 1926, Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 450 (s. Anm. 22).

## *Die Weimarer Verfassung des Oberrats der Israeliten Badens (1923)*

Der Oberrat der Israeliten Badens wurde nach 1919 endlich autonom. Es gab fortan keinen staatlichen Kommissär mehr, der die Sitzungen leitete und die Regierungsbestätigung für die Wahl der Oberratsmitglieder entfiel. Am 14.5.1923 wurde nach längeren Beratungen die neue Verfassung der Israelitischen Religionsgemeinschaft (IRG) Badens verabschiedet.<sup>142</sup> Frauen wurden gemäß dem Vorbild der Weimarer Verfassung zu Wahlen in die Synode und den Oberrat zugelassen, in den lokalen Gemeinden war dies nicht überall der Fall.<sup>143</sup> Aus Mannheim wurde 1926 zum ersten Mal eine Frau in die Synode delegiert, Lily Kuhn.<sup>144</sup> Die Zionisten verlangten ein Zurück zu mehr Tradition, und die Stimmen vieler Ostjuden vergrößerten den Einfluss der Orthodoxie. Die IRG Baden war im Vergleich zu anderen jüdischen Gemeinden sehr liberal, indem sie Reichs-Ausländern nach drei Jahren Mitgliedschaft in der Gemeinschaft und festem Wohnsitz das Wahlrecht einräumte.<sup>145</sup> Der Oberrat als „Exekutive“ der Israelitischen Religionsgemeinschaft umfasste acht Mitglieder und wurde auf sechs Jahre durch die Synode, die „Legislative“, gewählt. Diese sollte alle drei Jahre einberufen werden.

Dazwischen kontrollierte ein Synodalausschuss von acht Mitgliedern die Tätigkeit des Oberrats. Die Stadtgemeinden waren nun stärker vertreten als vorher, Mannheim hatte Anrecht auf acht, Karlsruhe auf vier von gewählten 29 Abgeordneten. Zusätzlich waren drei Rabbiner und zwei hauptamtliche Religionslehrer Synodalen. Der Oberrat durfte keine religiösen Neuerungen gegen den Willen einer Gemeinde einführen. In der „Religionskonferenz“ saßen drei Rabbiner und sechs weltliche Oberräte. Die „vorhandenen Strömungen“ sollten bei deren Zusammensetzung berücksichtigt werden. Für religiöse Gutachten galt Einstimmigkeit. Wenn ein Religionslehrer (der in der Regel auch Kantor war) durch die IRG mitfinanziert wurde, hatte der Oberrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl. Auf jeden Fall hatte er die Dienstaufsicht über alle Religionslehrer und Kantoren.

Die Liberalen konnten sich zwar in Mannheim und Karlsruhe halten, doch mussten sie Konzessionen an die anderen machen. So wurde in Mannheim wieder die hebräische Sprache im jüdischen Religionsunterricht unterrichtet und 1925 eigens dazu der orthodoxe Rabbiner Chaim Lauer (gest. 1948) für die „Klaus“-Synagoge als vollamtlicher Lehrer angestellt. Der liberale Mannheimer Rabbiner Max Grünwald (Amtszeit in Mannheim 1925-1938) setzte sich sehr für die Jugend ein. Man wollte wieder mehr „lernen“, d.h. die religiösen Quellen studieren: Das Freie jüdische Lehrhaus, das Franz Rosenzweig in Frankfurt zwischen 1917 und 1922 konzipiert hatte, hatte Ableger in Mannheim (1929) und Karlsruhe (1928).<sup>146</sup> In der Landeshauptstadt wurde es nach dem neuhebräischen Dichter Chaim Nachman Bialik genannt. In Mannheim wurde die „altjüdische“ Form der Bar Mizwa, der jüdischen Konfirmationsfeier eingeführt. Insgesamt eine Bewegung zu mehr Tradition, wie in ganz Deutschland.

## *Jüdisches Vereinswesen*

Ein jüdisches Vereinswesen war schon im 19. Jahrhundert entstanden. Die Geschichte verlief durchaus nicht linear auf eine Selbstaflösung der jüdischen Gemeinschaft hin zu. Trotz aller Verweltlichung gab es einen sozialen Zusammenhang unter vielen Juden, in kleineren Orten mehr als in größeren.

---

<sup>142</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 442, 504-516 (wie Anm. 22).

<sup>143</sup> Verfassung vom 14.5.1923. Der Entwurf ging auf Rechtsanwalt Max Pfälzer (später Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Weinheim) zurück, s. Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 504-516. Württemberg, Stuttgart 1932.

<sup>144</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 449 (wie Anm. 22).

<sup>145</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 504-516, hier S. 507 § 17.

<sup>146</sup> Brenner, Renaissance, S. 69-99 (wie Anm. 24). Vorbild für Baden war wahrscheinlich das Stuttgarter Lehrhaus, das Leopold Marx 1926 initiiert hatte, ebd. S. 94.

Nach 1893 entstanden örtliche Vereine für jüdische Geschichte und Literatur, die ein Vortragsprogramm anboten, an kleineren Orten besorgte dies die Lokalsektion des 1893 gegründeten Centralvereins.<sup>147</sup> Referenten absolvierten ihre Tournen, wie aus der deutsch-jüdischen Presse zu rekonstruieren ist. Frauenvereine setzten sich für die zugewanderten armen ostjüdischen Familien ein (in Mannheim schon 1906<sup>148</sup>), kulturelle Klubs wie auch jüdische Chöre führten ihre Tätigkeit nach 1918 wieder fort: So etwa die „Liedertafel“ in Mannheim oder die dortige „Ressource“. Für die Weimarer Zeit (1927) führt Rosenthal für Mannheim noch die August Lamey-Loge des Ordens Bne Brith auf, die Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, „orthodoxe und zionistische Verbände“, eine Vereinigung der Ostjuden und der jüdischen Handwerker, die Jugendorganisationen „Blau Weiss“ und „Kameraden“, jüdische Turn- und Sportvereine sowie die akademischer Verbindung „Suevia“ an der Handelshochschule.<sup>149</sup> Die Gemeinde leistete sich zeittypisch ein „Gemeindehaus“ und richtete dort eine Bibliothek mit Lesesaal ein. Seit 1925 wurden dort Freitagabendgottesdienste für Jugendliche und jüngere Erwachsene durchgeführt, die etwas intimer als in der großen Hauptsynagoge waren.

Juden waren aber auch in den allgemeinen Vereinen präsent. Ob Turnvereine in Baden immer mehr unter den Einfluss der national-konservativen Bewegung kamen und Juden von den 1880er Jahren an ausschlossen, muss erst noch erforscht werden: Die Arbeiterturnvereine waren für Juden offen, ebenso die „neuen“ Fussball- und Fahrradvereine. Der Bankierssohn Walter Bensemman aus Karlsruhe hatte dieses englische Spiel neben anderen über die Schweiz nach Deutschland eingeführt und die Zeitschrift „Kicker“ herausgegeben. Osteuropäische Juden, die zu einem größeren Teil dem Zionismus gegenüber freundlich eingestellt waren, bildeten oft eigene Sportvereine, die als „Makkabi“ oder „HaKoach“ (d.h. die Kraft) bezeichnet wurden. Sie bezogen sich auf das von Max Nordau konzipierte „Muskeljudentum“; Juden sollten selbstbewusst und wehrhaft sein.<sup>150</sup> Vorbild waren die antiken Makkabäer, die gegen die Hellenisten erfolgreich gekämpft hatten. Die Erfahrungen mit den Pogromen in Russland 1903/05 mögen das Ihrige dazu beigetragen haben, für Selbstverteidigung bereit sein zu wollen.

An kleinen Orten mussten sich Christen und Juden nach 1918 im Vereinswesen zusammentun: So ging der eigenständige jüdische Chor in Sulzburg 1914 ein und nach 1918 rief man einen gemischten Chor ins Leben. In den 1920er Jahren verstärkten sich die Bemühungen einiger Juden, historische Dokumente zu sammeln, Ritualobjekte zu dokumentieren oder eigene Gemeindearchive zu sichten.<sup>151</sup>

Der Oberrat der Israeliten Badens ließ zwischen 1928 und 1932 Verzeichnisse seiner eigenen Bücherei durch die Druckerei Liepmannssohn in Karlsruhe drucken.<sup>152</sup> Leider kam es in Baden nicht zu einer umfassenden Publikation, wie etwa noch 1932 in Württemberg.<sup>153</sup> Allerdings schrieb Bertold Rosenthal 1927 seine „Heimatgeschichte der badischen Juden“, und dieser Titel war im Zusammenhang mit der Ausgrenzung, die die badischen Juden nach 1918 durch gewisse Milieus verspüren mussten, programmatisch.

Grosse Gemeinden hatten eigene Sammlungen von Kultusobjekten (Toraschrank-Vorhänge, alte Drucke und Handschriften, Gedenkbücher -, „Memorbücher“ -, alte Urkunden, Weinsegen- „Kiddusch“-Becher, alte Beschneidungsbänke, Torawimpel), wie sich aus einem Bericht für Mannheim für das Jahr 1936 erschließen

---

<sup>147</sup> Jacob Borut: Vereine für jüdische Geschichte und Literatur at the end of the Nineteenth century, in: Leo Baeck Year Book 1996, S. 89-114.

<sup>148</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 454 (wie Anm. 22). Einen ersten Überblick gibt der „Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege Deutschlands“, der mehrmals in den Weimarer Jahren herausgekommen ist. Allerdings umfasst er nur die sozial ausgerichteten Vereine und schließt dabei Jugendbewegungen ein, allerdings nicht alle. Eine systematische Zusammenstellung über das jüdische Vereinswesen in Baden oder ganz Deutschland wäre noch zu unternehmen.

<sup>149</sup> Rosenthal, Heimatgeschichte, S. 453 (wie Anm. 22).

<sup>150</sup> Brenner, Renaissance, S. 19 (wie Anm. 24).

<sup>151</sup> Hanna Rauschenberger: Jüdische Tradition im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Hannover 2002.

<sup>152</sup> Die Kataloge sind in der Landesbibliothek Karlsruhe nachgewiesen: Katalog der Bücherei des Oberrats der Israeliten Badens, 3 Bde. 1928-1932, Sign.: O 54 A 442, 1-3.

<sup>153</sup> Synagogen und Friedhöfe in Württemberg, Stuttgart 1932.

lässt.<sup>154</sup> Karl Darmstädter forderte die Errichtung eines „Raumes“, nicht eines Museums, um die ehrwürdigen Ritualia der Vorväter der Jugend zugänglich zu machen.

Gemeinden und neue Landesverbände leisteten sich nach 1920 Mitteilungsorgane.<sup>155</sup> Vorläufer war 1909 die große jüdische Gemeinde Berlin gewesen. 1922 entstand das Israelitische Gemeindeblatt Mannheim/Ludwigshafen (verboten im November 1938), das sich schnell zu einem landesweiten Organ mit zwei Ausgaben (nach 1926 getrennt in eine für städtische und eine für ländliche Gemeinden) entwickelte.<sup>156</sup> Die meisten jüdischen Haushalte werden dieses erhalten haben (Auflage 1936 2071 Expl.).

### *Suche nach Gemeinschaft*

Die Weimarer Republik war auch die Blütezeit der jüdischen Jugendbewegungen<sup>157</sup>: Vom links-zionistischen säkularen Ha-Schomer Ha-Zair (mit eher ostjüdischen Mitgliedern), dessen Ideal die Auswanderung in einen Kibbuz und das Leben als Pionier („Chaluz“) im Lande Israel war, bis zur orthodox-zionistischen „Esra“ war das ganze politische Spektrum vorhanden.<sup>158</sup> Einige jüdische Jugendliche sahen im osteuropäischen Judentum die authentische (unbürgerliche!) Tradition und pilgerten sogar zu den Höfen chassidischer Wunderrabbiner. Martin Buber hatte diese Bewegung durch seine Übersetzung chassidischer Geschichte vorbereitet.

Nichtzionistische Jugendbewegungen gab es auch: Die „Kameraden“ oder die „Jüdische Liberale Jugend“ (JLJ). Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hatte eine Jugendorganisation. Nach Barkai waren „höchstens fünfundzwanzig Prozent“, nach Brenner ein Drittel aller jüdischen Jugendlichen Mitglieder in einer jüdischen Jugendorganisation.<sup>159</sup>

Der national-konservative Flügel des „Wandervogels“ nahm prinzipiell keine Juden auf. Die „Freideutsche Jugend“ war hier offener. Ob jüdische Jugendliche mehr in allgemeinen Organisationen oder in jüdischen waren, ist nicht abgeklärt worden.

### *In der allgemeinen Kultur*

Während im Kaiserreich eher national-konservative Persönlichkeiten den Ton angegeben hatten, gab es nach 1918 eine Umbruchphase. Nun kamen einige Juden in prominente Positionen.

Die Offenheit zur Moderne kennzeichnete viele jüdische Familien bis hinein zur Orthodoxie. Die Kultur der Weimarer Republik hätte es auch ohne Juden gegeben, doch sind ihre Namen prominent<sup>160</sup>: als Schriftsteller Kurt Tucholsky, Siegfried Jakobsohn, Ernst Toller, Alfred Döblin, Else Lasker-Schüler, Vicky Baum, Lion Feuchtwanger, von Wien her Stefan Zweig, Karl Kraus, Arthur Schnitzler und Max Werfel, von Prag Max Brod und Friedrich Torberg, als (gefürchteter) Kritiker Alfred Kerr, im Verlagswesen Rudolf Mosse, Samuel

---

<sup>154</sup> Israelitisches Gemeindeblatt. Offizielles Organ der Israelitischen Gemeinden Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen a.Rh. und des Verbandes der israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz. Sondernummer: Die Gemeinde Mannheim, Nr. 17, 9. September 1936 (22. Elul 5696), 33 Sn. Erna Jacobs hatte im Dezember 1932 im badischen Israelitischen Gemeindeblatt über einen Besuch im „Strassburger Jüdischen Museum“ berichtet, siehe ebd., 14.12.1932, S. 5f.

<sup>155</sup> Brenner, Renaissance, S. 54-57 (wie Anm. 24).

<sup>156</sup> Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 145 (1997), S. 491-499.

<sup>157</sup> Zimmermann, Deutsche Juden, S. 19f. (wie Anm. 32); Brenner, Renaissance, S. 46-49 (wie Anm. 24).

<sup>158</sup> Siehe den Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland, Berlin 1928.

<sup>159</sup> Barkai, Centralverein, S. 142-149, hier S. 143 (wie Anm. 37); Brenner, Renaissance, S. 47 (wie Anm. 24).

<sup>160</sup> Sigmund Kaznelson: Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, 3. Aufl. 1967. Zimmermann verweist darauf, dass nur 2.5% aller „mit Theater und Musik verbundenen Persönlichkeiten“ Juden gewesen waren, s. Zimmermann, Deutsche Juden, S. 35-37 (wie Anm. 32). Allgemein zur Rolle der Juden s. Walter Grab, (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Sachsenheim 1986; Oded Heilbrunner, (Hg.), Die Juden der Weimarer Republik in der Krise der Modernisierung 1918-1933, Jerusalem 1994 (hebr.); Donald Niewyk, Jews in Weimar Germany, Manchester 1980.

Fischer, Leopold Ullstein, als Theaterintendanten Max Reinhardt, als Musiker Arthur Schnabel, Arnold Schönberg, Kurt Weill, Hanns Eisler, Bronislaw Hubermann (der spätere Gründer des palästinensischen Philharmonie-Orchesters), im neuen Bereich des Films als Regisseure Billy Wilder, Fritz Lang, Ernst Lubitsch, in der Kunsttheorie Aby Warburg, in der modernen Architektur Erich Mendelsohn, als Wissenschaftler Albert Einstein, Paul Ehrlich, Richard Willstätter, in der Psychoanalyse Sigmund Freud, in der Soziologie und Wirtschaftswissenschaft Franz Oppenheimer, der Doktorvater von Ludwig Ehrhardt, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft, in der Sozialforschung Max Horkheimer in Frankfurt (1930-1933), in der Sexualwissenschaft Magnus Hirschfeld, ehemaliges Mitglied der Badenia wie Ludwig Marum, in der populären Unterhaltung Emmerich Kálmán, Alexander Granach, Fritzy Massary oder die Comedian Harmonists, man könnte noch viele Namen anführen.

Einige wollten von jüdischer Religion kaum etwas wissen, andere bewegten sich zu ihr hin - etwa Franz Kafka aus Prag. Wieder andere waren in beiden Bereichen parallel tätig, etwa der (jüdische) Kantor und Sänger Joseph Schmidt aus Czernowitz. Einige jüdische Komponisten schufen eine moderne jüdische Musik oder entwarfen jüdische Figuren in ihrem literarischen Wirken, die den „Judentypen“ vieler nichtjüdischer Autoren entgegenstehen sollten.<sup>161</sup>

Im Deutschland der Weimarer Republik waren ostjüdische Künstler und Gelehrte tätig: Hierhin zog sich der Historiker Simon Dubnow aus Russland 1922-1933 zurück, Marc Chagall lebte von 1922 bis 1924 in Berlin. Der bekannte neuhebräische Dichter Schmuël Josef Agnon lebte in Bad Homburg, Chaim Nachman Bialik verbrachte einige Jahre in Deutschland.<sup>162</sup> Jiddische Verlage druckten ihre Werke in Deutschland, und auf Deutsch erschienen die beiden wichtigen Nachschlagewerke, das zionistisch inspirierte Jüdische Lexikon und die breiter angelegte Encyclopaedia Judaica, deren Fortsetzung die Nationalsozialisten allerdings 1934 verboten.<sup>163</sup> Sogar der „Jiddischer wissenschaftlicher Institut“ (YIVO), das bedeutende Forschungszentrum zur Geschichte und Kultur der osteuropäischen Juden wurde im August 1925 in Berlin gegründet und konnte sich über Wilna teilweise nach New York retten.<sup>164</sup>

Das liberale Rabbinerseminar wurde 1919 durch die Verleihung des Professorentitel an den Gelehrten Ismar Elbogen (1874-1943), einen langjährigen Dozenten geehrt und ihm 1920 auch wieder der Name „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ gestattet, was die konservative preußische Bürokratie 1883 verboten hatte.

### *Wandel und Vielfalt innerhalb der Orthodoxie*

In ihren Kreisen wurde die osteuropäische Talmudhochschule nach Deutschland eingeführt, so etwa durch die Familie Breuer nach Frankfurt. Junge Männer aus westeuropäischen orthodoxen Familien besuchten einzeln die berühmten Jeschiwot in Polen oder Litauen (Mir, Voloshin etc.). Umgekehrt kamen auch osteuropäische jüdische Studenten an die liberale „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ in Berlin - etwa Abraham Jehoschua Heschel - oder promovierten in Deutschland, was in diesen Kreisen bis 1914 höchst unüblich gewesen war. So etwa verfasste Joseph Dov Soloweitchik aus einer der prominentesten litauischen jüdischen Gelehrtenfamilien in Berlin eine Promotion über den jüdischen Neukantianer, den Philosophen Hermann Cohen.

In Berlin war das orthodoxe Rabbinerseminar offener als die Frankfurter Austrittsorthodoxie und versöhnte sich 1919 sogar mit dem Frauenstimmrecht (Esriel Hildesheimer), allerdings nur mit dem aktiven.

---

<sup>161</sup> Brenner, Renaissance, S. 130-152, 156-165 (wie Anm. 24).

<sup>162</sup> Ebd., S. 185-191, 197-203, 205-211.

<sup>163</sup> Ebd., S. 111-120.

<sup>164</sup> Ebd., S. 195-197.

David Zwi Hofmann (1843-1921) war hier eine bedeutende Autorität, der „Tora“ mit dem „Weg des Landes“ (Allgemeinkultur, „Derech Erez“) zu vereinbaren suchte. Gerade die Rabbinerseminare litten besonders unter der Wirtschaftskrise, da sie privaten Charakters waren und nur durch freiwillige Spenden unterstützt wurden. Hier griff nach 1923 das American Jewish Distribution Committee („Joint“) ein und half finanziell. Inzwischen waren allerdings neue Zentren jüdischer Gelehrsamkeit im Ausland herangewachsen, besonders in den USA, wo in den 1920er Jahren immerhin vier Millionen Juden lebten. Der größte Teil waren Zuwanderer aus Osteuropa.

### *Wandel des Charakters der jüdischen Gemeinden*

In den jüdischen Gemeinden bildete sich ein Trend zu „Gemeindezentren“ heraus: Die jüdische Gemeinde verstand sich nun nicht mehr als bloße Religionsgemeinde, sondern professionalisierte und zentralisierte ihre fürsorgerischen und kulturellen Aktivitäten. Dies ermöglichte vielen jüdischen Frauen, eine berufliche Karriere im jüdischen Gemeindedienst. Die kleine „HaPoel HaZair“-Partei („Junger Arbeiter“, sozialistisch-zionistisch) wollte noch weiter gehen und verlangte polemisch, dass der Gottesdienst überhaupt nicht mehr durch die „Volksgemeinde“, sondern nur noch rein privat organisiert werden sollte.

### *Wirtschaftliche Tätigkeit*

Die Juden verblieben in den traditionellen Wirtschaftsbereichen. Sie waren zu sechzig Prozent in Handel und Verkehr tätig und zu fast 50% immer noch selbständig. Im Textilhandel nahmen sie eine bedeutende Stellung ein, was sich vor dem Hintergrund der Hausierberufe der Zeit vor der Emanzipation erklären lässt. Einige führten Warenhäuser, etwa die Familien Wertheim, Schocken, Hermann und Leonhard Tietz, Knopf, Adolf Jandorf etc. In den Freien Berufen waren Juden im Anwaltsstand oft vertreten: Bedeutend etwa war der Handelsrechtler Max Hachenburg in Mannheim. Im Reich sollen 23% der Rechtsanwälte und 11% der Ärzte jüdisch gewesen sein.

Der Landhandel hatte sich teilweise in die Städte verlagert: Im Getreide-, Hopfen-, Schlachtvieh- und Weinhandel waren Juden stark vertreten. Auf dem Land gab es immer noch jüdische Textil-, Nutz- und Schlachtviehhändler, doch war ihre Zahl stark sinkend.

Hier besteht noch Forschungsbedarf: So sind die Zahlen, die in dem neuhebräischen Gemeindelexikon Pinkas Hakehillot Baden-Württemberg-Hohenzollern (Jerusalem 1986) angegeben werden, kritisch zu hinterfragen: Machten die Juden in Karlsruhe wirklich über 40% aller Anwälte und 26% aller Ärzte aus? In der Tat war ihnen der Staatsdienst bis 1918 doch in gewissen Bereichen verschlossen gewesen. Allerdings gab es in Baden jüdische Richter und Volksschullehrer, was in Preußen etwa kaum der Fall war. An den badischen Universitäten lehrten jüdische Dozenten. In Heidelberg hielt Friedrich Gundolf in der Germanistik Hof und erfreute sich einer bevorzugten Stellung. Allerdings wurden auch denen ihr Judentum vorgeworfen, die mit diesem gar nichts mehr zu tun haben wollten, etwa der bedeutende Philosoph Edmund Husserl in Freiburg. Darf man ihn deshalb zum Juden erklären, wenn er selbst dies nicht mehr sein wollte?

Jüdische Studenten kamen zu ihm oder zu Martin Heidegger, so etwa Emmanuel Levinas aus Frankreich, Jeanne Hersch aus Genf oder Hanna Ahrendt. Alle drei wurden später wichtige Philosophie-Professoren.

An der Technischen Hochschule Karlsruhe wehte unter einem einflussreichen Teil der Studenten ein anderer Wind. Antisemitisch Eingestellte hintertrieben 1923 die Berufung eines jüdischen Chemikers, so dass dieser schließlich verzichtete. Richard Willstätter, aus einer Karlsruher jüdischen Familie stammend, verließ 1925 aus Protest die Universität München, weil der Antisemitismus bei Berufungen eine Rolle spielte. War es nur ein Wetterleuchten?

## *Wie nahmen Juden die zunehmende Bedrohung (1929/32) durch den Nationalsozialismus wahr?*

Noch 1927 meinte Max Hachenburg, durch Zurückhaltung im öffentlichen Auftreten könnten Juden der antisemitischen Bewegung die Spitze nehmen. Er sollte sich schwer täuschen.<sup>165</sup> Der Centralverein meinte durch viele Klagen die Antisemiten bremsen zu können. Friedhofsschändungen nahmen zu, doch daraufhin angesprochene Kirchenleitungen wiegelten gerne ab.<sup>166</sup> 1929 erschien ihm die antisemitische Agitation für so bedrohlich, dass er das „Büro Wilhelmstrasse“ einrichtete, das Propaganda-Material gegen Antisemiten verteilte. Eine solche Mappe erhielt immerhin eine Auflage von 180 000 Stück. Doch war die Argumentation zu intellektuell. Die Rechtspopulisten hatten dagegen den Stammtisch für sich.

Die Zionisten schlossen 1930 einen Burgfrieden mit dem Centralverein, nachdem sie sich jahrelang heftig befehdet hatten. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten schützte jüdische Versammlungen gegen Pöbeleien der SA oder sprengte antisemitische Kundgebungen mehr oder weniger erfolgreich. Jugendorganisationen wehrten sich aktiv gegen Nazis.

Bis 1930 scheint die Frage der politischen Orientierung der Republik offen gewesen zu sein. Im selben Jahr aber konnte sich die NSDAP erfolgreich als Retter der Nation präsentieren. Auch wenn man verschiedene Gründe für den Zusammenbruch der Weimarer Republik anführen mag: Die wirtschaftliche Not, bedingt durch die Reparationsleistungen, die Verarmung des Mittelstandes durch die Hyperinflation des Jahres 1923, Arbeitslosigkeit, die Verletzung des Nationalgefühls durch den „Versailler Schandfrieden“, die lange politische Instabilität in dieser Zeit, das Andauern der demokratiefeindlichen Eliten in Verwaltung und Heer nach 1918, das Ausliefern der Macht im Staat durch nationalkonservative Parteien an die NSDAP (DNVP, Adolf Hugenberg): Es ist doch beunruhigend zu sehen, wie schnell die Demokratie zwischen 1930 und 1933 verschwand.<sup>167</sup> Es muss um so mehr erstaunen, dass auch das liberale badische „Musterländle“ diesem gesamtdeutschen Trend ohne Abweichung folgte, auch wenn ja über die lange gemeinsame Grenze mit der Schweiz zwischen Basel und Konstanz demokratische Traditionen seit 1831 hinüberwirken konnten: Demokratie war in der Schweiz nicht nur eine „Schönwetter-Angelegenheit“ (1847 hungerten ebenso viele Schweizer wie Badener und auch 1914/18 litt die Wirtschaft in beiden Staaten), sondern war und ist in der Kultur und Mentalität verwurzelt. Die 1874 nach einer Revision der Bundesverfassung eingeführte direkte Demokratie mit ihren Sachabstimmungen und dem Initiativrecht des Stimmvolkes hatte dies verstärkt.

1933 kam die Geschichte des deutschen Judentums zu ihrem Ende, wie Rabbiner Leo Baeck einmal formuliert hat. Die kleine jüdische Gemeinschaft, die sich nach 1945/52 in Deutschland wieder bildete, griff nur sehr beschränkt auf diese alten Traditionen zurück, auch wenn die Repräsentanten der Gemeinden und Dachorganisationen noch lange deutsche Juden waren.<sup>168</sup> Die Mehrheit der zwischen 1952 und 1989 in Deutschland lebenden rund 25 000 Juden stammte ursprünglich aus Osteuropa - vor allem aus Polen und Rumänien - und die Zuwanderung nach 1989 hat die Zusammensetzung noch einmal nachhaltig verändert. Die Mehrheit der Juden in Deutschland (105 000 Gemeindemitglieder) ist heute von russischer Kultur geprägt.

Die Geschichte der zweiten Demokratie in Deutschland ist schließlich eine Erfolgsgeschichte geworden, gerade angesichts der Tatsache, dass ihr große Teile der Bevölkerung wenig freundlich gegenüberstanden: So meinten 1948 57% der durch das Institut für Demoskopie in Allensbach befragten Deutschen, dass der Nationalsozialismus eigentlich eine „gute Idee“ gewesen, aber „nur schlecht ausgeführt worden sei“.<sup>169</sup>

---

<sup>165</sup> Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts und Briefe aus der Emigration, Stuttgart 1978.

<sup>166</sup> Cornelia Hecht: Deutsche Juden und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 98-344; siehe auch die Denkschrift des Centralvereins aus dem Jahr 1929 über Friedhofsschändungen (ebd., S. 22, Anm. 384).

<sup>167</sup> Winkler, Weimar, S. 593-616. (1993)

<sup>168</sup> Anthony Kauders, Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik, München 2007, S. 126-157 (Beispiele von deutschen Juden in Leitungsfunktionen).

<sup>169</sup> Ebenda, S. 15, 37, hier S. 24: zit. Elisabeth Neumann (Hg. et al.) Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-55, Allensbach 1956, S. 131, 133.

## ZU DEN AUTOREN

DR. FELIX SCHMIDT, Leiter des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung

ULRICH WIEDMANN, bis 2007 Oberstudienrat am Ludwig-Marum-Gymnasium, pensioniert

DR. MONIKA POHL, Mitbegründerin des Forums Ludwig Marum, Oberstudienrätin am Ludwig-Marum-Gymnasium, Biographin von Ludwig Marum „Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882-1919“, 2003

DR. DETLEV FISCHER, Richter am Bundesgerichtshof e.V., Vorsitzender des Vereins „Rechtshistorisches Museum e.V.“ Karlsruhe, Veröffentlichung u.a.: „Rechtshistorische Rundgänge durch Karlsruhe“, 2005

ANDREE FISCHER-MARUM, Enkelin von Ludwig Marum

DR. STEPHAN MARKS, Sozialwissenschaftler, Supervisor und Lehrerfortbildner; leitet das Forschungsprojekt „Geschichte und Erinnerung“, ist Vorstandsvorsitzender von „Erinnern und Lernen e.V.“ und Sprecher des „Freiburger Instituts für Menschenrechtspädagogik“ (FIM) Veröffentlichung u.a.: „Scham - die tabuisierte Emotion“, 2007

PROF. URI R. KAUFMANN, Dozent, Historiker (freischaffend), Spezialist für die Geschichte der Juden in Südwestdeutschland. Veröffentlichung u.a.: „Geschichte der Juden in Baden“, 2007

## **Impressum**

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Werastraße 24  
70182 Stuttgart  
Telefon 0711 – 24 83 94 3  
Fax 0711 – 24 83 94 50  
[www.fritz-erler-forum.de](http://www.fritz-erler-forum.de)  
[info.stuttgart@fes.de](mailto:info.stuttgart@fes.de)

Druck:  
Göhring – Druck GmbH